



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

15. November 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Ola Larsmo *Essay*

Ein Kampf um Modernität

Was bedeutet Schwedens Nein zum Euro?

10 Carsten Schymik

Nordische Sonderwege nach Europa

16 Andrea Gawrich

Finnland – Musterknabe in der EU?

22 Jørgen Kühl

Ein nachhaltiges Minderheitenmodell

Deutsche und dänische Minderheiten beiderseits der Grenze

28 Frauke Rubart

Island: Traditionsreiche Demokratie und moderne politische Kultur am Nordrand Europas

34 Stefan Kaufer

Nordland

Anmerkungen zum deutschen Skandinavienbild



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung **Das Parlament**,
Frankenallee 71 – 81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung **Das Parlament**
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 19,15 halbjährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in der Beilage

Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.
Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Dänemark, Finnland, Schweden und Norwegen sind schon seit dem 19. Jahrhundert gefestigte Demokratien; Island gehörte bis 1944 zum dänischen Königreich. Politisch wie kulturell fühlen sich die nordischen Staaten und ihre rund 24 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner heute einander eng verbunden. Zu den wichtigsten Gemeinsamkeiten gehört die starke protestantische Prägung der Gesellschaften. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl drückte sich politisch in der Gründung des Nordischen Rates vor gut 50 Jahren aus. Im Oktober 1999 wurde der gemeinsame nordische Botschaftskomplex im Tiergartendreieck in Berlin eingeweiht.

■ Finnland und Island sind Republiken, die drei anderen Staaten weisen Monarchen als Staatsoberhäupter auf. Dänemark, Schweden und Finnland sind zwar Mitglieder der Europäischen Union (EU), doch rücken sie in Deutschland nur selten in den Blickpunkt öffentlichen Interesses. Dabei gilt Finnland seit seinem Beitritt 1995 geradezu als „Musterknabe“ in der EU und hat als einziges skandinavisches Land den Euro eingeführt. In der Schulbildung und der technologischen Entwicklung steht Finnland an führender Stelle, wie nicht zuletzt die Ergebnisse der PISA-Studie belegen.

■ Norwegen und Island kooperieren als Mitglieder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) durch Handelsverträge eng mit der EU. Gleichwohl betonen beide Staaten ihre Distanz zur europäischen Integration: Norwegen hat den EU-Beitritt zweimal per Volksabstimmung abgelehnt, und in Island wurde er bislang noch nicht offiziell erwogen.

■ Die Ablehnung der Euro-Einführung in Dänemark und Schweden hängt eng mit der Transformation des skandinavischen Wohlfahrtsmodells („Volksheim“) zusammen, das vom 19. Jahrhundert an ökonomische Entwicklung und soziale Sicherheit gewährleistete. Der Sozialstaat

schuf Bildungschancen und einen hohen Grad der Geschlechtergleichstellung. Die Aufgabe der Landeswährung schien den skandinavischen Weg ernsthaft zu gefährden. Doch die tiefe Wirtschaftskrise der neunziger Jahre führte zu einem Umdenken. Finnlands EU-Beitritt ist ohne den Wegfall wichtiger Märkte nach dem Untergang der Sowjetunion nicht zu erklären. Zudem sorgte die Ermordung der populären schwedischen Außenministerin Anna Lindh für die bittere Erkenntnis, auch in den nordischen Wohlfahrtsstaaten nicht auf einer „Insel der Seligen“ zu leben.

■ Mittlerweile gelten die nordischen Länder in der Debatte um die notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme in vielerlei Hinsicht als Vorbilder. Die Regierungen haben Mitte der neunziger Jahre harte Einschnitte ins soziale Netz vorgenommen. Sie verschafften sich damit Handlungsspielräume, um in Forschung und Bildung zu investieren. In Finnland beispielsweise profitieren Weltkonzerne wie Nokia und Linux von dem Strukturwandel. Mit einem Überschuss von über sieben Prozent im Staatshaushalt lag das Land im Jahr 2000 an der Spitze der Euro-Zone. In Schweden befinden sich die öffentlichen Finanzen seit 1998 wieder im Plus, und die Arbeitslosenquote in Dänemark hat sich in den letzten Jahren auf unter sechs Prozent halbiert.

■ Das Nordeuropa-Bild vieler Deutscher ist indes nach wie vor vom idyllischen „Nordland“ geprägt, eine Vorstellung, die auf Kaiser Wilhelm II. zurückgeht. Die Nationalsozialisten beuteten das Ideal von der unverbrauchten, urwüchsigen Natur in „Kraft-durch-Freude“-Fahrten aus. Auch heute noch unterscheiden sich die nördlichen Nachbarn in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland kaum voneinander. Es ist an der Zeit, überkommene, von zauberhafter Natur und IKEA, von Fischfang und hohen Alkoholpreisen geprägte Klischees einer Revision zu unterziehen.

Hans-Georg Golz ■

Ein Kampf um Modernität

Was bedeutet Schwedens Nein zum Euro?

Am 9. September 2003 sitze ich im Zug und höre mir im Radio eine Diskussion zwischen den schwedischen Rechten und den Linken an. Noch fünf Tage bis zur Volksabstimmung über den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Der konservative Parteiboss (*moderaterna*) Bo Lundgren drückt sich sehr vage aus. Er spricht vom Beitritt wie von einem Friedensprojekt, einem Weg nach vorne; es sei alles in allem sehr schwierig, dazu kritisch Stellung zu nehmen. Der Vertreter der Partei der Linken (Vänsterpartiet), der EU-Abgeordnete Jonas Sjöstedt, ist deutlicher. Das heißt aber nicht, dass er verständlicher wäre: Erregt spricht er von Dingen wie „Supranationalität“ und „Föderalismus“, und es wird klar, dass diese Dinge offenbar so gefährlich sind, dass er nicht einmal mehr erklären muss, weshalb. Wie sehr ich auch an der Sachfrage interessiert bin, die rituelle Positioniererei der Diskutanten ist zu ermüdend, als dass ich weiter zuhören könnte: Als ich die Augen schließe, entsteht vor meinem inneren Auge das Bild zweier kleiner Schildkröten, die tolpatschig eine kleine Schlägerei in einem Aquarium versuchen. Ich drehe das Radio ab. Es ist der Tag vor dem Attentat auf Außenministerin Anna Lindh.

Am Abend der Volksabstimmung, am 14. September 2003, wird das Resultat auf den Fernsehbildschirmen grafisch so dargestellt, dass jene Regionen, die mit Nein gestimmt haben, auf einer großen Schwedenkarte gelb, und diejenigen, die mit Ja gestimmt haben, blau eingefärbt werden. „Nun ist der Moment für eine erste sichere Prognose gekommen“, sagt die Moderatorin im öffentlich-rechtlichen Sender SVT. Ganz Schweden wird plötzlich gelb, mit zwei Ausnahmen: die Hauptstadt Stockholm und die Millionenstadt Malmö im Süden. Zwei einsame, leuchtend blaue Punkte. „Da muss ein Fehler passiert sein“, meint die Moderatorin, verstummt dann verunsichert für ein Weilchen, meldet sich aber wieder: „Doch, es

wurde mir bestätigt, dass dies hier tatsächlich ein korrektes Bild der derzeitigen Situation darstellt.“

Wie ist es zu verstehen, dass Schweden mit großer Mehrheit Nein zum WWU-Beitritt sagte, und damit zu einem tragenden Teil des Maastricht-Vertrages? Gilt, was enttäuschte Repräsentanten der Ja-Seite behaupteten: dass die Schweden immer isolationistischer werden, dass man sich nicht als Teil eines „Europa“ fühlt, dass man sich in gewisser Hinsicht für etwas „Besseres“ hält als seine europäischen Nachbarländer? Der angesehene Journalist und Gesellschaftstheoretiker Göran Rosenberg schrieb kurz vor der Abstimmung: „Wir haben uns nie dem Konflikt zwischen dem Bild nationaler Selbstgenügsamkeit und dem Bild supranationaler Abhängigkeit gestellt. Zwischen der Vorstellung, dass wir am besten alleine klar kommen, und der Vorstellung, dass wir besser gemeinsam mit anderen klar kommen. Zwischen einer Gesellschaft der Einheitlichkeit und einer Gesellschaft der Vielfalt. Zwischen der Erzählung vom ‚Volksheim‘ und der Erzählung von Europas Volk. In der Folge trägt Schweden an einem verborgenen Konflikt darüber, welche Art von Gesellschaft wir sind oder zu sein glauben. Verborgener insofern, als er quer durch alle Parteien reicht und an so tief verwurzelte Vorstellungen rührt, dass niemand sich traut, ihn herauszulassen, ihn beim Namen zu nennen und ihn zur offenen Diskussion vorzulegen. Unsere Volksabstimmungen waren in der Praxis eine Methode zur Konfliktvermeidung statt zur Konfliktbewältigung. Es sind zwei unvereinbare Bilder von Schwedens Platz in der Welt, um die sich der Konflikt im Grunde dreht. Worüber wir praktisch aufgerufen waren abzustimmen, waren eine Ja- und eine Nein-Alternative, wie Schweden das bleiben kann, was es immer schon war.“¹

Trifft es zu, was Rosenberg und zahlreiche andere Ja-Stimmen behaupten? Dass das schwedische Nein zur WWU Ausdruck von Selbstgenügsamkeit und schwedischem Isolationismus ist? Die Antwort ist: Nein. Und Ja. Und wieder Nein. Im

Dieser Text erschien erstmals auf Schwedisch und Englisch bei www.eurozine.com; © Eurozine.

Übersetzung aus dem Schwedischen: Sandra Nalepka, Wien.

1 In: Dagens Nyheter vom 10. 9. 2003.

schwedischen Nein liegen Schichten über Schichten von Bedeutungen, und eine davon verkörpert mit Sicherheit die Angst vor großen Zusammenhängen, den Willen, sich nach innen abzukapseln, unterschiedliche Aspekte der Globalisierung zu verdrängen – eine Palette an Emotionen, die von der kleinen, aber lauten extremen Rechten mit besten Kräften auszunutzen versucht wurde. Bedenklicher allerdings ist, dass es viele tonangebende Meinungsbildner vorziehen, das schwedische Nein kurzfristig als Konservatismus oder mangelnde Einsicht in das, was in der europäischen politischen Integration auf dem Spiel steht, abzutun. Es ist verhängnisvoll und dumm, sich mit dieser Perspektive zufrieden zu geben. Man lässt dabei einen ganz wesentlichen Aspekt unberücksichtigt: jenen der Modernität, Europas Modernität – wie sie aussieht, wie sie konstruiert werden soll.

Von einem bin ich fest überzeugt: dass jene, die mit Ja stimmten, es aus Sorge um das Moderne taten. Und diejenigen, die mit Nein stimmten, taten es aus genau demselben Grund. Was am Wahlergebnis ablesbar wird, sobald man die Gewohnheitswähler („meine Partei sagt...“) und die alles Neue Fürchtenden abgezogen hat, ist äußerst interessant: ein Kampf um Modernität, um ihre Bedeutung. Auch wenn sich die Diskussion mittlerweile beruhigt hat, existieren immer noch die Fragen zur Zukunft der Demokratie, der schwedischen wie der europäischen. Heute unterscheidet niemand mehr zwischen diesen beiden – untrennbar hängen sie zusammen im Denken sowohl der Ja- als auch der Nein-Wähler.

Betrachtet man rückblickend die Wahlkampagnen, kann man sie in mehrere Phasen unterteilen. Die erste war von derselben Taktik geprägt wie schon frühere Volksabstimmungen in Schweden, zum Beispiel jene über den Ausbau der Atomkraft 1980 (eine knappe Mehrheit war dafür) oder jene zur EU-Mitgliedschaft 1994 (wieder war eine knappe Mehrheit dafür). Die Politiker präsentierten den WWU-Beitritt im Frühjahr 2003 als rein technische Frage, eine Kleinigkeit, die so rasch wie möglich abgewickelt werden sollte. Die Formulierung, die auf die Wahlzettel gelangte, handelte von der Einführung des Euro als schwedische Währung – das Geld wechseln. Einen großen Teil des Sommers bis in den eigentlichen Wahlauftakt hinein blieb die Frage in dieser Formulierung bestehen. Es handelt sich um eine Währungsreform. Anfang Juni veröffentlichte die Tageszeitung „Dagens Nyheter“ einen interessanten Artikel mit dem Titel „Neinsager lassen globale Solidarität im Stich“, in dem eine Reihe bekannter Linksintellek-

tueller feststellte, dass ein Ja in der WWU-Frage einen Schritt zu größerer Demokratisierung Europas und ökonomischer Demokratisierung bedeute. Dies ist der zentrale Gedanke für den Pro-EU-Teil der Linken: dass wieder die Politik statt des Marktes die Initiative übernehmen müsse und dass der Weg zu einer Rehabilitierung der Demokratie über eine gemeinsame Währung und gemeinsame finanzielle Institutionen führe.

Aus schwedischer Sicht war der Artikel ziemlich originell, denn der parteipolitisch organisierte Teil der Linken, vor allem die Partei der Linken, die schwedischen Grünen (De Gröna/Miljöpartiet) und der linke Flügel der Sozialdemokraten (Socialdemokraterna), vertritt seit den Achtzigern eine dezidiert EU-kritische Position. Der Artikel brach mit dieser Linie. Dasselbe geschah in der April-Nummer der linken Zeitschrift „Arena“, in der mit positiven Worten Föderalismus und Supranationalität als Wege zu einem gesamteuropäischen Wohlfahrtsstaat betont wurden, also genau die Dinge, vor denen der EU-Abgeordnete Sjöstedt im Radio gewarnt hatte.

Hier wird ein interessantes Phänomen sichtbar: eine Kluft in der Linken, die zwei Versionen von Modernität trennt. Was ist am vernünftigsten, wenn man eine Gesellschaft aufbauen möchte, die von den Institutionen des Wohlfahrtsstaates geprägt wird – kostenlose Ausbildung, öffentlich finanziertes Gesundheitswesen, Steuern und Transferleistungen, welche die Einkommensunterschiede eher nivellieren als vergrößern? Soll man am schwedischen Modell des Wohlfahrtsstaates festhalten, wie es sich während der Nachkriegszeit herausbildete, einem Modell, das immer brüchiger wird? Oder soll man versuchen, ein größeres Modell zu bauen, eines, das ganz Europa mit einbezieht? Kommt die Bedrohung eines solchen Wohlfahrtsstaates von außen? Oder kommt sie gar von innen? Diesen Fragen sind die schwedischen Linken ausgewichen. Das können sie jetzt nicht mehr tun.

Es existiert ein Selbstbild, über das wir sprechen müssen, wenn wir das schwedische Nein in der Volksabstimmung verstehen wollen. Dies soll keine schwedische Geschichtsschreibung werden. Doch manchmal wirkt es einigermaßen lachhaft, wenn sich schwedische Ökonomen des rechten Lagers verwundert fragen, wie es eigentlich zu den schnellen ökonomischen und industriellen Durchbrüchen um die Wende zum 20. Jahrhundert kam. Soweit mir bekannt ist, hat sich bisher niemand in diesem Zusammenhang der Volksschulreform und des Zuwachses an ausgebildeten Arbeitskräften

erinnert (doch dabei handelt es sich um einen Trick, den Irland gerade wiederholt). Wesentlich an diesem Instant-Geschichtskurs ist die Sicht der Schweden auf ihre eigene Geschichte. Natürlich hat Modernisierung ihren Preis, und darüber wurde in den vergangenen Jahren heftig diskutiert, angefangen bei der Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland während zweier Weltkriege. In der schwedischen Literatur findet man Spuren eines speziellen Mythos, den manche in ihrer Familiengeschichte wiederzuerkennen vermeinen: den vom Exodus. Den Auszug aus, wenn nicht der Sklaverei, so doch aus der Armut.

Streng genommen gab es zwei Perioden, in denen die Schweden ihre Klassenzugehörigkeit ändern und sich rasch von „einfachen Verhältnissen“ zu relativem Wohlstand bewegen konnten. Einerseits war da die Zeit des 17. Jahrhunderts, als eine enorme Verwaltung für das wachsende Imperium heranwuchs und man nicht allzu wählerisch und konventionell sein durfte, sondern gezwungen war, militärische und kameralistische Begabungen zu nützen. Andererseits gab es das 20. Jahrhundert, in dem viele Schweden von einfacheren Beschäftigungen in Landwirtschaft und Industrie zu anspruchsvolleren Berufen wechseln konnten, nicht zuletzt durch den rasch wachsenden öffentlichen Sektor, der nach Lehrern, Krankenschwestern und öffentlich Bediensteten verlangte. Lange Zeit stellte sich das Wachstum des über Steuern finanzierten Dienstleistungssektors wie eine direkte Parallele zum prosperierenden Industriesektor dar. Das Weltunternehmen ASEA wuchs in Verbindung mit dem Ausbau der Wasserkraft und der Eisenbahn. Ericsson entstand in Symbiose mit dem staatlichen Televerket (schwedische Telefongesellschaft – Schweden war früh eines der Länder mit dem weltweit dichtesten Telefonnetz). Früher bedeutende Pharmafirmen wie Astra oder Pharmacia hatten starke Verbindungen sowohl zum öffentlichen Gesundheitswesen als auch zu den Universitäten. Dass der öffentliche Sektor einen derart starken Rückhalt in der Bevölkerung fand und findet, beruht nicht nur auf einem mehr oder weniger dunklen Eigeninteresse („Geldbeutelfragen“ heißt das dann in der Diskussion), das nach billiger und guter Krankenpflege oder Ausbildung strebt, sondern auch zu einem guten Teil darauf, dass viele Schweden diesen Sektor als Modernitätsmotor betrachten. Sozialer und wissenschaftlicher Fortschritt waren lange Zeit zwei Seiten derselben Medaille. Technische Errungenschaften (Telefon, Radio, Fernsehen, Auto) hingen stark mit sozialem Aufstieg und sozialer Nivellierung zusammen: Alle konnten sich diese Dinge leisten.

So ähnlich sieht es auch in vielen andern Ländern aus, und ich glaube nicht, dass besonders viele Schwedinnen und Schweden sich jemals als *exklusiv* modern betrachteten. Hingegen verstand man sich während einer gewissen Periode, und zwar auf überhebliche Weise, durchaus als Avantgarde. Dabei übernahm man andere Ausdrücke für das Moderne, ob diese nun in den USA aufkamen oder im wiedergeborenen Deutschland oder in den Demokratisierungsbemühungen der „Dritten Welt“ (die Bande zwischen der schwedischen Sozialdemokratie und dem südafrikanischen ANC waren von den sechziger Jahren an sehr stark). Ein solches Selbstbild wurde von Politikern und Journalisten im In- und Ausland gerne gestärkt: Ich kann mich gut erinnern, wie ich als Teenager bei einem Verwandten eine Ausgabe von „Das Beste – Readers Digest“ aus den frühen Sechzigern fand, in dem Schweden als eine Art Nirostaland im hohen Norden beschrieben wurde, wo alle lesen konnten, daheim eine Dusche hatten und mit tonlosen, milden Stimmen sprachen. All dies trotz der bedrohlichen Nähe zur Sowjetunion. Dieses selbstgerechte Modernitäts-Evangelium wurde von den Linken in den sechziger Jahren angegriffen. Man erinnerte an globale Fragen (Vietnam), an Umweltsünden in den Hinterhöfen des Wohlfahrtsstaates (Quecksilber in Fischen und Vogeleiern), an die Nachgiebigkeit gegenüber NS-Deutschland. Und man tat es mit dem Argument, dass dies eine falsche Modernität sei – es gebe eine andere Modernität, die alle Menschen umfasse, überall.

Um es kurz zu sagen: Es ist die an der Oberfläche so unkompliziert scheinende Modernität, die bricht, oder in den frühen neunziger Jahren zumindest alles andere als selbstverständlich wird. Aus dramaturgischen Gründen versuchen viele, diesen Bruch zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Schweden am Mord an Olof Palme 1986 festzumachen. Das ist natürlich ganz falsch. Manche Prozesse, die das Land veränderten, waren bereits lange vor seinem Tod eingeleitet worden – so hatte zum Beispiel die Internationalisierung des Kapitals begonnen, die nationalen Problemlösungen des Wohlfahrtsstaates schon im Zusammenhang mit der Ölkrise der siebziger Jahre zu unterminieren. Andere Seiten der gesellschaftlichen Lösungen im Nachkriegsschweden bestehen lange nach den Schüssen am Sveavägen in Stockholm fort. Zumindest bis zur großen Finanzkrise 1991. Unter einer bürgerlichen Regierung (1991–1994) unter der Führung Carl Bildts, der sich in internationalen Zusammenhängen gerne darüber ausließ, wie miserabel die Lage der Staatsfinanzen sei, wurde

die schwedische Krone zum Ziel harter Spekulationsattacken. Die Regierung verlegte sich (mit Unterstützung der Sozialdemokraten) darauf, den festen Wechselkurs verbissen zu verteidigen. Als Folge erhöhte die Nationalbank vorübergehend den Leitzins auf 500 Prozent. Weimarer Winde.

Naturgemäß gab es mehrere Ursachen für die Krise: Bereits unter der sozialdemokratischen Regierung war eine Steuerreform durchgeführt worden, welche die Steuergrundlagen kräftig unterminiert hatte. Zugleich hatte eine rasche und medial kaum behandelte Deregulierung des Finanz- und Währungsmarktes stattgefunden. Als Resultat dieser sang- und klanglos durchgeführten Reformen verlor das schwedische Bankwesen, berauscht vom raschen Wegfall aller Barrieren und Regeln, jeglichen Realitätssinn. Hemmungslos und ohne Deckung wurden die Ersparnisse der Bevölkerung in Immobilien investiert. Die Folge war ein Zusammenbruch, der Staat musste eine Reihe vom Konkurs bedrohter Banken auslösen, eine davon (Nordbanken, die heutige Nordea) war tatsächlich eine Zeit lang verstaatlicht. Für diese Rettungsaktion zahlen die Steuerzahler noch immer.

Die Ursache für die Unentschlossenheit, welche die schwedische Sozialdemokratie zu dieser Zeit prägte, kann nicht nur an der Wall Street, sondern ebenso gut in Frankreich gesucht werden. Während der achtziger Jahre griff Mitterrands Regierung hart durch, um eine konsequente sozialdemokratische Politik derselben Art durchzusetzen, wie sie in den skandinavischen Ländern so lange erfolgreich gewesen war. Die Tatsache, dass es dem großen Frankreich unter der Führung des populären Mitterrand nicht glückte, klassische Wohlfahrtsstaatspolitik durchzusetzen, schuf ganz leise eine große Ratlosigkeit, welche die demokratische Linke für zumindest zwei Jahrzehnte prägen sollte. Wenn kein nationaler Wohlfahrtsstaat möglich war, was war dann möglich?

Im Herbst 1991 machte die Sozialdemokratie plötzlich eine Kehrtwendung um 180 Grad und beeilte sich, rechtzeitig vor der vorhergesehenen Wahlniederlage sich als erste für die EU-Mitgliedschaft auszusprechen. Man begann, wenn nicht an einer neuen Utopie so doch an einem neuen Modell zu basteln, eines, das man bisher der Mehrheit der eigenen Wählerschaft nicht zu vermitteln wusste: das Modell einer größeren Modernität, völlig kompatibel mit dem früher so erfolgreichen Modell. Wir können es einen europäischen Wohlfahrtsstaat nennen. Aber: Es war sozusagen eine Blitzbekehrung unter dem Galgen. Denn gerade

der Gedanke an eine europäische Währungsunion hatte noch Olof Palme dazu gebracht, dazu beizutragen, dass sich Schweden alle Gedanken einer EWG-Mitgliedschaft aus dem Kopf schlug.

Jetzt sieht man sich am Ende des Weges angekommen. Wie realistisch ist der Gedanke an solch einen Euro-Wohlfahrtsstaat? Das ist eine Glaubensfrage. Die Linksintellektuellen haben beschlossen, daran zu glauben. Die Partei der Linken, die sich trotz des Nein-Sieges bei der Volksabstimmung zur WWU im Krebsgang bewegt und Wähler verliert, hat beschlossen, die Forderung nach Austritt aus der Union, wie sie im Parteiprogramm steht, zu streichen oder zumindest abzuschwächen. Zweifelsohne haben große Teile der Linken – von der Partei der Linken (früher Vänsterpartiet Kommunisterna/VPK, die Kommunistische Partei der Linken) über Die Grünen bis zum linken Flügel der Sozialdemokraten – begonnen, ihre Einstellung zur EU zu überdenken. Vorsichtig und unter großen Schmerzen schließt man sich schrittweise der Blitzbekehrungsutopie an, die von der Sozialdemokratie in Zusammenhang mit den schweren Finanzkrisen der neunziger Jahre so leise formuliert worden war.

Wie muss man die vehemente, um nicht zu sagen rabiate Distanzierung von der EU verstehen, die so lange nicht nur die schwedische Linke, sondern zeitweise auch eine Mehrheit der Wählerschaft geprägt hat? Zwei Dinge spielten eine Rolle: einerseits Situation und Kontext – beide die denkbar schlechtesten –, in denen der EU-Beitritt Realität geworden war; andererseits, so wage ich zu behaupten, Veränderungen innerhalb der EU selbst, die sich in den vergangenen zehn Jahren, nach Schwedens Beitritt, vollzogen haben. Um eine finstere Wahrheit kommt man nicht herum: Während der frühen neunziger Jahre sah die EU aus wie eine Bedrohung all dessen, was die Schweden mit dem „Modernen“ verbanden, eine Bedrohung aller Gleichheitsgedanken und aller Ideen von einem Wohlfahrtsstaat.

Die schwedische Sozialdemokratie, die den größten Teil der Wählerschaft hinter sich weiß, formulierte ihren Beschluss über ein EU-Beitritts-gesuch als Teil eines Krisenpaketes in einer Zeit schwerer Rückschläge. In den folgenden Jahren riss das schwedische Gesellschaftsmodell an den Rändern immer mehr ein. Krankenhäuser wurden privatisiert und verkauft, Kindertagesstätten abgebaut, Büchereien geschlossen. Die Einkommensunterschiede nahmen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder zu. Die gesellschaftliche Infrastruktur wankte, oftmals unter starkem ideologi-

schen Beschuss und heftigem Kampf in den medialen Arenen: Führende Ökonomen forderten sogar, dass die Demokratie eine Zeitlang ausgesetzt werden müsse – um der Wirtschaft willen: „Macht muss in kompetenter Form ausgeübt und effektiv gehandhabt werden. Deshalb hat Schweden den wichtigsten Teil der Wirtschaftspolitik – die Geldpolitik – dem Bereich der Demokratie entzogen. Aus demselben Grund sollten wir in Erwägung ziehen, die Steuerpolitik aus der politischen Domäne zu lösen. Höchst angebracht ist auch die Frage, ob nicht andere missbewirtschaftete Bereiche wie die Energie- oder Verkehrspolitik besser von einer Gruppe kompetenter Mitbürger außerhalb der Politik geleitet werden sollten. Unsere Form der Demokratie scheint mittlerweile überholt zu sein (. . .). Wenn man die Fragen auf diese Weise stellt und in Begriffen der modernen Wirtschaftspolitik denkt, diese Tendenzen als Entwicklung hin zur WWU und zu anderem sieht, öffnen sich Alternativen, die sehr interessant und viel versprechend wirken.“² Das sind klare Worte: die WWU als Alternative zur Demokratie. So geschrieben auf der angesehenen Kommentarseite in Skandinaviens größter Tageszeitung. Welchen Schluss sollte man daraus ziehen?

Die neunziger Jahre wirken rückblickend wie ein seltsam berauschtes Jahrzehnt. Zum ersten Mal gelangte eine offen rassistische Partei in den Reichstag (und verabschiedete sich nach zwei Wahlperioden wieder). Nicht zuletzt die Sprache der Leitartikel wurde brutaler. Im konservativen „Svenska Dagbladet“ wurden Eltern, die sich um die Kinderbetreuung sorgten und mehr Kindergärten forderten, als „politischer Ausdruck für rohen Egoismus“ und „krasser Ausdruck für knallhartes Eigeninteresse“ beschrieben. Bürgerliche Abgeordnete scheuten sich nicht, die geschwächte Sozialdemokratie mit dem erst kürzlich verschiedenen Sowjetkommunismus zu vergleichen („derselbe Sozialismus hier wie dort“). Erstaunte Beamte des Außenministeriums erhielten am Tag nach dem Wahlsieg der Bürgerlichen 1991 eine offizielle Einladung zu einer Konferenz in Washington für Politiker und Beamte aus den Oststaaten, die kurz zuvor ihre kommunistische Diktatur abgeschafft hatten. Das Ganze wurde zu einem kleinen diplomatischen Zwischenfall.

Was sich hier abspielte, war ein Kampf um die inhaltliche Bedeutung der Modernität. Die schwedische Rechte, von Reagan und Thatcher inspiriert, richtete sich rhetorisch in jener Position ein, aus der eine deregulierte, privatisierte Gesellschaft

mit immer größeren Einkommensunterschieden („Ansporn“) als der Weg nach vorne dargestellt wird. So taufte die Bildt-Regierung in einem Anfall von unbewusstem Hegelianismus ihre Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik „Der einzige Weg“. Dies sei der Weg nach vorne: größere Unterschiede zwischen den Menschen, weniger öffentlicher Service. Nicht zuletzt der Trickle-Down-Ansatz erfuhr einen breiten Durchbruch in den politischen Diskussionen: Je mehr Millionäre eine Gesellschaft vorzuweisen hat, desto besser geht es . . . allen? (Der Gesellschaftstheoretiker Anders Ehnmark fand dafür den treffenden Ausdruck „Pferdemist-Theorem“: Je mehr Hafer das Pferd in sich hineinstopft, desto mehr unverdauten Hafer scheidet es für die Spatzen wieder aus.)

Der einzige Weg nach vorne. Mitten in diese neue Modernität wird die EU platziert. Das Resultat ist ein sonnenklarer Fall von stark negativer, politischer Konditionierung. Die Macht über den Alltag, über jene Infrastruktur, die das Leben ermöglicht (Gesundheitswesen, Pflege, Verkehrsnetz, Telefon), ist plötzlich verschwunden. Als Argument für die Kürzungen ebenso wie für Vertraulichkeitsstempel auf politischen Dokumenten und plötzliche Einschränkungen des Öffentlichkeitsprinzips wird verwiesen auf Brüssel: auf „zwingende Anordnungen“. Die Medien berichten gerne über die enormen Spesenzahlungen an schwedische Beamte, die nun zwischen Schweden und Brüssel oder Straßburg pendeln. Das schwedische EU-Sekretariat etabliert sich bis in die ersten Jahre der Mitgliedschaft hinein als Szenerie für einen der größten Korruptionsskandale der modernen schwedischen Geschichte.

Die Mitgliedschaft in der Union als demokratischen Fortschritt zu sehen fiel lange Zeit sehr schwer. Außer, man bereist ausgiebig Irland und sieht, wie dort die Armut langsam perforiert wird. Oder man sieht, wie Europas bis dato ärmstes Land Portugal zum Empfänger von immer bedeutenderen Transferleistungen wird. Was ist Ursache und was Wirkung? Ist es das schwedische Modell des Wohlfahrtsstaates, das in einer Welt ins Wanken gerät, die von globalen Kapitalflüssen geprägt ist – eine Entwicklung, welche die größere politische Plattform EU notwendig macht? Oder ist die EU ein Ausdruck für die wirtschaftliche und monetäre Theoriebildung, die es als ihre Aufgabe ansieht, größere Einkommensunterschiede zu schaffen und den öffentlichen Service zu zerschlagen?

Als das Wahlergebnis nach der Volksabstimmung zur EU-Mitgliedschaft 1994 analysiert war, stand

2 Bo Södersten, in: Dagens Nyheter vom 14. 12. 1997.

fest, dass sich Schweden mit knapper Mehrheit zum Beitritt entschlossen hatte. Nach und nach wurden aber auch andere Aspekte des Wahlergebnisses sichtbar. Die Zeitschrift „Ordfront Magazin“ wartete mit einem Titel auf, der ein paar bis dahin unbekannte Inseln in der Ostsee mit Namen wie „Stockholmsinsel“ oder „Oslo-Insel“ zeigte. Die größeren Städte der Nordstaaten waren der EU beigetreten. Der Rest außerhalb der großen Wachstumsregionen hatte mit Nein gestimmt. In der Folge taufte das Magazin die Großstadtinseln „EU-Archipel“. In der WWU-Abstimmung verstärkte sich diese Tendenz. Bedeutet das, dass Schweden dabei ist, sich von der EU zu entfernen? Nein, paradoxerweise nicht. Vielleicht sogar das Gegenteil. Wahrscheinlich hat sich die sozialdemokratische Blitzbekehrungsutopie bei immer mehr Wählern durchgesetzt. Man steht der EU nicht mehr völlig ablehnend gegenüber, auch wenn das Wissen um die Union erschreckend gering ist. Im Schatten der immer isolationistischeren und gleichzeitig expansiveren USA hat man begonnen, die Union sogar als notwendig zu betrachten, auch wenn deren demokratische Leistungsbilanz wenig imponierend ist. Die Unsicherheit und Inkompetenz im Zusammenhang mit den Balkankriegen verursachen immer noch Unbehagen. Und sobald etwas geschieht, das den Wählern einen Grund gibt, sich der EU als neoliberaler Bürokratiemaschine zu erinnern, die Ungleichheit hervorbringt, kippt die Unterstützung für die Union sofort wieder. Gleichzeitig gelingt es auf erstaunliche Weise, von jenen Augenblicken abzusehen, in denen die EU sich von einer anderen Seite zeigt, nämlich als Plattform für Demokratie und gleichheitschaffende Transferzahlungen. Als der Journalist und Autor Maciej Zaremba im Herbst 2002 in langen Artikeln in „Dagens Nyheter“ vom EU-Verfassungskonvent berichtete, konnte man ein neu erwachtes Interesse wahrnehmen. Bis dahin hatten die schwedischen Medien nicht über den Konvent berichtet, und noch viel weniger darüber, dass eine innereuropäische Demokratiedebatte im Gange war.

Die Diskussion, so wie sie sich vor der WWU-Abstimmung entwickelte, barg ein Problem in sich. Nachdem die Politiker beschlossen hatten, die Wahl als eine Frage der Farbe der Geldscheine zu verkaufen, war es äußerst schwierig, die Taktik zu ändern und die Abstimmung als entscheidende Angelegenheit für die Demokratie zu präsentieren. Hätte man dies von Anfang an getan, statt die Wahl zu bagatellisieren, hätte das Resultat anders ausfallen können. Zum Beispiel hätte man die Probleme des Maastricht-Vertrages diskutieren kön-

nen, in dem der Europäischen Zentralbank (EZB) die Verfügungsgewalt über sämtliche ökonomischen Instrumente zugesprochen wird, die man früher mit sozialdemokratischer oder sozialliberaler Politik verband, zum Beispiel die Möglichkeit der Staatsverschuldung, um neue Infrastruktur schaffen zu können. Auf diese Art kam die schwedische Eisenbahn in der Mitte des 19. Jahrhunderts zustande, und so begannen die Rädchen der Industrie zu schnurren. Man hätte diskutieren können, weshalb die EZB eine niedrige Inflation („Stabilität“) als vorrangig vor einer niedrigen Arbeitslosenrate behandelt oder weshalb sie während des Auftakts der Wahlkampagnen unzureichend belegte Statistiken präsentierte und behauptete, diese würden zeigen, dass der bereits überstrapazierte öffentliche Sektor weiter schrumpfen müsse – zugunsten „privater Initiativen“.

Nachdem ich auf all diese Fragen keine Antwort erhielt, sah ich keinen anderen Ausweg, als mit Nein zu stimmen. Es war ein widerwilliges und betrübtes Nein. Aber ich sah keine andere Möglichkeit – außer man wollte in eine Situation geraten, in der sich zwei unterschiedliche Modernitäten gegenseitig kurzschließen. Persönlich sehe ich kein Problem darin, für ein föderales Europa und eine gemeinsame Währung zu sein – aber das lässt sich nicht kombinieren mit einer Einstellung für ein ökonomisches Gesetzes- und Regelwerk, das ausdrücklich einkommensnivellierende Maßnahmen und langfristige, staatliche Förderungen von zum Beispiel kostspieligen Infrastrukturbauten verbietet (wie etwa jenen Glasfaser-Highway, den ganz Europa bräuchte, um die so genannte Informationsgesellschaft zu beschleunigen, den aber kein privater Unternehmer mit Verstand jemals in Angriff nehmen würde). Wenn Politiker wie der rhetorisch geschickte Premierminister Göran Persson versucht hätten, die notwendigen Diskussionen zu führen und zu zeigen, an welchem Punkt sie mit dem sozialdemokratischen Gesellschaftsmodell vereinbar sind, dem die Wähler wieder ihre Unterstützung gegeben hatten, dann hätte das Resultat anders ausfallen können. Nun gingen aber nicht nur die Wähler der Partei der Linken und der Grünen zur Nein-Urne, sondern auch große Teile der sozialdemokratischen Stammwählerschaft. Meine zentrale These lautet daher, dass man sich nicht traute, die EU als einen Teil derselben Modernität darzustellen, die Wohlstand und Gleichheit im Nachkriegsschweden geschaffen hatte. Nun wurde versucht, „einen verschlossenen Koffer an den Wählern vorbeizutragen“, um einen Ausdruck des Autors Lars Gustafsson zu verwen-

den, den er im Zusammenhang mit der Volksabstimmung zur Atomkraft 1980 prägte.

Die Diskussionen nach der Abstimmung waren geprägt von einer enttäuschten Ja-Seite, die trotz allem den festeren Zugriff auf die Medien hat. Die Mittelschicht der Großstädte hatte mit Ja gestimmt. Große Teile der dünner besiedelten Gebiete und der Arbeiterklasse stimmten mit Nein – ein erstaunlich scharfer Klassenunterschied zog sich als unvorhergesehene, aber deutliche Linie durch das Land. Einige der Inseln im EU-Archipel versanken. Enttäuschte Ja-Stimmen waren in den Diskussionen sehr vorhersehbar der Ansicht, dass jene Nein-Sager nun, sagen wir „unmodern“ waren. Am Wahlabend bezeichnete sie einer der Kommentatoren als Menschen „mit niedriger Ausbildung“. Natürlich wurde immer wieder angedeutet, dass jene, die mit Nein gestimmt hatten, dies aufgrund von latenter Ausländerfeindlichkeit getan hätten. Weshalb wurde aber bisher keine einzige Stimme gegen die Erweiterung der Union laut? Das einzige potenzielle Beitrittsland, das in den Medien mit einer gewissen Skepsis behandelt wird, ist die Türkei, und da mit Berufung auf die Kurdenfrage. Für ein paar Wochen gab es für die Selbstgefälligkeit der aufgeklärten Mittelschicht kein Halten mehr.

Gleichzeitig zeigen die Umfrageergebnisse nur eine sehr schwache Unterstützung der Idee, Schweden solle aus der EU austreten. Es scheint also ein Paradoxon vorzuliegen: Dieselben Menschen, die in der WWU-Abstimmung mit Nein gestimmt hatten, wollen in der EU bleiben. Eventuell könnten solche Wähler wie ich von der formalen Beschaffenheit in die Irre geführt worden sein, die der EU-Beitritt annahm. Ausgerechnet die Frage, welche die Sozialdemokraten seit den siebziger Jahren von der WWU fern gehalten hatte, die Währungsunion, wurde von einer Mitgliedschaft abgekoppelt und zu einer separaten gemacht. Rechtswissenschaftler diskutieren nun post festum darüber, ob die Maastricht-Verträge eine solche Aufteilung zulassen. Ein bisschen spät, diese Überlegungen erst jetzt anzustellen.

Eines der großen aktuellen Probleme der Union ist jene ökonomische Theorie der neunziger Jahre, die in Maastricht und in die EZB-Statuten eingebaut wurde und die immer weniger mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit übereinstimmt. Könnte sie verändert werden? Stabilität mag eine Grundbedingung dafür sein, dass man die europäischen Wirtschaften gegenüber Währungsspekulanten

und dem digitalisierten Kapital der vernetzten Gesellschaft verteidigen kann. Aber wenn Stabilität, wie sie die EZB definiert, in keinem der Kernländer erreicht werden kann, ist es an der Zeit, Theorie und Regelwerk zu diskutieren. Wie der große Dachverband TCO (Zentralorganisation der Angestellten und Beamten) im Frühjahr betonte, könnte die Stabilitätspolitik sogar einer der Faktoren sein, der Wachstum und Hochkonjunktur verhindert.

Heutzutage spricht man davon, etwas zu „signalisieren“, wenn Machthaber ihren Wählern etwas sagen wollen. Die Einsicht, dass die EU in erster Linie nicht ein Bereicherungssystem für die Eliten und ein Glasperlenspiel für die Bürokraten ist, hat sich nach zehn Jahren bei immer mehr schwedischen Wählern durchgesetzt. Stellenweise kann man schon Teile jener Modernität wieder erkennen, die man eben mit sozialem Fortschritt, mit sozialer Beweglichkeit und wirtschaftlicher Nivelierung verbindet. Gleichzeitig existiert nach ungefähr zwei Jahrzehnten wilder ideologischer Debatten eine Auffassung von jener „Chicago-school“-Ökonomie, welche die schwedischen Rechten und größere Teile der Wirtschaftslobby während derselben Periode geprägt hat, als größte Bedrohung aller Formen des sozialen Fortschritts. Sehr konsequent haben Ökonomen wie Bo Södersten dahin gehend argumentiert, dass die „Zukunft“, das Moderne, in einem Abbau aller Formen der sozialen Sicherheit, in der Abschaffung des Gleichheitsideals, in immer größeren ökonomischen Unterschieden besteht.

Die schwedischen Wählerinnen und Wähler schieben zwischen EU und WWU unterscheiden zu wollen. Ist es eine allzu optimistische Interpretation, wenn ich sage, dass dies vielleicht einfach eine Art ist, auf die Tatsache zu reagieren, dass die EU zwei verschiedene Modernitäten in sich birgt, zwei grundverschiedene Sichtweisen auf die Zukunft? Und dass man die eine übernehmen, die andere aber abweisen will? Die Frage, die sich die schwedischen Wählerinnen und Wähler stellen sollten, ist eine andere, nämlich, ob die ökonomische Theorie, die den Abbau der schwedischen Wohlfahrt bis heute geprägt hat und bei der immer mehr Menschen das Gefühl haben, in einer Art Kriegsökonomie zu leben, wirklich etwas von außen Kommendes ist. Oder ob eine Mitgliedschaft in allen EU-Abkommen, Teilunionen und Formen der Zusammenarbeit auf lange Sicht nicht die beste Methode ist, sich vor eigenen, einheimischen „plündernden Eliten“ zu schützen.

Nordische Sonderwege nach Europa

Dieser Beitrag gibt eine Übersicht über die Beziehungen Nordeuropas zur Europäischen Union (EU). Unter Nordeuropa bzw. nordische Länder werden hier die drei skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden sowie Finnland und Island verstanden.¹ Inwieweit kann das gegenwärtige Verhältnis zwischen den nordischen Ländern und der EU auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden? Gibt es eine Quintessenz im aktuellen Stand der nordisch-europäischen Beziehungen? Lassen sich Muster in der langfristigen Integrationsentwicklung des Nordens erkennen? Können wir mithin von einem historischen Sonderweg des Nordens in Europa sprechen?

Auf den ersten Blick liegt die Antwort nahe: Ja, es gibt einen nordischen Sonderweg. Dafür spricht die fundamentale Gleichartigkeit der nordischen Länder. Alle Länder der Region sind parlamentarische Demokratien mit weithin vergleichbaren Regierungs- und Parteiensystemen. Alle haben wohlfahrtsstaatliche Ordnungen etabliert, die auf einem großen und durch allgemeine Steuern finanzierten öffentlichen Beschäftigungssektor basieren. Alle nordischen Gesellschaften sind ethnisch und religiös homogen. Außerdem können sie ausnahmslos als „Vertrauensgesellschaften“ charakterisiert werden, denn nirgendwo sonst in der Welt ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowohl untereinander als auch zu öffentlichen Institutionen wie Parlament, Polizei oder Schulsystem so ausgeprägt. Dies beruht nicht zuletzt auf dem hohen Wohlstandsniveau, dem relativ geringen sozialen Gefälle zwischen Arm und Reich und auf einer auf Durchschaubarkeit, Mitbestimmung und Konsens orientierten demokratischen Kultur.²

Die Menschen im Norden betrachten sich als Brudervölker auf der Basis historischer, sprachlicher und kultureller Verbundenheit. Der sichtbarste

Ausdruck dieser übernationalen Identität ist die nordische Zusammenarbeit, deren historische Wurzeln bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurück reichen. Im Vergleich zum Integrationsprozess im Rahmen der EWG/EG/EU zeichnet sich die nordische Zusammenarbeit dadurch aus, dass sie durch bürgerliches Engagement und zivilgesellschaftliche Vernetzung gewachsen ist. Sie ist vor allem „zwischenmenschlicher“ Natur, wie es in Skandinavien heißt.³

Dies spiegelt sich auch institutionell wider. Bereits 1952 wurde der Nordische Rat gegründet, der im Unterschied zu dem erst 1971 geschaffenen Nordischen Ministerrat ein interparlamentarisches Forum ist, dessen Abgeordnete von den nationalen Parlamenten in den fünf Mitgliedstaaten gewählt werden. Die Ratsversammlung verfügt nicht über eigene Gesetzgebungsbefugnisse, kann aber den Regierungen durch Mehrheitsbeschluss empfehlen, gleiches Recht in Angelegenheiten von gesamt-nordischem Interesse zu schaffen. Auf diese Weise sind ab 1954 eine Reihe integrativer Vorhaben verwirklicht worden, unter anderem die Nordische Passunion, Freizügigkeit für Arbeitnehmer sowie zahlreiche Harmonisierungen in wirtschafts- und handelspolitischen Fragen. In vielerlei Hinsicht ist die nordische der europäischen Zusammenarbeit lange Zeit voraus gewesen. Gleichzeitig ist die nordische Zusammenarbeit ausschließlich nach zwischenstaatlichen Grundsätzen gestaltet worden, wohingegen man von der Einführung supranationaler Verfahren, etwa in Form von Mehrheitsentscheidungen wie im EU-Ministerrat, bewusst Abstand genommen hat. Angesichts der gesellschaftlichen Voraussetzungen, der institutionellen Strukturen und der politischen Leistungen der nordischen Zusammenarbeit kann also durchaus von einem Sonderweg in Europa gesprochen werden.⁴

Auf den zweiten Blick muss die These vom Sonderweg gleichwohl verneint werden, denn die nordische Zusammenarbeit hat auch nachhaltige

1 Weiterführende Literatur bieten die Länderberichte in: Werner Weidenfeld, *Die Staatenwelt Europas*, Bonn 2004. Vgl. auch die Überblicksdarstellungen in: Tom Schumacher, *Die nordische Allianz in der Europäischen Union*, Opladen 2000, S. 81–128; Morten Egeberg, *The Nordic countries and the EU: How European Integration Integrates and Disintegrates States Domestically*, Arena Working Paper 11/03, Oslo 2003.

2 Vgl. Jan Delhey/Kenneth Newton, *Social Trust: Global Pattern or Nordic Exceptionalism*, Berlin 2004, S. 24–27.

3 Dänisch: *mellemfolkelig*, norwegisch: *mellomfolkelig*, schwedisch: *mellanfolkelig*.

4 Vgl. T. Schumacher (Anm. 1), der zwar nicht von einem Sonderweg spricht, aber von einer „Nordischen Allianz in der EU“, die vergleichbar sei mit der Kooperation der Benelux-Staaten oder der deutsch-französischen Achse.

Rückschläge erlitten, und zwar immer dann, wenn sie in Richtung Überstaatlichkeit vertieft werden sollte. Bereits 1948 scheiterte der Plan einer Nordischen Verteidigungsunion, woraufhin Dänemark, Norwegen und Island 1949 Gründungsmitglieder der NATO wurden, während Schweden und Finnland am Neutralitätsstatus festhielten. Anfang der fünfziger Jahre misslang das Projekt einer Nordischen Zollunion, die dann indirekt im größeren Rahmen der 1960 gegründeten Europäischen Freihandelszone (EFTA) zustande kam. Mit dem Nordek-Plan wurde 1970 schließlich auch der letzte Versuch aufgegeben, im Norden eine Wirtschaftsunion nach dem Vorbild des Gemeinsamen Marktes der EG zu errichten. Seither hat die nordische Zusammenarbeit ihren Stellenwert als tragfähige Alternative zur Integration in die EG/EU praktisch eingebüßt.⁵

Der Haupteinwand gegen die Sonderweg-These aber lautet, dass jedes nordische Land in der Europapolitik seinen eigenen Weg gegangen ist. Den Anfang machte Dänemark, das schon 1973 Mitglied der EG wurde, während Norwegen und Schweden einen Beitritt ablehnten. 1995 folgten Schweden und Finnland in die EU, derweil Norwegen einen Beitritt erneut verwarf. Island hat eine Mitgliedschaft in der EG/EU bisher nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Und im Fall von Grönland, das seit 1979 einen autonomen Status innerhalb des dänischen Königreichs genießt, kam es 1986 sogar zu dem bislang einmaligen Vorgang eines Austritts aus der EG. In Wirklichkeit gibt es also nicht den einen, sondern viele verschiedene Sonderwege, die den Norden nach Europa geführt haben und in den folgenden Länderanalysen skizziert werden.

Finnland

Finnland ist heute voll in die Europäische Union integriert. Diese Feststellung ist bemerkenswert, denn Finnland ist auch das einzige Land im Norden, dem die Option einer aktiven Teilnahme am europäischen Integrationsprozess während des Kalten Krieges prinzipiell verschlossen war. Ur-

⁵ Ausführlich über die Rückschläge in der nordischen Zusammenarbeit: Preben Bonnén/Teemu Palosaari, *On the Road to a Nordic Defence Cooperation? – Bringing military issues back to normal politics*, und Lasse Sonne, *Economic Co-operation: Defence or Preparation for International Competition? The Case of Nordek 1968–70*, beide in: *Papers presented to the conference „Norden at the Crossroads“*, 30. 10.–2. 11. 2002, Helsinki.

sache waren die besonderen Beziehungen zur Sowjetunion. Der bilaterale Freundschafts- und Beistandspakt von 1948 verbot zwar nicht dem Buchstaben nach die Einbindung Finnlands in westliche Strukturen. Seinem politischen Geist entsprechend war ein Beitritt zur EG jedoch ausgeschlossen, und selbst der EFTA war Finnland bis 1986 lediglich als assoziiertes Mitglied angeschlossen. Vor diesem Hintergrund wird die historische Zäsur deutlich, die das Ende des Ost-West-Konflikts für Finnland bedeutete. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 eröffnete einerseits einen bis dahin ungeahnten außenpolitischen Handlungsspielraum, der genutzt wurde, um den Beistandspakt von 1948 zu kündigen und ihn 1992 durch ein Nachbarschaftsabkommen mit Russland zu ersetzen. Andererseits verschwanden mit der UdSSR zugleich wichtige Absatzmärkte für die finnische Volkswirtschaft, wodurch eine schwere Rezession ausgelöst wurde, die mit einer Rekordarbeitslosigkeit von 20 Prozent im Jahr 1993 ihren Höhepunkt erreichte. Dem Beitritt Finnlands zur EU, der in der Volksabstimmung im Oktober 1994 mit einer Mehrheit von 56,9 Prozent legitimiert wurde, lag demnach ein starkes wirtschaftliches Motiv zugrunde, doch ebenso der Wunsch nach politischer Identifizierung mit dem Westen im Allgemeinen und der EU im Besonderen.⁶ In diesem Sinne unterscheidet sich der europapolitische Konsens in Finnland von dem der übrigen nordischen Länder, wo die Frage der Zugehörigkeit zum Westen im Zusammenhang mit der EU nie eine vergleichbare Rolle gespielt hat.

Die Aufgeschlossenheit, mit der Finnland 1995 der EU beitrug, hat in der Folge zur Profilierung des Landes als europäischer Musterknabe geführt. Dies zeigte sich besonders bei der Vollendung der Währungsunion und der Einführung des Euro, die im Norden allein von Finnland unterstützt und vorangetrieben worden ist. Profil hat Finnland zudem durch die so genannte Nördliche Dimension gewonnen, die 1997 auf Initiative des Ministerpräsidenten Paavo Lipponen ins Leben gerufen und Ende 1998 zur gemeinsamen Politik der EU erklärt wurde, um die politischen und finanziellen Aktivitäten der Union im Norden Europas besser zu koordinieren und zielgerichtet verstärken zu können.⁷ Hervorzuheben ist schließlich, dass sich

⁶ Vgl. Anders Todal Jønsen/Pertti Pesonen/Mikael Gilljam (Hrsg.), *To Join or Not to Join. Three Nordic Referendums on Membership in the European Union*, Oslo 1998, S. 310–312.

⁷ Zur Nördlichen Dimension siehe die Informationsseiten der EU unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/index.htm.

Finnland aktiv in die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU einbringt. Wenngleich am traditionellen Neutralitätsstatus offiziell (noch) festgehalten wird, trägt Finnland schon heute mit insgesamt knapp 1000 Soldaten zu den NATO-Missionen in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Afghanistan bei. Außerdem wird sich Finnland an den geplanten Krisenreaktionskräften der EU beteiligen.⁸

Ganz vorbehaltlos ist Finnlands Haltung zur EU indes nicht. Sowohl bei den Verhandlungen über den Nizza-Vertrag als auch über die EU-Verfassung agierte die Regierung abwartend und abwehrend gegenüber weitreichenden institutionellen Reformen, vor allem in Bezug auf den Vorschlag, die Europäische Kommission dergestalt zu verkleinern, dass nicht mehr jedes Mitgliedsland einen Kommissar benennen kann. Obwohl Finnland dem im Juni 2004 gefundenen Kompromiss zur Verkleinerung der Kommission ab dem Jahr 2014 (statt 2009) letztlich zustimmte, offenbarte die Verfassungsdebatte, dass der Vertiefung der EU-Integration aus finnischer Sicht durchaus Grenzen gesetzt sind: Zum einen möchte Finnland die EU als Sicherheitsgemeinschaft weiterentwickeln, diese aber nicht zu einer förmlichen Militärallianz ausbauen. Zum anderen befürwortet Finnland zwar den vorliegenden Verfassungsentwurf und die damit verbundene Stärkung des überstaatlichen Charakters der EU, lehnt aber das Endziel einer Föderation ab. Trotz der soliden gesellschaftlichen Akzeptanz der EU wird daher auch in absehbarer Zukunft nicht damit zu rechnen sein, dass Finnland als Fürsprecher einer staatlichen Einigung Europas auftritt.

Dänemark

Dänemark ist bereits seit 1973 Mitglied der heutigen Europäischen Union. Obwohl bei der Volksabstimmung im Oktober 1972 knapp zwei Drittel (63,4 Prozent) mit Ja gestimmt hatten, blieb die EG-Mitgliedschaft eine innenpolitisch umstrittene und offene Frage. Beantwortet wurde sie erst 1986 durch das Referendum über die Einheitliche Europäische Akte (EEA), als sich erneut eine klare Mehrheit von 56,2 Prozent für die Teilnahme am

⁸ Vgl. Bernd Schürmann, *Kompensatorische Sicherheitsstrategien – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik von Estland, Finnland und Taiwan*, Berlin 2001, S. 164–185, sowie den Regierungsbericht des Prime Minister's Office, *Finnish Security and Defence Policy 2004*, Government report 6/2004, Helsinki, 24. 9. 2004.

EG-Binnenmarkt aussprach. Im Unterschied zu Finnland war Dänemark der EG nicht auf der Suche nach europäischer Identität beigetreten. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Mitgliedschaft beruhte vielmehr auf einer strikten Unterscheidung zwischen erwünschter wirtschaftlicher und unerwünschter politischer Integration. Die Teilnahme am Gemeinsamen Markt fand mehrheitlich Zustimmung, weil sie dem ökonomischen Interesse des exportorientierten Agrarsektors entsprach.

Die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit stieß und stößt jedoch bis heute auf eine breite und stabile Front gesellschaftlicher Ablehnung, ganz zu schweigen von der Idee der Vereinigten Staaten von Europa, die in Dänemark nur von einer verschwindenden Minderheit offen begrüßt wird. Infolge dieser Differenzierung ist in Dänemark allmählich eine spezifische Form europapolitischer Opposition entstanden, für die sich der Begriff „Unionswiderstand“ eingebürgert hat. Im Gegensatz zu konsequenten EG-Gegnern tolerieren dänische Unionsgegner die Einbindung ihres Landes in eine europäische Marktordnung. Aber sie widersetzen sich dessen Weiterentwicklung zu einer überstaatlichen Herrschaftsordnung im Sinne einer politischen Union. Dieser Unionswiderstand ist der Schlüssel zum besseren Verständnis der Gründe, warum Dänemark bei der Gründung der EU zu Beginn der neunziger Jahre in eine Sonderstellung gerückt ist.

Ausschlaggebend für die Zustimmung zur Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) im Referendum 1986 war die bezeichnende Aussage von Ministerpräsident Poul Schlüter, der kurz vor dem Urnengang versichert hatte, die Pläne zur Errichtung einer politischen Union Europas seien „steintot“. Schlüter entkräftete damit erfolgreich die von Unionswiderstand getragene Argumentation der Opposition. Wenige Jahre später fiel das Wort von der steintoten Union jedoch auf seinen Urheber zurück, denn beim Maastricht-Vertrag war nicht länger in Abrede zu stellen, dass es wirklich um die Gründung einer europäischen politischen Union ging. Folglich wurde der Maastricht-Vertrag in der Volksabstimmung am 2. Juni 1992 mit der knappen Mehrheit von 50,7 Prozent zurückgewiesen. Nach den Bestimmungen der Europäischen Verträge hätte das dänische Anti-Maastricht-Votum eigentlich den gesamten Gründungsprozess der EU stoppen müssen. Wäre wenig später Frankreichs Referendum über den EU-Vertrag gescheitert, wäre dies auch mit Sicherheit geschehen. So aber setzten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs über das Votum Dänemarks

hinweg und hielten am Ziel der Inkraftsetzung des Maastricht-Vertrages fest. Auch in Dänemark wurde umgehend mit der Suche nach einem Ausweg aus der europapolitischen Sackgasse begonnen, der dann in Form des Edinburgh-Abkommens gefunden wurde. Die im Dezember 1992 beschlossene Vereinbarung ließ das Maastrichter Vertragswerk zwar unverändert, fügte aber Ausnahmeregelungen im Hinblick auf Dänemarks Teilnahme an der gemeinsamen Währung, Unionsbürgerschaft, Verteidigungspolitik sowie der Zusammenarbeit bei Inneres und Justiz hinzu. Ergänzt um diese *opt-outs* wurde der Maastricht-Vertrag im Mai 1993 zum zweiten Mal zur Abstimmung gestellt und mit deutlicher Mehrheit von 56,8 Prozent angenommen.⁹

Die dänische Sonderstellung innerhalb der EU hat bis heute im Wesentlichen Bestand. Ausgehöhlt wurde sie seither allein durch den Amsterdam-Vertrag, der 1998 durch Volksabstimmung mit 55,1 Prozent angenommen wurde. Dieser sah die Integration der Schengener Grenz- und Polizeizusammenarbeit in die Europäischen Verträge und zugleich die Überführung von Teilen dieser Zusammenarbeit von der zwischenstaatlichen dritten in die überstaatliche erste Säule der EU vor. Dänemark nimmt daher seit März 2001 zusammen mit den anderen nordischen Ländern am gemeinsamen Grenzregime der EU teil, wenngleich das Land in Schengen-Angelegenheiten nach wie vor nicht in vollem Umfang an Mehrheitsentscheidungen gebunden ist.¹⁰ Ansonsten ist das Edinburgh-Abkommen von nachhaltiger Relevanz, vor allem bezüglich der Ausnahme beim Euro, die durch das Referendum im Jahr 2000 mit 53,2 Prozent bekräftigt worden ist. Letztlich wird der Euro mehrheitlich abgelehnt, weil ihn die Dänen als entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer politischen Union Europas wahrnehmen.¹¹

9 Vgl. Thomas Pedersen, Denmark and the European Union, in: Lee Miles (Hrsg.), The European Union and the Nordic Countries, London 1996, S. 81–100. Nikolaj Petersen, Vejen til den europæiske Union 1980–93, in: Tom Swienty (Red.), Danmark i Europa 1945–93, Kopenhagen 1994, S. 195–271.

10 Gemäß eines Zusatzprotokolls zum Amsterdam-Vertrag nimmt Dänemark in den meisten Schengen-Angelegenheiten, die in die erste Säule der EU überführt wurden, an allen Beratungen, nicht aber an Abstimmungen im EU-Rat teil und ist folglich auch nicht zur Anerkennung der Beschlüsse gezwungen. Dies betrifft vor allem die Asyl- und Einwanderungspolitik, nicht aber die Visabestimmungen der EU, bei denen Dänemark voll in das Mehrheitsverfahren der ersten Säule eingebunden ist.

11 Vgl. Tom Schumacher/Carsten Schymik, Dänemark nach dem Euro-Referendum – Hintergründe und neue Perspektiven der Europapolitik, in: Politische Studien, 51 (2000) 374, S. 30–42.

Schweden

Schweden ist das nordische Land, in dem Euroskepsis lange Zeit gleichsam offizielle Regierungspolitik war. Bis zum Ende des Kalten Krieges galt die uneingeschränkte Teilnahme am europäischen Integrationsprozess als unvereinbar mit der schwedischen Neutralitätsdoktrin der „Bündnisfreiheit im Frieden mit dem Ziel Neutralität im Krieg“.¹² Anders als Dänemark und Norwegen strebte Schweden daher zunächst nur eine Assoziierung an. 1972 kam es nicht zu einer Volksabstimmung über die EG, weil ein Beitritt schon im Jahr zuvor von Regierung und Reichstag (Parlament) unter Verweis auf den Neutralitätsstatus abgelehnt worden war. Erst die Zeitenwende 1989/90 schuf die Voraussetzung für eine Neuinterpretation der schwedischen Neutralitätspolitik im Einklang mit einer Vollmitgliedschaft in der EU.¹³

Aus innenpolitischer Perspektive darf die Bedeutung des Neutralitätsvorbehaltes nicht überbewertet werden. Der europapolitische Kurswechsel wurde nicht erst mit dem Ende des Kalten Krieges eingeleitet, sondern schon ab 1986 im Kontext des entstehenden europäischen Binnenmarktes, der die Regierung des Sozialdemokraten Ingvar Carlsson veranlasste, eine systematische Anpassung der nationalen Gesetzgebung an europäisches Binnenmarktrecht vorzunehmen. Als im November 1989 die Mauer fiel, war Schweden längst auf Integrationskurs in die EG. Hinzu kam, dass Schweden Ende der achtziger Jahre von einer schweren Rezession erfasst wurde, die zugleich als Existenzkrise des schwedischen Wohlfahrtsmodells erschien. Die Ankündigung der Regierung Carlsson im Oktober 1990, einen Beitrittsantrag an die EG zu stellen, erfolgte deshalb „in einer Art Fußnote“ im Rahmen eines konjunkturpolitischen Sofortprogramms.¹⁴ Insofern waren es nicht die Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld, sondern die Folgen einer akuten Wirtschaftskrise, die Schwedens Hinwendung zur EU motivierten.

Der EU-Beitritt wurde von den politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten des Landes befürwortet. Dennoch ergab die Volksabstimmung

12 Vgl. Bo Huldt, Schweden und die Europäische Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/96, S. 18–26.

13 Vgl. Pernille Rieker, From territorial defense to comprehensive security? European integration and the changing Norwegian and Swedish security identities, Oslo 2002, S. 31–39.

14 Vgl. Daniel Viklund, Neutralitätsdebatten, Stockholm 1993, S. 285.

im November 1994 mit 52,3 Prozent das knappste Votum, mit dem je ein Land der EU beiträt. Schweden betonte die vorbehaltlose Anerkennung des Maastricht-Vertrages, einschließlich der darin enthaltenen Verpflichtung zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Im Unterschied zu Dänemark konnte sich Schweden in Sachen Euro nicht auf eine vertragliche Ausnahmeregelung berufen.¹⁵ Gleichwohl machten die sozialdemokratischen Regierungen von Ingvar Carlsson und seines seit 1996 regierenden Nachfolgers Göran Persson ein faktisches *opt-out* von der WWU geltend, indem die politische Entscheidung über die Euro-Einführung einer Volksabstimmung vorbehalten wurde, die schließlich im September 2003 stattfand. Das Nein zum Euro fiel mit 55,9 Prozent vor allem deshalb so deutlich aus, weil sich Opposition diesmal auch in bürgerlichen Wählerschichten regte, die 1994 noch für die EU gestimmt hatten. Zum Sprachrohr der Euro-Gegner wurde die außerparlamentarische Initiative Mitbürger gegen WWU, aus der nach dem Referendum die Juniliste hervorging, die bei der Europawahl im Juni 2004 auf Anhieb 14,5 Prozent der Stimmen und drei Sitze im Straßburger Parlament erzielte. Die Juniliste akzeptiert im Grundsatz die Mitgliedschaft Schwedens in der EU, sagt „aber Nein zu einem ständig wachsenden EU-Staat“¹⁶. Insofern repräsentiert sie die spezifisch schwedische Variante jenes Unionswiderstandes, der schon in Dänemark zur Zurückweisung des Euro geführt hatte.

Norwegen

Norwegen hat bereits zwei Mal eine Mitgliedschaft in der EG (1972) und in der EU (1994) abgelehnt. Wie in den anderen skandinavischen Ländern haben sich die norwegischen Eliten kontinuierlich für einen Beitritt eingesetzt. Doch der Widerstand in der Bevölkerung hat sich ebenfalls als stabil erwiesen: 1972 stimmten 53,5 Prozent mit Nein, und 1994 waren es mit 52,3 Prozent nur unwesentlich weniger. Die Nein-Mehrheiten waren vor allem der Erfolg außerparlamentarischer Opposition. 1970 konstituierte sich die Volksbewegung gegen eine norwegische Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt, der sich bis zur Volksab-

15 Vgl. Stephan Muschick, Schweden und der Euro – Kluge Zurückhaltung oder feiges Lavieren?, in: Politische Studien, 51 (2000), Nr. 374, S. 19–29.

16 Junilistan, Nu startar vi nytt parti inför EU-valet, Stockholm 2004 (www.junilistan.nu/index.phtml?aid=14438&sid=375;29.2.2004).

stimmung im September 1972 rund 130 000 Mitglieder anschlossen. Zwei Jahrzehnte später entstand die Organisation Nein zur EU, die den Mobilisierungserfolg ihrer Vorgängerin noch übertraf und bei der Abstimmung im November 1994 rund 145 000 Mitglieder zählte. Angesichts einer Gesamteinwohnerzahl von 4,4 Millionen (1994) lässt sich das beeindruckende Ausmaß des norwegischen EU-Widerstandes ermessen: Eine vergleichbar große Anti-EU-Bewegung in Deutschland hätte über 2,5 Millionen Mitglieder haben müssen.¹⁷

Zur Erklärung der norwegischen Euroskepsis wird oft auf die relativ große Bedeutung des primärwirtschaftlichen Sektors des Landes verwiesen. Tatsächlich waren die Spitzenverbände der Landwirtschaft und Fischerei 1972 wie 1994 die wichtigsten finanziellen und politischen Unterstützer der außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen. Die Verteidigung sektoraler Partikularinteressen hätte jedoch kaum genügt, wenn die norwegische Primärwirtschaft nicht zugleich mit immateriellen Werten wie dem Erhalt einer gleichmäßigen Besiedlung des Landes verbunden wäre. Diese Ideale spiegeln wiederum einen gesamtgesellschaftlichen Konsens wider, der auch von EU-Befürwortern nicht bestritten wird, aber nur schwer mit den Bedingungen einer norwegischen EU-Mitgliedschaft vereinbart werden kann. Selbst im Hinblick auf die Primärwirtschaft dominierten folglich politische Argumente im Diskurs der EU-Gegner. 1994 lauteten die zentralen Kampagnenmottos „Ja zu Demokratie“, „Ja zu Solidarität“ und „Ja zu Umweltschutz“, jeweils ergänzt um den Zusatz „Nein zur Union“. Auch in Norwegen artikuliert sich also eine Form von Unionswiderstand.

Trotz wiederholter Ablehnung einer Vollmitgliedschaft ist Norwegen heute in Kernbereiche der EU-Zusammenarbeit integriert, insbesondere auf den Gebieten Binnenmarkt und Polizei, aber auch bei der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.¹⁸ Diese indirekte Einbindung erfolgte auf der Basis bilateraler Vereinbarungen: 1992 über die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), 1996 zwecks Übernahme des materiellen Schengen-Besitzstandes, 1999 zur institutionellen Teilnahme an der Schengen-

17 Vgl. Carsten Schymik, Außerparlamentarische Opposition gegen die EU in Skandinavien, in: Nordeuropaforum (N.F.), (2001) 1, S. 79–101.

18 So will Norwegen eigenes Militärpersonal für die EU-Krisenreaktionstruppe zur Verfügung stellen, vgl. Pernille Rieker, The Europeanisation of Norway's Security Identity, Oslo 2001.

Kooperation sowie 2001 über den Anschluss an die Europol-Konvention. Diese Abkommen sehen im Grundsatz vor, dass Norwegen das europäische Regelwerk in vollem Umfang übernimmt und anwendet, an der Planung und Beratung von neuem Regelwerk mitwirkt, nicht aber an der Beschlussfassung teilnimmt, weil diese ausschließlich den EU-Mitgliedstaaten vorbehalten ist. Stattdessen entscheidet Norwegen auf unabhängiger Grundlage, ob es das neue Regelwerk in die nationale Gesetzgebung übernimmt. Aus völker- und verfassungsrechtlicher Perspektive wird Norwegens Souveränität gegenüber der EU damit zwar gewahrt. Faktisch jedoch bleibt von dieser Souveränität wenig übrig, da die Nichtübernahme von neuem Regelwerk automatisch die Beendigung der gesamten vertraglichen Zusammenarbeit nach sich zieht. Im Fall der Schengen-Verträge würde dies bedeuten, dass die norwegisch-schwedische Grenze – Europas längste Festlandsgrenze – zur Außengrenze des Schengener Raums erklärt und befestigt werden müsste. Es ist kaum vorstellbar, dass eine norwegische Regierung jetzt oder in Zukunft bereit sein könnte, einen solch hohen Preis für die Uneinigkeit in einer einzelnen Schengen-Frage zu bezahlen.

Island

Island ist das nordische Land, das sich in quasi natürlicher Distanz zur EU entwickelt hat. Weder 1972 noch 1994 sah die isländische Regierung einen hinreichenden Anreiz für einen Beitritt zur EG/EU, vor allem, weil dies die Selbstverwaltung der nationalen Fischgründe gefährdet hätte, die von überragender Bedeutung für Islands Volkswirtschaft sind, insofern Frischfisch und bearbeitete Fischereiprodukte rund 75 Prozent aller Exporte des Landes ausmachen. Solange die EU nicht von dem Anspruch abrückt, die Fischereiresourcen aller Mitgliedstaaten auf übernationaler Ebene zu verwalten und durch die Zuteilung nationaler Fangquoten zu regulieren, wird Island wohl auch in Zukunft keinen EU-Beitritt anstreben.

Allerdings ist Island heute ebenso wie Norwegen über den EWR an den Binnenmarkt und durch die Schengen-Verträge von 1996 und 1999 an die Grenz- und Polizeizusammenarbeit der EU angeschlossen, mitsamt den eher unvorteilhaften Teilnahmebedingungen, wie sie bereits im norwegischen Fall dargestellt worden sind. Freilich hat

Island eine gewisse Wahlfreiheit im Hinblick auf Schengen gewahrt, da es im Fall der Kündigung der vertraglichen Zusammenarbeit keine Festlandsgrenze gibt, die zu befestigen wäre.¹⁹

Zusammenfassung

Was den gegenwärtigen Stand der nordisch-europäischen Beziehungen anbelangt, so lassen sich abschließend ungeachtet aller länderspezifischen Besonderheiten auch Gemeinsamkeiten erkennen.

1. Der Norden hat sich der EU langfristig angenähert. Wenngleich heute allein für Finnland konstatiert werden kann, dass es ohne substantielle Abstriche integriert ist, steht doch andererseits kein nordisches Land mehr gänzlich abseits. Unabhängig vom formalen Mitgliedschaftsstatus lässt sich eine nach Sachbereichen differenzierte Schnittmenge der nordischen EU-Integration ausmachen. Im wirtschaftlichen Bereich besteht diese im Europäischen Binnenmarkt, an dem seit 1994 auch die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen und Island im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums teilnehmen. In politischer Hinsicht existiert eine solche Schnittmenge durch die seit 2001 praktizierte Schengen-Zusammenarbeit hinsichtlich Justiz und Polizei, der sich Norwegen und Island auf der Basis der Kooperationsverträge von 1996 und 1999 ebenfalls angeschlossen haben. Binnenmarkt und Schengen beschreiben mit anderen Worten die Quintessenz in den gegenwärtigen Beziehungen zwischen dem Norden und der EU.

2. Die nordischen Sonderwege nach Europa spiegeln zugleich eine spezifische Mischung aus Konsens und Konflikt in den Gesellschaften wider. Der Konsens gilt vor allem dem Europäischen Binnenmarkt, der überall im Norden gesellschaftliche Akzeptanz genießt. Konflikt entzündet sich dagegen regelmäßig an Fragen der politischen Integration in Europa und artikuliert sich heute typischerweise in Form von Unionswiderstand, der nicht notwendigerweise gegen die EU-Mitgliedschaft selbst gerichtet ist, wohl aber gegen das Ziel einer europäischen Föderationsgründung im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa. Die Legitimitätsbasis der EU im Norden bleibt auch in Zukunft prekär.

¹⁹ Vgl. auch den Beitrag von Frauke Rubart in diesem Heft sowie dies., Auf Stimmenfang im Nordatlantik – Parteiensystem und politische Macht in Island, Bremen 2004 (im Internet unter: www2.hu-berlin.de/for:n/).

Finnland – Musterknabe in der EU?

Knapp eine Dekade nach dem finnischen EU-Beitritt lässt sich eine Zwischenbilanz ziehen. Zum einen gilt es, den Wandel des finnischen Regierungssystems in den vergangenen Jahren nachzuzeichnen, denn Finnland war lange Zeit ein Beispiel für den in Europa eher seltenen Systemtyp eines semipräsidentiellen Regierungssystems mit stark konsensualen Zügen. Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahr 2000 hat es sich zum in Westeuropa mehrheitlich verbreiteten parlamentarischen Regierungssystem gewandelt.

Zum anderen ist ein Blick auf Finnlands Rolle in der EU zu werfen. Welche Stärken bringt das ehemalige „Japan des Nordens“, das inmitten seiner Wirtschaftskrise der neunziger Jahre der EU beitrug, in das Staatenbündnis ein? Hat es seinen Platz gefunden und stellt es womöglich aufgrund seiner Geschichte eine wichtige Brücke zu Russland dar, oder ist die Rolle Finnlands als bevölkerungsmäßig kleines Land in der EU eher marginal?

Das neue parlamentarische Regierungssystem

Bis zum Jahr 2000 galt in Finnland die Verfassung aus dem Jahr 1919, die keinen einheitlichen Text darstellte, sondern aus verschiedenen Gesetzen mit Verfassungsrang bestand. Sie war entstanden als Kompromiss zwischen Monarchisten und Republikanern, und dementsprechend kann das daraus hervorgegangene semipräsidentielle System als Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen Kräften mit verschiedenen Ordnungsvorstellungen verstanden werden.¹

Die neue Verfassung, die im Jahr 2000 in Kraft getreten ist, besteht aus 131 Artikeln und wird als finnisches Grundgesetz bezeichnet. Eine wichtige Kontinuität zwischen alter und neuer Verfassung liegt in dem Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit: Auch künftig liegt die Aufgabe der Kontrolle

1 Vgl. Heikki Paloheimo, *The Rising Power of the Prime Minister in Finland*, in: *Scandinavian Political Science Studies*, 26 (2003) 3, S. 219–243, hier: S. 222.

von Verfassungsmäßigkeit in den Händen des parlamentarischen Verfassungsausschusses und damit im Parlament,² was aus verfassungssystematischer Perspektive bedeutet, dass das Parlament quasi selbst kontrolliert – eine ungewöhnliche Regelung. Elemente direkter Demokratie sind nur fakultativ und konsultativ vorgesehen und haben außer beim Beitritt zur EU bislang kaum Bedeutung gehabt. So lehnt beispielsweise die derzeitige Regierung (der so genannte Staatsrat) ein Referendum über die EU-Verfassung ab.³

Aufgrund des Verhältniswahlsystems und des Fehlens einer Sperrklausel waren in den vergangenen Jahrzehnten durchschnittlich zehn Parteien im Parlament vertreten, es handelte sich um ein stark pluralisiertes parlamentarisches Parteiensystem. Eine seiner Besonderheiten stellt die Mitregierung von Kommunisten von den sechziger bis zu den achtziger Jahren sowie von „gewendeten“ Kommunisten in den neunziger Jahren dar. In Finnland existierten traditionell Vielparteienkoalitionen. So stellten in den neunziger Jahren Konservative, Sozialdemokraten, Kommunisten und Grüne (dies erstmals in Europa) die Regierung, so dass von einer Strukturierung des Parteiensystems in „rechts“ und „links“ nicht in dem Maße gesprochen werden kann wie in anderen Demokratien. Hingegen haben durch die Veränderungen nach dem EU-Beitritt die „klassischen“ gesellschaftlichen Konfliktlinien, an denen sich das Parteiensystem orientiert, wie „ländlich–urban“ sowie „national–international“, eher wieder zugenommen.⁴

Die Sozialdemokraten waren mit Ausnahme der Jahre 1991 bis 1995 seit den sechziger Jahren fast

2 Vgl. Florian Lütticken/Florian Pfeil, *Finnlands neue Verfassung: Abschied vom semi-präsidentiellen System*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 34 (2003) 2, S. 296–310, hier: S. 299 ff.; Burkhard Auffermann, *Das politische System Finnlands*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 2003³, S. 187–223, hier: S. 189 ff.

3 Vgl. *Helsingin Sanomat*, English version, 17. 8. 2004 (www.helsinginsanomat.fi).

4 Vgl. B. Auffermann (Anm. 2), S. 207 f.; Tapio Raunio/Matti Wiberg, *Building Elite Consensus: Parliamentary Accountability in Finland*, in: Torbjörn Bergman/Erik Damgaard, *Delegation and accountability in European integration: the Nordic parliamentary democracies and the European Union*, London 2000, S. 59–80, hier: S. 61.

ununterbrochen in der Regierung vertreten. Die Parlamentswahl vom März 2003 ergab nahezu einen Stimmgleichstand der größeren konservativen Zentrumsparterie KESK (24,7 Prozent und 55 Sitze) sowie der Sozialdemokraten SDP (24,5 Prozent und 53 Sitze). Die gemäßigte, konservative KOK erhielt 18,5 Prozent der Stimmen, die Kommunisten (Linksbund VAS) kamen auf knapp 10, die Grünen (VIHR) auf 8 und die Schwedische Volkspartei SFP auf 4,6 Prozent. Nach der Wahl bildete sich eine große Koalition von Sozialdemokraten und Konservativen unter Beteiligung der SFP, angeführt durch Ministerpräsident Matti Vanhanen (KESK). Damit scheint sich das Ende der Phase der Regenbogenkoalitionen sowie der Trend einer zunehmenden Schwächung der Sozialdemokraten abzuzeichnen.⁵

Finnland verfügt nach wie vor über ein Einkammerparlament, die Eduskunta, das – verfassungsmäßig festgelegt – aus 200 Abgeordneten besteht.⁶ Im Zuge der Verfassungsreform sind die Rechte des Parlaments gestärkt worden. Es verfügt über neue Kompetenzen in der Außenpolitik: Die Regierung hat das Parlament in EU-Fragen unverzüglich zu informieren, zudem müssen internationale Verträge durch die Eduskunta gebilligt werden. Als wichtigste EU-relevante Institution innerhalb des Parlaments gilt der so genannte Große Ausschuss. Laut Verfassung hat die Regierung bereits im Vorfeld der Tagungen des Europäischen Rates eine Informationspflicht gegenüber dem Ausschuss bzw. dem Parlament insgesamt. Der Große Ausschuss kann der Regierung Handlungsanleitungen auf den Weg geben, und diese muss im Anschluss an die Europäischen Gipfel vor dem Ausschuss Rechenschaft ablegen. Diese Einbeziehung des Parlaments in EU-Fragen gilt aufgrund der engen Kommunikationsmechanismen als positives europäisches Beispiel.⁷

Finnland wird häufig als konsensorientierte, korporatistische Verhandlungsdemokratie bezeichnet. Begründet wird dies zum einen mit den Vielpartei-

enkoalitionen, zum anderen mit der engen Einbindung von Interessengruppen in den politischen Prozess. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der Beitritt Finnlands zur EU haben allerdings dazu geführt, dass das Konsensprinzip tendenziell zugunsten des mehrheitsorientierten Effektivitätsprinzips verdrängt wurde. Damit einher geht der sukzessive Verfassungswandel: Symptomatisch dafür ist die Abschaffung der parlamentarischen Ein-Drittel-Sperminorität im Gesetzgebungsprozess. Dennoch gibt es nach wie vor starke Anzeichen für verhandlungsdemokratische Elemente, so beispielsweise durch die „Koalitionselastizität“ der drei großen Parteien KESK, KOK und SDP.⁸

Hinsichtlich der Interessengruppen galt Finnland noch in den siebziger Jahren als „gelobtes Land“ der Vereinstätigkeit, jedoch liegt das Niveau gesellschaftlicher Aktivitäten in anderen skandinavischen Staaten inzwischen höher. Der Beginn des finnischen Korporatismus findet sich in den sechziger Jahren, als Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter sowie die Regierung in einer „Konzertierten Aktion“ die Einkommenspolitik stabilisierten. Im Zuge der Wirtschaftskrise, die sich bereits in den achtziger Jahren andeutete, sowie von EU-Integration und Globalisierung kam es auch in Finnland zu Tendenzen der Dezentralisierung und Flexibilisierung in der Arbeitsmarktpolitik. Dennoch führte gerade die Schwächung des Wohlfahrtsstaates zu neokorporatistischem staatlichen Agieren, also zur verstärkten Übertragung von Wohlfahrtsaufgaben auf den dritten Sektor. Insgesamt ist die Einbindung von Interessengruppen in den politischen Prozess vergleichsweise umfassend, beispielsweise durch die Teilnahme von Verbänden an parlamentarischen Anhörungen. Viele Interessenorganisationen sind ohnehin parteipolitisch orientiert.⁹

Der Systemtyp des semipräsidentiellen Regierungssystems, der von Maurice Duverger in den siebziger Jahren vor allem für das politische System Frankreichs entwickelt worden war, zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: Zum einen werden mit dem Parlament und dem Präsidenten zwei zentrale Regierungsinstitutionen direkt gewählt und

5 Vgl. die Tabelle in B. Auffermann (Anm. 2), S. 202; Wolf D. Gruner, Nordeuropa und das Baltikum, in: ders./Wichard Woyke, Europa-Lexikon, München 2004, S. 77–139, hier: S. 99; David Arter, From the „Rainbow Coalition“ Back Down to „Red Earth“? The 2003 Finnish General Election, in: West European Politics, 26 (2003) 3, S. 153–162.

6 Grundgesetz Finnlands, erlassen am 11. 6. 1999, offizielle Übersetzung des finnischen Justizministeriums (www.om.fi/74.htm).

7 Vgl. T. Raunio/M. Wiberg (Anm. 4), S. 67 f.; Tapio Raunio, The Parliament of Finland: A Model Case for Effective Scrutiny?, in: Andreas Maurer/Wolfgang Wessels (Hrsg.), National Parliaments on their Ways to Europe: Losers or Latecomers?, Baden-Baden 2001, S. 173–198, hier: S. 197.

8 Vgl. Thomas König/Thomas Bräuninger, Finnland auf dem Weg zum Mehrheitsystem? Eine vergleichende Analyse der politischen Willensbildung vor und nach den finnischen Verfassungsreformen der 90er Jahre, in: Politische Vierteljahresschrift, 40 (1999) 1, S. 40–64, hier: S. 42 f., sowie H. Paloheimo (Anm. 1), S. 227.

9 Vgl. Pertti Lappalainen/Martti Siisiäinen, Finnland. Freiwillige Vereinigungen in der Gesellschaft und Gewerkschaften im politischen System, in: Werner Reutter/Peter Rütters (Hrsg.), Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen 2001, S. 103–123, hier: S. 106 f. und 116 ff., zudem B. Auffermann (Anm. 2), S. 212 f.

verfügen über eine eigene, direkte Legitimation. Zum zweiten ist die Exekutive „bipolar“, die eigentliche Regierungsgewalt liegt bei der Regierung, doch verfügt der Präsident als Staatsoberhaupt über relevante exekutive Teilkompetenzen. Die Regierung ist in semipräsidentiellen Systemen dem Parlament verantwortlich und steht damit dem Präsidenten gegenüber. Da sie gemeinhin aus der parlamentarischen Mehrheit hervorgeht, kann sich die politische Situation der so genannten Kohabitation entwickeln, d. h., Präsident und Regierung können unterschiedlichen politischen Lagern entstammen.

In der politikwissenschaftlichen Debatte steht dem Konzept des semipräsidentiellen Systems ein Ansatz gegenüber, der lediglich zwischen präsidentiellen und parlamentarischen Systemen unterscheidet. Das ältere finnische Regierungssystem wäre demnach eine parlamentarische Regierungsform mit Präsidialdominanz (etwa im Unterschied zur Kanzlerdemokratie der Bundesrepublik).¹⁰ Laut Verfassungstext stellte der Präsident sogar die oberste vollziehende Gewalt dar, obwohl er sich die Exekutive mit der Regierung teilte. In der Praxis schwankte die Nutzung der präsidentiellen Kompetenzen jedoch sehr stark. Als eine Art finnische *domaine réservée* hatte der Präsident die Leitung der Außenpolitik inne. Dies entsprach der politischen Nervosität während des Kalten Krieges, in der eine starke Leitung der Außenpolitik weitgehend als hilfreich angesehen wurde und Konsens war. Selbst unter der Amtszeit Präsident Urho Kekkonens (1956–1981) galt es jedoch als weniger präsidial orientiert als das französische System. Bis in die achtziger Jahre hinein war die Koppelung der Regierungsamtszeit an die des Präsidenten üblich, was ein weiteres Zeichen für die präsidiale Rolle im alten finnischen Regierungssystem darstellt, da die Legitimität der Regierung nicht nur auf den Parlamentswahlen, sondern auch auf der Amtszeit des Präsidenten beruhte. Damit war die Gefahr einer Kohabitation gebannt. Weil bis zur Abschaffung des Semipräsidentialismus die sozialdemokratische Ausrichtung der Präsidenten gleichermaßen in den Regierungskoalitionen (mit Ausnahme der Jahre 1991 bis 1995) vertreten war, spielte die Kohabitation in der Verfassungspraxis ohnehin keine Rolle.¹¹

10 Vgl. Maurice Duverger, A New Political System Model: Semi-presidential Government, in: European Journal of Political Research, 8 (1980), S. 165–187, sowie Winfried Steffani, Zur Unterscheidung parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 14 (1983) 3, S. 390–401.

11 Vgl. B. Auffermann (Anm. 2), S. 190 ff.; H. Paloheimo (Anm. 1), S. 220.

Eine entscheidende Frage bei der Betrachtung der Präsidialkompetenzen ist seine Rolle bei der Regierungsbildung bzw. -ablösung: Konnte der Präsident die Regierung vor der Verfassungsreform ohne parlamentarische Wahl berufen und dabei im Extremfall an den Mehrheiten vorbei agieren, so hat er nun kein Mitspracherecht mehr, denn er ernennt lediglich den vom Parlament gewählten Ministerpräsidenten sowie dessen Minister. Auch eine Entlassung der Regierung ist nur noch auf deren Bitte sowie durch parlamentarischen Vertrauensentzug möglich.¹²

Die Kompetenzen und die Legitimation der zentralen Regierungsinstitutionen haben sich im Zuge der Verfassungsreform verschoben: Bis 1994 wurde der Präsident nicht unmittelbar, sondern durch ein 301-köpfiges (durch die Bevölkerung direkt gewähltes) Elektorengremium gewählt. Dennoch ließ sich, wie in den USA, von einer dem Prinzip nach direkten Legitimation des Präsidenten sprechen. Heute findet eine Direktwahl nach dem absoluten Mehrheitswahlprinzip im ersten Wahlgang bzw. der relativen Mehrheit im zweiten Stichwahlgang statt. Die bisherigen Präsidenten haben ihre Rolle sehr unterschiedlich ausgefüllt. Maßgeblich geprägt wurde das Amt durch Urho Kekkonen, der als Vertreter der konservativen Agrarunion (heute KESK) seine Kompetenzen stark nutzte. Durch den Wechsel zum sozialdemokratischen Präsidenten Mauno Koivisto (1982–1994) kam es zu einer Stärkung von Parlament und Regierung, die durch Martti Ahtisaari (1994–2000) fortgesetzt wurde, der auch die Verfassungsreform vorantrieb.¹³

Insgesamt sind drei Epochen des finnischen Semi-Präsidentialismus zu beobachten: Phase I lässt sich vom Beginn der finnischen Unabhängigkeit 1919 bis 1946 bemessen und als eher parlamentarisch geprägte Verfassungswirklichkeit charakterisieren. Phase II von 1946 bis 1982 kann als die Hochphase des Semi-Präsidentialismus bezeichnet werden (unter Paasikivi und Kekkonen), in der angesichts der außenpolitischen Herausforderungen ein starkes Präsidentenamt allgemein erwünscht war. In Phase III (ab 1982) zeigte sich ein gemäßigter Semi-Präsidentialismus, bis zu seiner Abschaffung im Jahr 2000. Der Beginn der neuen Verfassung fiel zusammen mit der Amtszeit der sozialdemokratischen Präsidentin Tarja Halonen, die sich jedoch nicht unbedingt auf repräsentative Funktionen zu beschränken scheint.¹⁴

12 Vgl. ebd., S. 226f, F. Lütticken/F. Pfeil (Anm. 2), S. 305 ff.

13 Vgl. B. Auffermann (Anm. 2), S. 193 f.

14 Vgl. F. Lütticken/F. Pfeil (Anm. 2), S. 308; H. Paloheimo (Anm. 1), S. 224; M. Duverger (Anm. 10).

Neben dem Recht, Verordnungen zu erlassen (das heute nur noch der Regierung zusteht), stand dem Präsidenten früher ein starkes Vetorecht zu. Heute besitzt der Präsident noch ein schwaches suspensives (aufschiebendes) Veto, was einem parlamentarischen Regierungssystem eher entspricht.¹⁵ Der Machtabbau des Präsidenten markiert das Ende eines Prozesses, der mehr als ein Jahrzehnt andauerte. Dennoch wird der Präsident nach wie vor als Bestandteil der Exekutivmacht angesehen (Art. 3: „Die Regierungsgewalt wird vom Präsidenten der Republik und dem Staatsrat ausgeübt“). Der präsidentiale Kompetenzverlust zeigt sich in der Außenpolitik. Gemäß Artikel 93 wird diese nun vom „Präsidenten der Republik im Zusammenwirken mit dem Staatsrat geleitet“, der Präsident verfügt nach wie vor über ein Mitspracherecht. Somit sind in diesem Politikfeld bis heute kohabitationsartige Situationen möglich, derzeit jedoch nicht zu befürchten, da die Sozialdemokraten sowohl die Präsidentin stellen als auch an der Regierung beteiligt sind.

Auf die EU bezogene Kompetenzen wurden vor allem dem Staatsrat und dem Parlament zugesprochen. Der EU-Beitritt war einer der Auslöser für die Verfassungsreform, da umstritten war, ob der Präsident oder der Ministerpräsident Finnland beim Europäischen Rat vertreten soll. Präsident Ahtisaari lehnte einen Verzicht auf die Teilnahme ab, so dass nicht selten beide Finnland vertraten (was auch für Frankreich zutrifft). Präsidentin Tarja Halonen führt diese Praxis fort, was nicht unproblematisch ist, da sie Außenpolitik betreibt, ohne einer parlamentarischen Verantwortlichkeit zu unterliegen. Zudem kommt es weiterhin zu Staatsratssitzungen unter der Leitung der Präsidentin, in denen jedoch keine Regierungsentscheidungen gefällt werden. Halonen verfügt über enormen Rückhalt in der Bevölkerung: Umfragen vom August 2004 zeigten, dass 59 Prozent der Wahlberechtigten ihr erneut ihre Stimme geben würden. Insgesamt zeigen sich nach wie vor Elemente einer bipolaren Exekutive.¹⁶ Angesichts der Direktwahl des Präsidenten und aufgrund präsidentialer Restkompetenzen in der Außenpolitik sowie einer gewissen Einmischungsmöglichkeit in die Regierungspolitik kann Finnland heute allenfalls als „Dreiviertelparlamentarismus“ gelten.¹⁷

15 Vgl. F. Lütticken/F. Pfeil (Anm. 2), S. 301 ff.; H. Paloheimo (Anm. 1), S. 224f.; T. König/T. Bräuninger (Anm. 8), S. 45.

16 Vgl. T. Raunio/M. Wiberg (Anm. 4), S. 74; B. Auffermann (Anm. 2), S. 198 ff.; H. Paloheimo (Anm. 1), S. 225, zudem Helsingin Sanomat, English version, 14. 8. 2004.

17 So die These von Antero Jyränki, zit. nach F. Lütticken/F. Pfeil (Anm. 2), S. 309.

Finnland in Europa – die Stimme der Peripherie?

Finnlands Außenpolitik war während der Zeit des Kalten Krieges durch den Versuch geprägt, sich im Spannungsverhältnis zwischen Ost und West neutral zu positionieren. Mit dem Ziel der Wahrung der Unabhängigkeit war aufgrund der geographischen Nähe ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion konstitutiv. Durch die Präsidenten Paasikivi und Kekkonen hatte das Land im Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion deren Sicherheitsinteressen gegenüber dem Westen anerkannt. Diese aktive Neutralitätspolitik – bezeichnet als „Finnlandisierung“ – galt als europäisches Sondermodell, das von den westeuropäischen Staaten kritisch beobachtet wurde. Der Zusammenbruch des Ostblocks ebnete Finnland den Weg zur westlichen Integration, auch wenn der Wegfall der Exporte gen Osten ein Grund für die Wirtschaftskrise der neunziger Jahre war.¹⁸

Finnland beantragte 1992, nach Österreich (1989) und Schweden (1990), die EU-Mitgliedschaft und trat im Januar 1995 gemeinsam mit diesen Ländern bei. Wesentlich für die finnische Position war die Anerkennung der Neutralität durch den sowjetischen Staatschef Michael Gorbatschow 1989. Jedoch war erst nach dem russisch-finnischen Nachbarschaftsvertrag von 1992 der Weg frei für eine finnische EU-Mitgliedschaft. Finnland galt als eher unkomplizierter Kandidat. Es ist – mit Ausnahme der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Regionalpolitik – den EU-Forderungen im Großen und Ganzen problemlos gefolgt. Hilfreich war, dass der Beitritt bei den entscheidenden politischen Gruppen (den damals regierenden Konservativen sowie den Sozialdemokraten in der Opposition) unumstritten war. Dennoch stellte die Frage der Agrarsubventionen einen scharfen Diskussionspunkt in der Bevölkerung dar, die im Oktober 1994 per Referendum mit 57 Prozent für den Beitritt stimmte. Dabei fand sich die Mehrzahl der Ja-Stimmen im südlichen Drittel Finnlands. In der agrarisch geprägten Bevölkerung der nördlichen Regionen lag die Zustimmungsrate lediglich bei 30 bis 40 Prozent.¹⁹

18 Vgl. Burkhard Auffermann, Finnland: Neuorientierungen nach dem Kalten Krieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/1992, S. 36–47, hier: S. 36 f.; Tuomas Forsberg, Finnland, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europa-Handbuch, Gütersloh, 2002, S. 120–126, hier: S. 121.

19 Vgl. Pekka Visuri/Tapani Paavonen, Die finnische Integrationspolitik 1985–1995, in: Michael Gehler/Rolf Stei-

Finnland gilt in der EU als kooperativer Akteur und hat im Unterschied zu Schweden und Dänemark mit dem Beitritt zum Euro an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teilgenommen. Darüber hinaus hat es seine Regierungsinstitutionen „europäisiert“.²⁰ Dennoch ist es geprägt von der chronischen Sorge, keine ausreichende politische Beachtung zu finden. Neben der Angst vor prinzipiellem Einflussverlust in der erweiterten EU findet sich zudem der Vorwurf, bei der Besetzung wichtiger EU-Positionen nicht ausreichend berücksichtigt zu werden. So stellte der designierte finnische Kommissar für Erweiterung, Olli Rehn, klar, dass die finnischen Hoffnungen eigentlich in der Besetzung eines wirtschaftsnahen Politikfeldes gelegen hatten.²¹

Mit der EU-Erweiterung verbanden sich für Finnland ähnliche Befürchtungen wie in Deutschland. Vor allem die Angst vor unbegrenzter Arbeitsmigration war wegen der Nähe zu den baltischen Staaten im Vorfeld virulent, weswegen Finnland den Zugang zu seinem Arbeitsmarkt bis 2006 beschränkt hat. In der Bevölkerung gingen am Vorabend der EU-Erweiterung 59 Prozent der Finnen davon aus, dass ihr Land als (bevölkerungsmäßig) kleiner Staat in Zukunft weniger Einfluss in der EU haben werde. Dementsprechend lag die Ablehnung der Erweiterung mit 55 Prozent erstaunlich hoch (bei 35 Prozent Zustimmung), eine Quote, die lediglich von der sich gleichfalls vor Arbeitsmigration fürchtenden Bevölkerung Österreichs und Deutschlands übertroffen wurde.²²

Finnland verstand sich seit Beginn seiner EU-Mitgliedschaft insbesondere als Akteur im nordeuropäischen Kontext. Sein markantester Beitrag war 1997 die Anregung der so genannten „Nördlichen Dimension“, in Anlehnung an die EU-Nachbarschaftspolitik des Barcelona-Prozesses in Südeuropa. Das Ziel dieser Initiative, die Finnland,

Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Island, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Russland umfasst, liegt primär in der Schaffung von über die EU-Grenzen hinausgreifender Stabilität im ökonomischen und im Sicherheitsbereich sowie in der Bewältigung von Umweltproblemen. Die „Nördliche Dimension“ wird geprägt von nationalstaatlichen Übereinkommen und greift auf bereits bestehende Institutionen, beispielsweise den Ostseerat, zurück. Finnland hat damit einen Anlauf unternommen, zum Gestalter der nördlichen EU-Politik sowie der EU-Russland-Beziehungen zu werden.²³ Das europäische Echo war – trotz der Initiierung eines zweiten Mehrjahresplans (2004–2006) – wenig euphorisch, und auch die Teilnehmer der Initiative variieren hinsichtlich ihrer Vorstellungen sehr stark. Da die baltischen Staaten als Kooperationspartner innerhalb der „Nördlichen Dimension“ inzwischen sowohl der EU als auch der NATO angehören, verringert sich die Bedeutung Finnlands in der Region derzeit eher.²⁴

Im Zuge der EU-Verfassungsdebatte hat Finnland aufgrund der Befürchtung, von den großen EU-Staaten dominiert zu werden, Koalitionen mit anderen kleineren Staaten, mehrheitlich den Neumitgliedern, gesucht. Diese Identität als *small state* war wichtiger als die Kooperation unter den nördlichen Mitgliedsländern. Finnland zeigte sich wenig erfreut über die Installierung eines hauptamtlichen EU-Ratspräsidenten, aus Sorge, dieser könnte im Ministerrat die Positionen der großen Staaten stärken, sowie – aus ähnlichen Motiven – über die Schaffung eines EU-Außenministers. Man beharrte zudem auf einem eigenen, stimmberechtigten EU-Kommissar.²⁵

Dementsprechend befürworteten drei Viertel der Finnen im Zuge der EU-Verfassungsdebatte Abstimmungsregeln nach Länder- und weniger

ninger (Hrsg.), Die Neutralen und die europäische Integration 1945–1995, Wien 2000, S. 246–253, hier: S. 249 ff; zudem Martti Häikiö, Finland's Neutrality 1944–1994, in: ebd., S. 199–217, hier: S. 216, sowie T. Raunio (Anm. 7), S. 173; zum Referendumsergebnis vgl. Christine Ingebritsen, The Nordic States and European Unity, Ithaca–London 1998, S. 174.

20 Teija Tiilikainen, Finland: smooth adaption to European values and institutions, in: Wolfgang Wessels/Andreas Maurer (Hrsg.), Fifteen into one? The European Union and its member states, Manchester 2003, S. 150–165, hier: S. 161.

21 Vgl. Helsingi Sanomat, English version, 13. 8. 2004, sowie Matti Mörntinen, Finns and EU-membership, in: www.virtual.finland.fi, 19.1.2004.

22 Vgl. Eurobarometer 61, Public Opinion in the European Union, Spring 2004, National Report Finland, zudem M. Mörntinen (Anm. 21).

23 Vgl. Burkhard Auffermann, Für eine „Nördliche Dimension“ der EU-Politik. Eine Initiative im Kontext finnischer Außen- und Integrationspolitik, SCHIFF-texte Nr. 55, Kiel 1999.

24 Vgl. Council of the European Union (General Affairs and External Relations), Northern Dimension – Second Northern Dimension Action Plan 2004–2006, Brussels, 1. 10. 2003; siehe zudem Errki Olavi Aalto, The Northern Dimension of the European Union and the Trends in Security Policy in the Baltic Sea Region: A Finnish Point of View, Interne Informationen zur Sicherheitspolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien, April 2004, S. 12f, 18 ff.

25 Vgl. M. Mörntinen (Anm. 21); vgl. zudem Europäischer Konvent, Sekretariat, Brüssel, 30. 1. 2003, Vermerk: Beitrag von Frau Tiilikainen, Mitglied des Konvents und Herrn Antti Peltomäki, stellvertretendes Mitglied des Konvents „Die Zukunft der EU und die Arbeit des Konvents“, sowie Helsingin Sanomat (Anm. 3).

nach Bevölkerungsproporz, und mehr als die Hälfte war für die Beibehaltung von Einstimmigkeitsregeln zur Wahrung nationaler Interessen und zu Lasten der Effektivität in den Entscheidungen (trotz der Befürwortung qualifizierter Mehrheiten durch die Regierung).²⁶ Obwohl sich die Finnen subjektiv in EU-Verfassungsfragen am schlechtesten von allen EU-Bürgern informiert fühlten, wissen sie doch objektiv vergleichsweise gut über die Prinzipien der neuen Verfassung Bescheid.²⁷

Finnland befindet sich in einem Dilemma zwischen dem Wunsch, ein starkes, aktives EU-Mitglied zu sein, und dem verankerten Bedürfnis nach militärischer Neutralität. Die vor allem nach dem Balkankonflikt und erneut nach dem 11. September 2001 verstärkten Bemühungen um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik stießen auf Skepsis. Das hohe Sicherheitsbedürfnis sowie die geringe Bündnisbereitschaft stellen sich als „finnisches Paradoxon“ dar, zumal die Kooperation mit der NATO eng ist (so hat Finnland bereits seit 1994 am Programm „Partnerschaft für den Frieden“ teilgenommen und ist Mitglied im euroatlantischen Partnerschaftsrat, zudem hat es sich bereits seit den Bosnien-Einsätzen an NATO-Aktivitäten beteiligt). Bis heute sind jedoch drei Viertel der Bevölkerung gegen einen formellen NATO-Beitritt. Allianzfreiheit scheint nach wie vor fester Bestandteil der finnischen politischen Kultur zu sein und wurde im Koalitionsvertrag der amtierenden Regierung bekräftigt.²⁸

Jüngere Umfragen des Eurobarometers zeigen, dass auch knapp eine Dekade nach dem Beitritt die Quote der prinzipiellen Mitgliedschaftsbefürworter lediglich bei 46 Prozent liegt; noch vor einem Jahr lag sie lediglich bei 39 Prozent.²⁹ Zudem zeigte sich bei der jüngsten Europawahl eine Wahlbeteiligung, die zehn Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der alten Mitgliedsstaaten lag (gesamteuropäischer Durchschnitt 49,4 Prozent, Finnland 39,4 Prozent), jedoch wiesen auch

die Niederlande, Großbritannien, Portugal und Schweden ähnlich niedrige Werte auf. In Finnland galt diese Quote als positives Signal, da fünf Jahre zuvor nur 31 Prozent an der Europawahl teilgenommen hatten. Außerdem wichen die Wahlergebnisse für die derzeitigen Regierungsparteien nur wenig von denen der letzten Parlamentswahl ab: Es kam zu keiner Instrumentalisierung der EP-Wahlen als „Abstrafung“ der Regierung. Ein gesamteuropäischer Vergleich der Motive für die Wahlentscheidung zeigt eine vergleichsweise hohe Quote an grundlegendem politischen Desinteresse in EU-Fragen (Finnland 15 Prozent, 25er-EU sieben Prozent). Bei der häufig bemühten allgemeinen Politikverdrossenheit steht Finnland jedoch dem allgemeinen Trend entgegen: Finnland liegt mit 4 Prozent weit unter der durchschnittlichen EU-Quote der Politikverdrossenen von 22 Prozent. Spitzenreiter unter den alten Mitgliedsstaaten ist Deutschland mit 36 Prozent.³⁰

Schlussbemerkung

Finnland bleibt in Europa vor allem mit seiner Geschichte eines Balanceaktes zwischen West und Ost ein Spezifikum. Der doppelte Wunsch nach enger EU-Integration und militärischer Allianzfreiheit trägt dieser Vergangenheit Rechnung. Finnland versteht sich im europäischen Kontext vor allem als aktiver Akteur in der Ostseeregion, seine Bemühungen werden jedoch nur mäßig honoriert, zudem geht seine Bedeutung als Brücke der EU zu Russland und als Integrator der baltischen Staaten kaum über die regionale Dimension hinaus.

Der Sorge vor einer Peripherisierung nach der Erweiterung ist Finnland durch aktive Positionierung unter den *small states* im europäischen Verfassungsgebungsprozess entgegengetreten. Neben seiner bislang nur mäßig honorierten Rolle in Nordeuropa könnte Finnland seine Position zukünftig als Führungsnation in der Gruppe der kleinen Staaten der EU stärken.

30 Vgl. Flash Eurobarometer 162: Post European elections 2004 survey, July 2004, zudem Helsingin Sanomat, English version 14. 6. 2004.

26 Vgl. Eurobarometer 61 (Anm. 22).

27 Vgl. Flash Eurobarometer 159/2: The Future European Convention (Wave 2), July 2004.

28 Vgl. Mikko Harjulehto, Finnland: Ausgeprägtes Sicherheitsdenken ohne den Wunsch nach Sicherheitsgarantien, in: Europäische Sicherheit, (2004) 5, S. 24–27. Vgl. auch Max Jakobson, Finnland im neuen Europa, Berlin 1999, S. 143, sowie das Koalitionsprogramm „Government Programme“ vom 24. Juni 2003 (www.valtioneuvosto.fi).

29 Vgl. Eurobarometer 61 (Anm. 22).

Ein nachhaltiges Minderheitenmodell

Deutsche und dänische Minderheiten beiderseits der Grenze

Vor 50 Jahren, im Oktober 1954, wurde auf der Pariser Außenministerkonferenz der NATO der Weg für die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland geebnet. Am Rande der Verhandlungen wurde auch eine Thematik angesprochen, die damals als nachgeordnet wahrgenommen, hingegen im nördlichen Nachbarland Dänemark als zentrales politisches Problem aufgefasst wurde: die Regelung der Minderheitenfragen im deutsch-dänischen Grenzland.¹

Nachdem die dänische Regierung auf Veranlassung des Parlaments die Frage in Paris angesprochen hatte, kam es Anfang 1955 zu bilateralen deutsch-dänischen Regierungsverhandlungen über die Minderheitenfragen. Am 29. März 1955 wurden mit den einseitigen, synchronen so genannten Bonn-Kopenhagener Erklärungen nachhaltige Minderheitenregelungen gefunden, die allgemeine Staatsbürgerrechte und grundlegende Prinzipien der Minderheitenpolitik festlegen.² Im Mittelpunkt stand die Anerkennung des Prinzips der subjektiven Identitätswahl: „Minderheit ist, wer will.“ Die Wirkungsgeschichte der Regierungserklärungen war so erfolgreich, dass das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Dänen, Minderheiten und Mehrheiten im Grenzland oftmals als besonders gelungener Modellfall mit europäischer Vorbildfunktion bezeichnet wird.³

Das deutsch-dänische Grenzland ist in Westeuropa einzigartig, weil hier beiderseits der Grenze autochthone Minderheiten leben, die sich in nationaler, kultureller und sprachlicher Hinsicht mit dem jeweiligen Nachbarland identifizieren. Die

Minderheitenpolitik bezieht sich jeweils auf die Symmetrie und das Prinzip der „freiwilligen und einseitigen Gegenseitigkeit“ sowie das Bestreben nach einer Balance hinsichtlich der zugestandenen bzw. verbrieften Rechte und deren praktizierter Umsetzung. Es handelt sich um eine reziproke Minderheitenregelung.⁴ Deshalb werden die Minderheiten in der Regel als zusammenhängendes System aufgefasst. Sie bilden den „Modellfall Schleswig“, der sich über Jahrzehnte in einem evolutionären Prozess durch den erklärten Willen zur Nachhaltigkeit und Umsetzung des minderheitenpolitischen *acquis*, deren Prinzipien und „Geist“ in den Regierungserklärungen von 1955 gefasst worden ist, entwickelt hat.⁵

Nördlich der 69 Kilometer langen Landesgrenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark leben heute zwischen 12 000 und 20 000 Deutsche als anerkannte nationale Minderheit. In Schleswig-Holstein findet sich eine etwa 50 000 Personen starke dänische Bevölkerungsgruppe, die ebenfalls als Minderheit anerkannt ist. Die Angaben sind Schätzungen, da die Zugehörigkeit zu einer Minderheit nicht registriert wird. Beide Staaten haben den Status als nationale Minderheit mit der Staatsangehörigkeit verknüpft: Nur dänische Staatsbürger können rechtlich gesehen Mitglieder der deutschen Minderheit in Dänemark sein, während die Bundesrepublik nur deutsche Staatsbürger als Angehörige der dänischen Minderheit anerkennt.⁶ Tatsächlich gibt es jedoch in beiden Minderheiten zahlreiche Personen, die eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, in der Regel die des „Mutterlandes“, aus dem viele Lehrer und andere Funktionsträger zugewandert sind.

1 Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe/Bd. 4. Die Außenminister-Konferenzen von Brüssel, London und Paris, 8. August bis 25. Oktober 1954. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters, München 2003, S. 808–809 und S. 811.

2 Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Zur Entstehung eines Modells für nationale Minderheiten, Flensburg 1985; Martin Höffken, Die „Kieler Erklärung“ vom 26. September 1949 und die „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ vom 29. März 1955 im Spiegel deutscher und dänischer Zeitungen, Frankfurt/M. 1994; Johan Peter Noack, Det danske mindretal i Sydslesvig 1948–1955, I–II, Aabenraa 1997, S. 438–557.

3 Vgl. Jørgen Kühl, Den dansk-tyske mindretalsmodel og Europa, Aabenraa 2003.

4 Vgl. Knut Ipsen, Minderheitenschutz auf reziproker Basis – die deutsch-dänische Lösung, in: Hans-Joachim Heintze (Hrsg.), Selbstbestimmungsrecht der Völker – Herausforderung der Staatenwelt, Bonn 1997.

5 Vgl. Jørgen Kühl, Auf dem Weg zum „Modellfall Schleswig“, in: Ethnos-Nation, (1997) 5, S. 87–113.

6 Siehe zum Minderheitenbegriff der Bundesrepublik: Bundesministerium der Justiz, Schutz nationaler Minderheiten in Europa. Texte, Materialien, Erläuterungen zum Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, Bonn o. J.

Die deutsche Minderheit lebt im dänischen Verwaltungskreis Sønderjyllands Amt (Nordschleswig). Unter den 253 000 Einwohnern macht sie fünf bis acht Prozent aus. In vier der 23 nordschleswigschen Kommunen liegt ihr Anteil bei mehr als zehn Prozent. In der Gemeinde Tinglev (Tingleff) hat sie mit 20 bis 40 Prozent die höchste Konzentration. Die Angehörigen bezeichnen sich als deutsche Nordschleswiger.

Die dänische Minderheit lebt im Landesteil Schleswig, der im Norden von der Staatsgrenze und im Süden vom Fluss Eider und dem Nord-Ostsee-Kanal geografisch abgegrenzt wird. Die Minderheit bezeichnet dieses Gebiet traditionell als Südschleswig (Sydslesvig) und ihre Angehörigen als (dänische) Südschleswiger. Dieser Begriff findet sich in allen Organisationsnamen, etwa beim Südschleswigschen Wählerverband, der die politische Interessenvertretung wahrnimmt. Südschleswig umfasst drei Verwaltungsbezirke: die Stadt Flensburg sowie die Landkreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Der Südosten der Region gehört zum Landkreis Rendsburg-Eckernförde bzw. zur Landeshauptstadt Kiel. In Südschleswig liegt der Anteil der Minderheit bei etwa zehn Prozent – mit erheblichen lokalen Schwankungen. In Flensburg gehören ca. 20 Prozent der Einwohner zur Minderheit. In einigen Ortschaften entlang der Grenze liegt der Anteil noch höher. Dennoch ist sie – wie auch die deutsche Minderheit – überall eine absolute Minorität. Im Kreis Schleswig-Flensburg bildet sie etwa zehn, in Nordfriesland fünf und in Rendsburg-Eckernförde um anderthalb Prozent der Bevölkerung. Auf ganz Schleswig-Holstein bezogen liegt ihr Anteil bei 1,7 Prozent.

Minderheitenverbände und Institutionen

Beide Minderheiten verfügen über ein umfassendes, durch Zuwendungen aus beiden Staaten finanziertes Netzwerk von Verbänden und Institutionen. Sie zeichnen sich durch eine funktionale kulturelle Autonomie aus, die Grundvoraussetzung für die Entwicklung einer friedlichen Koexistenz gewesen ist. Dabei müssen die Minderheiten sich stets innerhalb der allgemeinen Gesetzgebung bewegen. Heute gibt es keine öffentlichen Minderheitenschulen mehr. Früher war dies anders, da nach 1920 ein duales Minderheitenschulsystem entstand, mit Einrichtungen in kommunaler und privater Trägerschaft, wobei letztere in Schulvereinen organisiert wurden. Seit 1945 in Nord- bzw.

1949 in Südschleswig gibt es nur noch private Minderheitenschulen. Dennoch wird in Nordschleswig das Fach Deutsch als Fremdsprache von den meisten Schülern in öffentlichen Schulen belegt, während in Südschleswig an Schulen Dänisch als Wahlfach angeboten wird. Im Schuljahr 2002–2003 lernten an 50 Schulen ca. 3600 Schüler Dänisch.

Hauptverband der deutschen Minderheit ist der Bund deutscher Nordschleswiger, mit etwa 3800 Mitgliedern in 13 Bezirken und 21 Ortsvereinen.⁷ Bildungsaufgaben werden vom Deutschen Schul- und Sprachverein wahrgenommen. Er betreibt 17 Schulen mit ca. 1450 Schülern und 24 Kindergärten mit ca. 500 Kindern. In Aabenraa (Apenrade) befindet sich das deutsche Gymnasium. Der Deutsche Jugendverband für Nordschleswig ist die Dachorganisation für 28 Mitgliedsvereine und etwa 2500 Mitglieder. Der Deutsche Büchereiverband für Nordschleswig verfügt über die Zentrale in Aabenraa sowie Filialen in Haderslev (Hadersleben), Sønderborg (Sonderburg), Tønder (Tondern) und Tinglev (Tingleff). Die Tageszeitung „Der Nordschleswiger“ erscheint in einer Auflage von rund 2400 Exemplaren. Das kirchliche Leben ist zweifach organisiert: In den vier Städten Nordschleswigs ist jeweils ein deutscher Pastor im Rahmen der dänischen Volkskirche angestellt, um die deutschsprachigen Gemeindeglieder zu betreuen. Im ländlichen Raum arbeitet die Nordschleswigsche Kirchengemeinde der Nordelbischen Kirche als Freikirche in sieben Gemeinden. Die Schleswigsche Partei nimmt die politische Interessenvertretung wahr. Sie ist seit der Kommunalwahl 2001 mit einem Mitglied im Kreistag von Nordschleswig sowie mit sieben Vertretern in fünf von 23 Gemeinderäten vertreten. Ferner finden sich weitere Vereine, die unterschiedliche Tätigkeitsbereiche wie Landwirtschaft, Museen, Forschung und Archiv abdecken.

Auch die dänische Minderheit verfügt über eine Reihe eigenständiger Organisationen.⁸ Die kulturelle Hauptorganisation ist der Sydslesvigsk Forening (Südschleswigscher Verein) mit etwa 14 000 Mitgliedern in 130 Ortsvereinen und 25 angeschlossenen Vereinen mit rund 13 000 Mitgliedern. Das private Bildungswesen ist im Dansk Skoleforening for Sydslesvig (Dänischer Schulverein für Südschleswig) mit 49 Schulen mit zurzeit etwa 5750 Schülern, darunter das Gymnasium Duborg-

7 Vgl. Vgl. Frank Lubowitz, *Det tyske mindretals organisationer, in: Jørgen Kühl (Hrsg.), En europæisk model? Nationale mindretal i det dansk-tyske grænseland 1945–2000, Aabenraa 2002.*

8 Vgl. Jørgen Kühl, *Det danske mindretals organisationer, in: ders. (ebd.).*

Skolen in Flensburg, und 57 Kindergärten mit rund 1900 Kindern organisiert. Er hat derzeit etwa 8000 Mitglieder. Die politischen Interessen werden vom Südschleswischen Wählerverband (SSW) vertreten. Der SSW ist seit der Landtagswahl 2000 mit drei Abgeordneten im schleswig-holsteinischen Landtag vertreten. Seit der Kommunalwahl im März 2003 verfügt er über zehn Mandate in den Kreistagen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie elf im Flensburger Stadtrat. Auf kommunaler Ebene hat der SSW 134 Mandate in 74 Gemeinderäten errungen. Jugendarbeit und Sport wird vom Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger (Dänischer Jugendverband für Südschleswig) organisiert. Das kirchliche Leben entfaltet sich innerhalb der Dansk Kirke i Sydslesvig (Dänische Kirche in Südschleswig) mit 24 Pastoren, 39 Gemeinden und rund 6600 Mitgliedern. Der Dansk Sundhedstjeneste for Sydslesvig (Dänischer Gesundheitsdienst für Südschleswig) beschäftigt 21 Krankenschwestern, hat vier Sozialstationen und ist Träger von 52 Rentnerwohnungen sowie dem Dansk Alderdomshjem (Dänischen Altenheim) in Flensburg. Das Büchereiwesen ist in der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig (Dänische Zentralbibliothek für Südschleswig) organisiert. Schließlich gibt es die in einer Auflage von 5500 Exemplaren erscheinende Tageszeitung „Flensborg Avis“, die neben dem dänischen Hauptteil auch eine deutschsprachige Sektion umfasst. Die Organisationen koordinieren ihre Aktivitäten im Det sydslesvigske Samråd (Der gemeinsame Rat Südschleswigs), wo auch der Verein der nationalen Friesen, Friisk Forining, vertreten ist.

Die weitaus meisten Angehörigen der Minderheiten leben im Alltag und Berufsleben mit den Mehrheiten friedlich und konfliktfrei zusammen. Dabei dominieren die Sprache und Themen der Mehrheitsgesellschaft. Auf individueller Ebene sind deshalb die meisten Minderheitenangehörigen in den jeweiligen Gesellschaften integriert, übrigens auch persönlich durch zahlreiche deutsch-dänische Ehen und Beziehungen. So findet sich eine komplexe Situation, wo das Selbstverständnis der Minderheitenverbände dem Prinzip der Segregation entspricht, während die Mehrzahl der Angehörigen in der Regel integriert ist. Dies bezieht sich auch auf den Sprachgebrauch, wo die Muttersprache bei den weitaus meisten Angehörigen jeweils die der Mehrheit ist. Dennoch verfügt der größte Teil über aktive oder passive Kenntnisse der jeweiligen Minderheitensprache.⁹

9 Vgl. zur komplexen Identität ders., Nationale Identität und kulturelles Gedächtnis. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein, in: Bea Lundt (Hrsg.), Nordlichter. Ge-

In beiden Minderheiten finden sich in den Schulen und Vereinen neben den Angehörigen der Minderheit auch andere, die sich aus unterschiedlichen, nichtnationalen Gründen für eine Minderheitenschule oder die Betätigung in einem Verein entschieden haben. Minderheitenidentitäten sind im Grenzland ein multidimensionales Phänomen, da es keine eindeutigen Übergänge zwischen den Gruppen gibt. Vielmehr handelt es sich beiderseits der Grenze um ein Kontinuum zwischen den Polen „ganz Deutsch“ und „ganz Dänisch“ mit zu- bzw. abnehmender Intensität der nationalen Identifikation. Dabei ergeben sich zum Teil multiple Identitäten, die oftmals mit dem Begriff „Zweistromigkeit“ umschrieben werden.¹⁰

Es bietet sich heute ein Bild gut organisierter Minderheiten, die in friedlicher Koexistenz mit den Mehrheiten leben. Es gibt zwar Friktionen zwischen Dänen und Deutschen, die sich aus kulturellen Unterschieden oder Unverständnis ergeben, dennoch ist das Verhältnis zwischen Dänen und Deutschen insgesamt gesehen heute so gut wie nie zuvor.¹¹

Die deutsche Minderheit in Dänemark

Das beispielhafte Zusammenleben ist Ergebnis einer langwierigen Entwicklung, die ihren Ausgangspunkt in einem nationalen Konflikt hatte. Die Minderheiten entstanden nach dem Ersten Weltkrieg durch zwei Plebiszite, die auf der Grundlage des Versailler Friedensvertrages stattfanden. Im ersten Plebiszit, das am 10. Februar 1920 in Nord-schleswig durchgeführt wurde, stimmten 75 Prozent

schichtsbewusstsein und Geschichtsmythen nördlich der Elbe, Köln-Wien 2004. Zur Sprachsituation siehe Karen Margrethe Pedersen, Languages and minority rights in the Danish-German border region, in: Jørgen Kühl/Marc Weller (Hrsg.), Minority Policy in Action: The Bonn-Copenhagen Declarations 1955–2005 (i. E., 2005).

10 Vgl. Günter Weitling, Volkstum zwischen Nord und Süd. Zur Situation der deutschen Kultur in Nordschleswig, in: Alexander Ritter (Hrsg.), Kolloquium zu den volkswissenschaftlichen Bedingungen der Kultur bei den deutschen Bevölkerungsgruppen im Ausland, Flensburg 1989; Günter Weitling, Tysk identitet i Nordslesvig, in: National identitet. Fem foredrag om dansk og tysk identitetsfølelse i grænselandet, Aabenraa 1994. Vgl. ferner Jørgen Kühl, The National Minorities in the Danish-German Border Region, Aabenraa 2003, S. 20–25.

11 Vgl. ders., Dänisch-deutsche Grenzregion: Erfahrungen zwischen Deutsch und Dänisch, in: Christian Banske/Holk Stobbe (Hrsg.), Nationale Grenzen in Europa. Wandel der Funktion und Wahrnehmung nationaler Grenzen im Zuge der EU-Erweiterung, Frankfurt/M. u. a. 2004, S. 88–90.

der Bewohner für Dänemark, nur 25 Prozent zogen den Verbleib bei Deutschland vor. Allerdings gab es in mehreren Gemeinden eindeutige Voten für Deutschland. Da jedoch das *En-bloc*-Prinzip galt, hatte dies keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis. In der zweiten Zone, wo am 14. März 1920 abgestimmt wurde, galt ein anderes Prinzip: Eine dänische Mehrheit in einer Gemeinde hätte dort die Vereinigung mit Dänemark ermöglicht. In der zweiten Zone stimmten 80 Prozent für Deutschland und nur 20 Prozent für Dänemark. Im Ergebnis wurde die heute gültige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark festgelegt.¹²

In Nordschleswig blieben etwa 30 000 Deutschstämmige, damals etwa 18 Prozent der Bevölkerung, die sich mit eigenen Verbänden, Kirchengemeinden, Parteien sowie privaten und öffentlichen Schulen als nationale Minderheit organisierten. Die deutsche Minderheit forderte eine Grenzrevision. Als in Deutschland 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, kam es seitens Angehöriger der Minderheit und schleswig-holsteinische Nationalsozialisten zu Bestrebungen einer Grenzverschiebung, die allerdings von Berlin unterbunden wurden. In den folgenden Jahren wurde die deutsche Minderheit ideologisch gleichgeschaltet.¹³ Als Deutschland am 9. April 1940 Dänemark besetzte, begrüßte die Minderheit die Besatzungstruppen, und es kam zu umfassender Kollaboration.¹⁴ Angehörige der Minderheit wurden für den Kriegsdienst geworben, darunter rund 1500 in der Waffen-SS und 500 in regulären Einheiten. 748 von ihnen fielen im Krieg. Hinzu kamen ab 1943 1700 Zeitfreiwillige in Nordschleswig.

Nach der Befreiung Dänemarks am 4./5. Mai 1945 kam es im ganzen Land zur so genannten Rechtsabrechnung (*Retsopgør*), die auf rückwirkender Gesetzgebung basierte. Sie sah keine kollektive Bestrafung der Minderheit vor und berücksichtigte deren besondere Lage als strafmildernd. Ein Viertel aller rund 13 000 wegen Landesverrats Verurteilten waren Angehörige der Minderheit. Zunächst wurden 3500 Deutsche interniert, anschließend 3000 in Gerichtsverfahren verurteilt, davon 2150 wegen Kriegsdienst. Dies entsprach etwa einem Viertel aller Männer.¹⁵ Ferner wurden

12 Vgl. Henrik Becker-Christensen, *Den nye grænse, in: Grænsen i 75 år. 1920–1995*, Aabenraa 1995.

13 Vgl. Robert Bohn/Uwe Danker/Jørgen Kühl (Hrsg.), *Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis. Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS-Zeit*, Bielefeld 2001.

14 Vgl. Hans Schultz Hansen/Henrik Skov Kristensen (Hrsg.), *Sønderjylland under krig og besættelse 1940–1945*, Aabenraa 2003.

15 Siehe Sabine Lorek, *Rechtsabrechnung – Retsopgør. Politische Säuberung nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordschleswig*, Neumünster 1998.

Schulen geschlossen und Eigentum konfisziert. Von der Minderheit wurde die Rechtsabrechnung als ungerechtfertigt empfunden. Obgleich vereinzelt Forderungen nach Ausweisung der Minderheit erhoben wurden, kam es zu keinerlei Vertreibung, kollektiver Bestrafung oder systematischer Gewalt. Allerdings gab es Fälle von Vandalismus sowie Bombenattentate, u. a. zur Sprengung deutscher Denkmäler.¹⁶

Unmittelbar nach der Befreiung Dänemarks erklärte die Minderheit ihre Loyalität gegenüber Dänemark sowie die Anerkennung der Grenze. Sie organisierte sich demokratisch im Bund deutscher Nordschleswiger sowie in weiteren Verbänden. 1946 errichtete der Deutsche Schul- und Sprachverein die ersten Privatschulen. Auch politisch konnte sich die Minderheit erneut betätigen, aber erst 1953 gelang die Wahl eines Abgeordneten ins Parlament. Nachdem die Landesregierung in Schleswig-Holstein im September 1949 die Kieler Erklärung über die Rechte der dänischen Minderheit vortrug, forderte die deutsche Minderheit eine analoge Erklärung seitens der dänischen Regierung. Diesem Wunsch wurde zwar nicht explizit entsprochen, aber der dänische Regierungschef sicherte im Oktober 1949 einer Delegation der Minderheit zu, dass die Deutschen die gleichen Rechte besitzen wie andere Staatsbürger. Dennoch gab es weiterhin erhebliche Probleme, die sich aus Belastungen der zeitgeschichtlichen Erfahrung, der Illoyalität der Minderheit vor 1945 und antideutschen Ressentiments bei den Dänen erklärten. Hinzu kam, dass die deutschen Privatschulen kein Examenrecht hatten.

Diese Fragen wurden mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 prinzipiell gelöst. In der Kopenhagener Erklärung garantierte die dänische Regierung die Rechte und den Status der deutschen Minderheit. Die Schulen erhielten das Examenrecht. In den folgenden Jahrzehnten normalisierte sich das Verhältnis zwischen Minderheit und Mehrheit. Als das Parlamentsmandat 1964 verloren ging, wurde ein Kontaktausschuss zwischen Regierung und Minderheit eingerichtet.¹⁷ Er wurde in den Jahren 1973 bis 1979 aufgelöst, als die Minderheit erneut im Parlament vertreten war. 1983 wurde von der Regierung ein Sekretariat der Minderheit in Kopenhagen eingerichtet. Die dänische Minderheitenpolitik basiert

16 Vgl. H. Schultz Hansen/H. Skov Kristensen (Anm. 14), S. 169 ff.

17 Vgl. Gösta Toft, *The German minority's participation in Danish politics: Years of conflict and fifty years of peace*, in: Frank Horn (Hrsg.), *Minorities and their right of political participation*, Rovaniemi 1996.

auf Anerkennung, Förderung und Inklusion – und auf Wahrung der Balance der Minderheitenrechte im Grenzland. Dabei sind die Bonn-Kopenhagener Erklärungen der wichtigste Bezugspunkt. Dies ist auch 2004 der Fall, in einer Zeit, in der sich die Frage der politischen Mitwirkungsmöglichkeit der Minderheit neu gestellt hat. In Dänemark wurde im Juni eine Strukturreform beschlossen, die u. a. dazu führen wird, dass ab 2007 die bisherigen 14 Kreise aufgelöst und fünf Regionen gebildet werden. Nordschleswig bildet mit den Nachbarkreisen Ribe, dem südlichen Vejle sowie Fyn die Region Süddänemark. Zudem wird sich die Zahl der zurzeit 271 Kommunen in Dänemark auf ca. 100 verringern. In Nordschleswig gibt es statt bisher 23 zukünftig vermutlich vier Kommunen. Die Minderheit hat in diesem Kontext drei Hauptinteressen formuliert: 1. die Sicherung ihrer Kulturarbeit, 2. die Sicherung ihrer politischen Vertretung sowie 3. die Sicherung ihrer aktiven politisch-kulturellen Mitwirkung in der grenzüberschreitenden Region Sønderjylland/Schleswig. Die dänische Regierung hat zugesagt, Lösungen im Dialog mit der Minderheit zu finden. Dies könnte z. B. durch die Bildung von „Minderheitengremien“ in den Kommunen und der Region geschehen.

Die dänische Minderheit in Deutschland

Südlich der neuen Staatsgrenze blieb eine dänische Minderheit, die 1920 etwa 10 000 Menschen umfasste, aber bald auf 7 000 Personen zurückging.¹⁸ Sie organisierte sich mit eigenen Verbänden und einem Schulverein, der dänischen Schulunterricht und Kindergartenarbeit gewährleistete. In Flensburg gab es zudem eine kommunale dänischsprachige Schule. Minderheitenrechte wurden in der Weimarer Verfassung durch den Artikel 113 gewährleistet. Nach dem Machtantritt der NSDAP wurde die Lage der Minderheit schwieriger, obgleich es zu keinen systematischen Verfolgungen, Übergriffen oder Zwangsauflösung kam. Dennoch gab es Diskriminierung, Schikanen und einen starken Assimilationsdruck. Jugendliche wurden zwar von der Mitgliedschaft in der Hitlerjugend befreit, Männer mussten aber im Reichsarbeitsdienst und der Wehrmacht dienen. Es wird

18 Lorenz Rerup, National Minorities in South Jutland/Schleswig, in: Sven Tägil (Hrsg.), *Ethnicity and Nation Building in the Nordic World*, London 1995; Johan Peter Noack, *Det danske mindretal i Sydslesvig 1920–1945*, I–II, Aabenraa 1989.

geschätzt, dass 100 bis 400 Dänischstämmige im Kriegsdienst für Deutschland ums Leben kamen.¹⁹

Insgesamt verließen zwischen 1933 und 1945 rund 1000 Mitglieder die Minderheit. In den ersten Nachkriegsjahren konnte sie wieder einen massiven Zugang verzeichnen, 1947/48 identifizierten sich bereits 120 000 bis 150 000 Personen mit der Minderheit. In vielen Orten wurde sie gar zur Mehrheit. Die Motive dieses massenhaften Identitätswandels sind mannigfaltig. Zum Teil handelt es sich um ethische, zum Teil um politische, nationale, genealogische, aber insbesondere auch materielle Motive. Der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten förderte ebenfalls die Hinwendung Einheimischer zur dänischen Minderheit, die eine Entfernung der Flüchtlinge und die Bildung eines Landes Südschleswig forderte. Viele Einheimische erwarteten, erhofften oder befürchteten eine Grenzverschiebung, die von der Minderheit in offenem Separatismus angestrebt, aber dennoch seitens der dänischen Regierung bereits kurz nach Kriegsende mit der Aussage „Die Grenze liegt fest“ abgelehnt wurde.²⁰

In den folgenden Jahren wurde ein umfassendes Netzwerk dänischer Schulen, Kindergärten und weiterer Institutionen errichtet. 1948 wurde gemeinsam mit nationalen Friesen der SSW gegründet, nachdem die britischen Besatzungsbehörden dem kulturellen Verein *Sydslesvigsk Forening* weitere politische Betätigung untersagt hatte. Der SSW war im ersten Deutschen Bundestag 1949 bis 1953 vertreten. Er ist von jeher sowohl Minderheiten- als auch Regionalpartei und gewinnt seit den achtziger Jahren viele Stimmen außerhalb der Minderheit.²¹ Die Mitgliederzahlen fielen jedoch ab 1948 abrupt. Bereits Anfang der fünfziger Jahre identifizierten sich vermutlich nur noch rund 50 000 mit der Minderheit. In den darauf folgenden 50 Jahren scheint sie relativ stabil gewesen zu sein, obwohl die Mitgliederzahlen in den Verbänden, Schülerzahlen und auch die Wahlergebnisse des SSW erheblich schwankten.

Die Rechte der Minderheit wurden seitens der schleswig-holsteinischen Landesregierung im September 1949 in der Kieler Erklärung verbrieft. Hierin ist auch die Anerkennung des subjektiven Bekenntnisses enthalten. Ferner wurde ein Verständigungsausschuss zwischen der Landesregierung

19 Vgl. H. Schultz Hansen/H. Skov Kristensen (Anm. 14), S. 173.

20 Johan Peter Noack, *Det sydslesvigske grænsespørgsmål 1945–1947*, I–II, Aabenraa 1991.

21 Vgl. Martin Klatt/Jørgen Kühl, *SSW – Minderheiten- und Regionalpartei in Schleswig-Holstein*, Flensburg 1999.

und der Minderheit eingesetzt, der bis Ende Oktober 1958 arbeitete. Minderheitenrechte wurden zudem 1949 in der Landessatzung verankert und 1990 in der Landesverfassung um die Zielsetzung des Schutzes und der Förderung erweitert. Die Jahre 1950 bis 1954 waren von zunehmenden Spannungen und Auseinandersetzungen geprägt. Dazu gehörte die Heraufsetzung der Sperrklausel bei Landtagswahlen von fünf auf siebeneinhalb Prozent, die erst nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1952 zurückgenommen wurde. Der SSW wurde nicht von der Fünfprozentklausel auf Landesebene befreit, was auf Bundesebene bereits mit dem Bundeswahlgesetz von 1953 der Fall war. Daher kehrte der SSW bei der Landtagswahl 1954 nicht in den Landtag zurück (42 000 Stimmen bzw. 3,5 Prozent). Da die deutsche Minderheit 1953 mit 9700 Stimmen ein Mandat im Folketing erreichen konnte, wurde die Nichtvertretung des SSW in der dänischen Öffentlichkeit zunehmend kritisiert. Bilaterale Verhandlungen, führten am 29. März 1955 zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen.²² Im Ergebnis wurde der SSW von der Fünfprozentklausel befreit; seit der Wahl 1958 ist er im Landtag vertreten. Die Kieler Erklärung wurde vom Landtag am 13. September 1955 aufgehoben.

Seit 1955 hat sich das Verhältnis zwischen Minderheit und Mehrheit zunächst entspannt und danach in mehreren Etappen sehr positiv entwickelt. Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich das Verhältnis gar sprunghaft verbessert, und seit 1986 legt die Landesregierung in jeder Legislaturperiode Minderheitenberichte ab. Seit 1988 gibt es in Schleswig-Holstein Grenzland- bzw. Minderheitenbeauftragte, und nach der Bundestagswahl 2002 richtete die Bundesregierung das Amt des Bundesbeauftragten für nationale Minderheiten ein.

Grundelemente eines nachhaltigen Minderheitenmodells

Obleich es zwischen den Minderheiten und der Politik der beiden Staaten Unterschiede gibt, lassen sich dennoch Grundelemente der nachhaltigen deutsch-dänischen Minderheitenregelungen feststellen.²³

– Grenzziehung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts durch Plebiszite 1920; Akzeptanz der

²² Vgl. Troels Fink, *Forhandlingerne mellem Danmark og Tyskland i 1955 om de slesvigske mindretal*, København 2001.

²³ Vgl. für eine umfassende Darstellung und Analyse J. Kühl (Anm. 7), S. 404 ff.

Grenze trotz temporärer Irredenta und Separatismus von 1920 bis etwa 1950;

– keine Tradition der interethnischen Gewalt, physischer Übergriffe oder Vertreibungen; keine religiösen Konflikte;

– Rechtsabrechnung nach 1945;

– kulturelle und funktionelle Autonomie mit separaten Organisationen;

– die Zugehörigkeit zu einer Minderheit als private Angelegenheit, die von den Behörden anerkannt, aber nicht kontrolliert wird („Minderheit ist, wer will“);

– politische Partizipation durch eigene Parteien;

– institutionalisierter Dialog zwischen Regierungen und Minderheiten;

– moderierende Kräfte auf beiden Seiten;

– Gleichberechtigung und synchrone, reziproke Minderheitenregelungen durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955;

– seit 1949 gehören beide Staaten zur gleichen westlichen Wertegemeinschaft mit offenen, rechtsstaatlichen Zivilgesellschaften; seit 1945 haben beide Staaten gemeinsame sicherheitspolitische Interessen; beide Staaten sind durch internationale und bilaterale Kooperation verbunden;

– das besondere Verhältnis, Kontakte und der Austausch zwischen Minderheit und „Mutterland“ (*kin-state*) werden anerkannt;

– beide Staaten sind reich und können sich verhältnismäßig teure Minderheitenregelungen leisten, die von beiden Staaten finanziert werden;

– hinsichtlich der Behandlung der Minderheiten gibt es bei aller Unilateralität eine Symmetrie, Gegenseitigkeit und Balance; diese wird durch freiwillige einseitige Regelungen erweitert;

– aufgrund der Befriedung des Konflikts haben sich die Minderheiten von einem aktiven Subjekt der Politik in ein überwiegend als Objekt zu bezeichnendes Element verwandelt. Kritisch betrachtet hat die Pazifizierung auch zur Passivität geführt.

Der „Modellfall Schleswig“ ist unter besonderen externen Rahmenbedingungen entstanden. Deshalb kann er nicht auf andere Regionen übertragen werden. Im deutsch-dänischen Grenzland hat das Prinzip der „einseitigen Gegenseitigkeit“ und der „koordinierten Unilateralität“ im Bereich der Minderheitenpolitik funktioniert.

Internetempfehlungen des Autors:

Deutsche Minderheit in Dänemark:

www.nordschleswig.de

Dänische Minderheit in Deutschland:

www.sydslesvig.de

Island: Traditionsreiche Demokratie und moderne politische Kultur am Nordrand Europas

„Komm und träume mit uns von einer Insel, einer Welt mit Wasser im Überfluss, mit natürlichen Ressourcen, die sich ständig erneuern, mit sauberer Energie und unberührter Natur, wo der Mensch in Harmonie mit der Umwelt lebt. / Komm und träume mit uns von einer Insel an der Grenze der bewohnbaren Welt, vom Golfstrom umarmt, von Thermalwasser erwärmt und von Vulkanen beheizt. / Komm und träume mit uns von einer Insel der Neuzeit, mit modernster Technologie und althergebrachten Traditionen, einer Insel mitten zwischen der Alten und der Neuen Welt. / Komm und träume mit uns von Island, wo Träume wahr werden.“ (Island-Werbung auf der EXPO 2000)¹

Wer hätte nie von einem solchen Ort geträumt? Der Island-Tag auf der EXPO 2000 in Hannover war ein großer Erfolg für das kleine Land, dessen pragmatisches Dichtervolk ständig bestrebt ist, Immanenz und Transzendenz zu vermischen: „Wie Fußspuren am Himmel. Wie Träume auf der Erde.“² Der isländische Ausstellungspavillon – ein an seinen Außenwänden ständig mit sanft herabströmendem Wasser bedeckter blauer Kubus – wurde als materialisierte Poesie bestaunt und versetzte die Besucherinnen und Besucher in eine meditative Stimmung.

Königliche Hoheiten hat dieses von Wasser umgebene und von Fischereierträgen abhängige Nordland mit 1100-jähriger Geschichte³ nicht zu bieten, aber der Präsident der Republik Island, Ólafur Ragnar Grímsson, warb höchstpersönlich für den Inselstaat, der bis 1944 zum dänischen Königreich gehörte und dessen Unabhängigkeitsbewegung von Poeten und Literaten geführt wurde. Früher hat Grímsson als Politikprofessor die isländische

Machtstruktur analysiert⁴ und war Vorsitzender einer (linken) politischen Partei. Heute repräsentiert er einen modernen Staat, der den Tourismus fördert und dabei an die Sehnsüchte gestresster, naturverbundener und reisefreudiger Menschen appelliert. Denn manchmal kommen die Fische nicht so zahlreich,⁵ dann sind Touristen wichtig, die Devisen bringen.

Das kleine Island⁶ muss Geld verdienen, um als Staat zu überleben. Die erst vor 60 Jahren gegründete Inselrepublik will das „gelobte Land“⁷ in den eigenen Grenzen schaffen. Besonders Ende des 19. Jahrhunderts wanderten viele Verarmte und Glückssuchende nach Nordamerika aus. Heute steht Island an siebter Stelle in der UNO-Liste der Länder, in denen es sich am besten lebt.⁸ Sie wird seit mehreren Jahren von Norwegen angeführt, von wo die ersten Siedler der Nordmeerinsel stammten.

Im Mittelalter war Island für viele ein „Traumland“: In der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts gelangten Berichte nach Norwegen, die von einem großen, unbewohnten Eiland weit draußen im Ozean erzählten, einer Insel mit üppigen Schafweiden und einem Überfluss an Fischen, Seehunden und Wasservögeln. Die größeren Landbesitzer betrachteten die Auswanderung als Möglichkeit, dem Untertanendasein zu entgehen. Auch viele Kleinbauern waren interessiert. So segelten ab 870 Tausende von Pionieren (allen voran der legendäre Ingólfur Arnarson, der Gründer von Reykjavík) westwärts, und später kamen viele Menschen

1 Vgl. die Island-Werbebrochure „Come dream / Wo Träume wahr werden“ auf der EXPO 2000 in Hannover.

2 Einar Már Guðmundsson, Fußspuren am Himmel, München–Wien 2001, S. 51. In Island war diese 1997 erschienene Familiensaga, die mit Komik und Melancholie die schwierigen Lebensbedingungen auf der Insel in der vormodernen Zeit beschreibt, das zur Jahrtausendwende meistverkaufte Buch.

3 Vgl. Gunnar Karlsson, Iceland's 1100 Years. The History of a Marginal Society, London 2000.

4 Vgl. Ólafur Ragnar Grímsson, The Icelandic Power Structure 1800–2000, in: Scandinavian Political Studies, 11 (1976), S. 9–32.

5 Vgl. den Roman des isländischen Nationaldichters und Literaturnobelpreisträgers von 1955 Halldór Laxness, Die Litanei von den Gottesgaben, Göttingen 1994 und 1999.

6 Island hat mit 290 000 Einwohnern eine mehr als doppelt so große Bevölkerung wie zum Zeitpunkt der Republikgründung am 17. Juni 1944 – es sind aber immer noch weniger als die Hälfte der Einwohner des kleinsten deutschen Bundeslandes Bremen, die dort auf einer Fläche von der Größe der neuen deutschen Bundesländer leben.

7 Vgl. die Romantrilogie von Einar Káráson, Die Teufelsinsel, Die Goldinsel und Das gelobte Land, München 1997 und 1999.

8 Vgl. The Best Place to Live, in: Iceland Review online vom 16. 7. 2004.

aus Schottland und Irland hinzu.⁹ 930 gründeten die Wikinger dort ein unabhängiges Staatswesen, einen Freistaat ohne König.¹⁰ Diese erste Republik bestand bis zum 13. Jahrhundert, als Island zunächst unter norwegische und später unter dänische Herrschaft geriet und zu einer Kronkolonie degradiert wurde. „Iceland is the first ‚new nation‘ to have come into being in the full light of history, and it is the only European society whose origins are known.“¹¹ Die Erhaltung der mit friedlichen Methoden erlangten Souveränität¹² ist für die selbstbewusste Bevölkerung von größtem Wert.

NATO-Stützpunkt mit Osthandel

Zwei einschneidende Ereignisse stehen am Anfang der Geschichte der Republik Island: der Beitritt des Landes zur NATO 1949 und die Erlaubnis an die Amerikaner, auf der Insel einen Stützpunkt einzurichten. Im Gegenzug sollte das kleine Land, das sich keine eigenen Streitkräfte (außer dem Küstenschutz) leisten kann, im Ernstfall von amerikanischen Soldaten verteidigt werden. Die Amerikaner hatten die Insel als Ablösung britischer Truppen während des Zweiten Weltkrieges „beschützt“, beteiligten den strategisch wichtigen Staat am Marshallplan und betreiben ihre US Naval Air Station, seit dem Ende des Kalten Krieges mit verringertem Personal, noch heute: in Keflavík westlich von Reykjavík, der „rauchenden Bucht“.¹³

Die beiden stark umstrittenen Entscheidungen¹⁴ wurden auch in literarischen Werken thematisiert. Im weltberühmten Nachkriegsroman des Literaturnobelpreisträgers von 1955 Halldór Laxness, „Atomstation“,¹⁵ geht es um die Befürchtung, dass die Amerikaner ihre Airbase mit Nuklearwaffen

ausrüsten würden. In „Engel des Universums“ von Einar Már Guðmundsson wird die tumultartige Protestdemonstration auf dem Platz (Austurvöllur) vor dem Parlament (Althing) in Reykjavík am Tag der Entscheidung über den NATO-Beitritt am 30. März 1949 erwähnt: „Mein Geburtstag war ein historischer Tag. Ich wurde begrüßt mit Steinwürfen und Tränengas. Volk und Polizei prügeln sich. Scheiben im Thinghaus gingen zu Bruch. Eier und Steine flogen durch die Luft. Ein Thingmitglied erlitt eine Hautabschürfung am Arm. Ein anderes bekam eine Glasscherbe ins Auge. Als die Polizei die Lage nicht mehr zu beherrschen glaubte, trotz Ersatzmannschaften und starker Truppen von Freiwilligen, wurde Tränengas eingesetzt am Austurvöllur. Rauchwolken stiegen auf, wie sie der Landnahmemann Ingólfur gesehen hatte, als er nach Kennzeichen spähte, um diesem Ort einen Namen zu geben.“¹⁶

Die kommunistischen Abgeordneten von der Sozialistischen Einheitspartei, die sich später in Volksallianz umbenannte und ab 1987 eine Zeitlang vom heutigen Staatspräsidenten geführt wurde, stimmten erwartungsgemäß gegen den NATO-Beitritt und die amerikanische Militärpräsenz. Seitdem geht es auf den Straßen der nördlichsten Hauptstadt Europas friedlicher zu – auch am 1. Mai, an dem die Menschen sowohl ihr ökonomisches Überleben als auch die immer wieder bedrohte soziale Sicherheit thematisieren („Wohlfahrt für alle“¹⁷). Nach dem Absingen der „Internationale“ wird das schöne Lied „Maístjarnan“ (Der Maistern) mit einem Text von Laxness (der mit den Kommunisten sympathisierte, aber nie Mitglied war) von 1937 angestimmt, das der Komponist Jón Asgeirsson 1981 vertont hat. Die letzte Strophe lautet: „Für den Arbeiter endet heut die eisige Zeit, morgen scheint ihm die Sonne, denn der Mai ist bereit, und auch uns scheint die Sonne unsres einenden Bands, für dich trage ich die Fahne dieses zukünftigen Lands.“¹⁸

In den von der Bevölkerung unterstützten „Kabeljaukriegen“, die Island seit den fünfziger Jahren vor allem gegen den NATO-Partner Großbritannien geführt hat, kommen beide Aspekte des Überlebenskampfes zusammen: die Verteidigung

9 Vgl. Gylfi Gíslason, Ein Lob der kleinen Staaten, in: Stephen R. Graubard (Hrsg.), Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit. Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat, Baden-Baden 1988, S. 239.

10 Vgl. Sigurður Línal, Early Democratic Traditions in the Nordic Countries, in: Erik Allardt u. a. (Hrsg.), Nordic Democracy, Kopenhagen 1981, S. 15–43.

11 Richard F. Tomasson, Iceland as „The First New Nation“, in: Scandinavian Political Studies, 10 (1975), S. 34.

12 Vgl. Gunnar Helgi Kristinnsson, From Home-Rule to Sovereignty: The Case of Iceland, in: Godfrey Baldachino/David Milne (Hrsg.), Lessons from the Political Economy of Small Islands, Basingstoke 2000, S. 141–155.

13 Vgl. Eshbjörn Rosenblad/Rakel Sigurðardóttir-Rosenblad, Iceland from past to present, Reykjavík 1993, S. 206 ff.

14 Vgl. Jón R. Hjálmarsson, Islands historie. Fra bostættelsen til vore dage, Reykjavík 1999, S. 169 ff.

15 Vgl. Halldór Laxness, Atomstation, München 1997 (Erstveröffentlichung 1948).

16 Einar Már Guðmundsson, Engel des Universums, München 2000, S. 16. Der auf diesem 1995 mit dem Literaturpreis des Nordischen Rates ausgezeichneten Roman basierende Film „Englar alheimsins“ wurde auf dem Nationentag Islands auf der EXPO 2000 gezeigt.

17 „Velferð fyrir alla!“ – Motto der Maikundgebung in Reykjavík 2001 (teilnehmende Beobachtung, F. R.).

18 Zit. nach Halldór Laxness, Weltlicht, Teil 3: Das Haus des Dichters, Göttingen 2000, S. 478.

der Fischereigrenzen gegen Eindringlinge (die Exklusivzone beträgt seit Mitte der siebziger Jahre 200 Seemeilen) und der Kampf um die ökonomische Existenz des Landes, die bis heute zum Großteil auf Fisch basiert.¹⁹ Kabeljau ist der „goldene Brotfisch“,²⁰ und etwa die Hälfte des isländischen Nationaleinkommens wird mit Fischfang verdient. Maritime Produkte machen ungefähr drei Viertel des Exports aus. Der Außenhandel ist in der Nachkriegszeit unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass die Verluste durch den britischen Boykott isländischer Waren durch Handelsbeziehungen zur Sowjetunion ausgeglichen werden konnten und sich Europa seit den siebziger Jahren zu einem wichtigeren Absatzmarkt entwickelt hat als die USA. Auch Japan ist ein guter Abnehmer für isländischen Fisch.²¹

Der größte Handelspartner ist die Europäische Union, der die Isländer bis heute nicht beigetreten sind: „Zwischen Island und der EU liegen der Himmel und das Meer.“²² Es gibt mehr als nur ökonomische Gründe²³, weshalb die Regierung des EFTA-Mitglieds Island niemals ernsthaft einen EU-Beitritt erwogen hat.²⁴ Nur die Sozialdemokraten sprachen sich ausdrücklich dafür aus, bevor sie – seit 1995 wieder in der Opposition – durch ihr Wahlbündnis mit den Sozialisten und der Frauenliste 1999 zu leiseren Tönen bewegt wurden, um die gemeinsame Machtstrategie nicht zu gefährden.²⁵

Zu einem institutionellen Kräftemessen hätte es Anfang der neunziger Jahre vor dem Eintritt Islands in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) kommen können, wenn Staatspräsidentin

Vigdís Finnbogadóttir während des Gesetzgebungsprozesses nicht auf ihr Vetorecht verzichtet und die Regierungsvorlage akzeptiert hätte.²⁶ Inzwischen ist eingetreten, was viele Isländer, auch Parlamentsabgeordnete, befürchtet hatten: Das Althing „is increasingly impotent in the legislative process. Government ministers dominate it. So does the government bureaucracy, interest groups, and – last but not least – the EEA [EWR].“²⁷ Der Ratifizierung gingen kontroverse Debatten im Althing voraus – beide politischen Lager waren in sich gespalten.²⁸ Die Beteiligung Islands am EWR ist eine Streitfrage, die quer zur in der pragmatischen politischen Kultur des Landes allerdings ohnehin nicht besonders prägnanten Links-rechts-Achse liegt.

Politische Kultur mit tradierten Werten

Die Auswanderungswellen nach Nordamerika vererbten, als mit der Mechanisierung der Fischerei die Aussicht auf Arbeit und bessere Überlebenschancen im eigenen Land entstand. In der Gegenwart sind nur noch etwa zehn Prozent der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftssektor beschäftigt. Heute geht es um mehr als ums bloße Überleben, und die Präsenz der Amerikaner, deren Konsumkultur in den sechziger Jahren über den Fernsehsender ihrer Basis in die isländischen Wohnzimmer ausstrahlte, weckte bei den Einheimischen starke Wünsche nach amerikanischer Lebensart.

Die beiden Romane des Kultautors Einar Káráson „Törichter Männer Rat“²⁹ und „Die isländische Mafia“³⁰ beschreiben die unermüdliche Betriebsamkeit zur Verwirklichung von großen Konsumträumen und zeichnen ein „herzhaft komisches Sittemgemälde von Dallas am Rande von Reykjavík“ – so der Werbetext für diese „moderne Familien-

19 Vgl. Gunnar Helgi Kristinsson, Iceland: Vulnerability in a Fish-based Economy, in: Cooperation and Conflict, 22 (1987) 4, S. 245–253.

20 Manfred Ertel, Island: Goldener Brotfisch. Ein Wirtschaftsaufschwung ohne Gleichheit beschert der Vulkaninsel einen Spitzenplatz in Europa – aber auch ungewohnte Interessenkonflikte mit Umwelt und Natur, in: Der Spiegel, Nr. 39/1999, S. 230–231.

21 Vgl. Sigurður Snævarr, Economic Development, in: Jóhannes Nordal/Valdimar Kristinsson (Hrsg.), Iceland. The Republic. Handbook published by The Central Bank of Iceland, Reykjavík 1996, S. 167–232.

22 Vgl. Sigrún Björnsdóttir, Himmel og hav mellem Island og EU, in: Politik i Norden, (2003) 3, S. 14 f.

23 Vgl. Gunnar Helgi Kristinsson, Iceland, in: Helen Wallace (Hrsg.), The Wider Western Europe, London 1991, S. 160.

24 Vgl. Gunnar Helgi Kristinsson, Iceland and the European Union. Non-decision on membership, in: Lee Miles (Hrsg.), The European Union and the Nordic Countries, London 1996, S. 151.

25 Vgl. Frauke Rubart, Auf Stimmenfang im Nordatlantik: Parteiensystem und politische Macht in Island, Bremen, April 2004 (www2.hu-berlin.de/for:n).

26 Vgl. Gunnar Helgi Kristinsson, Iceland, in: Robert Elgie (Hrsg.), Semi-presidentialism in Europe, Oxford 1999, S. 86.

27 Svanur Kristjánsson/Ragnar Kristjánsson, Delegation and Accountability in an Ambiguous System: Iceland and the European Economic Area (EEA), in: Torbjörn Bergman/Erik Damgaard (Hrsg.), Delegation and Accountability in European Integration: The Nordic Parliamentary Democracies and the European Union, London 2000, S. 105.

28 Vgl. Thordur Bogason, Althingi and the EEA-Rules in the Making, in: Matti Wiberg (Hrsg.), Trying to Make Democracy Work: The Nordic Parliaments and the European Union, Stockholm 1997, S. 117.

29 Einar Káráson, Törichter Männer Rat, München 2000.

30 Ders., Die isländische Mafia, Wien 2001.

saga“. Wurde früher um reichlich Fisch gebetet, so seufzen die isländischen Kinder nun „Lieber Gott, gib uns Kaugummi“³¹. Die Männer des Inselreiches träumen von großen geländegängigen Autos: „The spirit of Iceland: hard work and big cars.“³² Die isländischen Frauen haben andere Vorstellungen,³³ denn sonst hätte es keine derart erfolgreiche Frauenpartei gegeben. Die ehemalige Staatspräsidentin Finnbogadóttir – Romanistin und vor ihrer Wahl Theaterdirektorin – empfahl sie allen Ländern: „Man braucht eine solche Partei.“³⁴

Als Gründungs- und Nationalfeiertag der Republik Island wurde mit dem 17. Juni der Geburtstag von Jón Sigurðsson gewählt, der im 19. Jahrhundert die (gewaltlose) Unabhängigkeitsbewegung der dänischen Kolonie anführte. Er war Präsident des Mitte des 19. Jahrhunderts wieder eingesetzten Althing sowie Vorsitzender der Isländischen Literarischen Gesellschaft in Kopenhagen. Eine Statue dieses Politikers und Philologen steht auf dem Reykjavíker Austurvöllur, dem Platz vor dem 1881 erbauten Parlamentsgebäude: Das Althing befindet sich neben der Domkirche, dem institutionellen Mittelpunkt des christlichen Glaubens, der auch in der Nationalhymne zum Ausdruck kommt: „Oh Gott, du unsres Islands Herr“.

In Island herrschen Nonchalance und Skepsis gegenüber Autoritäten. Politikerinnen und Politiker werden wie alle Mitbürger mit ihrem Vornamen angesprochen und geduzt, auch das Staatsoberhaupt. Dessen Residenz in Bessastaðir ist allgemein zugänglich. Deshalb erscheint die Szene in Guðmundssons Roman „Engel des Universums“ keineswegs aus der Luft gegriffen, in der Psychatriepatient Óli vom Präsidenten empfangen wird und ihn ernsthaft fragt, ob er nicht dessen Nachfolger werden könne. Der stimmt lachend zu, und sein Besucher fährt fort: „Sag mal, da ich ja nach dir Präsident werde, meinst du nicht, es wäre in Ordnung, wenn ich den Wagen etwas früher kriege?“³⁵

Autonomie, Eigenständigkeit und Selbstbestimmung sind die weit über das nationale Unabhängigkeitsstreben hinausgehenden obersten Werte der Bevölkerung. Sie konnten am erfolgreichsten von der konservativen Partei in Stimmen umgemünzt werden, der Unabhängigkeitspartei von Davíð Oddsson, die seit 1991 ununterbrochen regiert. In der egalitär orientierten Inselrepublik wird die Demokratie sehr geachtet, doch „im Allgemeinen sind die Isländer pragmatisch, mehr damit beschäftigt Geld zu verdienen als Prinzipien zu diskutieren“³⁶.

Parlament, Präsident und Parteien

Island ist eine parlamentarische Demokratie mit einer semipräsidentiellen Verfassung³⁷ und einer Tradition, die bis ins „goldene Zeitalter“ des von 930 bis 1262 bestehenden Freistaates zurückreicht, als das Althing in Thingvellir die höchste politische Instanz – zugleich Parlament und Gerichtsort – war.³⁸ Schon die ersten Siedler hatten mit dem historischen Alþingi Recht und Gesetz an die erste Stelle ihres Staatswesens gesetzt. Ihr Versammlungsort Thingvellir, bis 1798 Hauptversammlungsort der Nation, ist ein beliebtes Touristenziel. Dort wurde im Jahr 1000 das Christentum als Staatsreligion angenommen. Heute steht das Althing im Zentrum der Politik. Die Abgeordneten haben seit dem Eintritt Islands in den EWR zunehmend Gesetze abzusegnen, die aus Brüssel stammen.³⁹ Die Wahlbeteiligung betrug in der Nachkriegszeit siebenmal über 90 Prozent (2003: 87,7 Prozent). Das Wahlrecht wurde zur Jahrtausendwende zum wiederholten Mal revidiert, denn es hatte die ländlichen Stimmbezirke bevorzugt, so dass lange Zeit die Bauernschaft bzw. die agrarische Fortschrittspartei überrepräsentiert war.⁴⁰ Außerparlamentarische Aktionen beschränken sich weitgehend auf

31 So der Titel einer Kurzgeschichte des schriftstellernden ehemaligen konservativen Regierungschefs David Oddsson in seinem Buch *Schöne Tage ohne Gudny*, Göttingen 2001, S. 17–25.

32 Berit Kvam, *The spirit of Iceland – hard work and big cars*, in: *Nordic Labour Journal*, 7 (Oktober 2002), S. 15–17.

33 Vgl. Sigríður Dúna Kristmundsdóttir, *Doing and Becoming. Women's Movements and Women's Personhood in Iceland 1870–1990*, Reykjavík 1997, sowie die Rezension von Auður Styrkarsdóttir, *The creation of feminism: an Icelandic story*, in: *NORA. Nordic Journal of Women's Studies*, 7 (1999) 1, S. 83–86.

34 Fred David, Interview mit Islands Staatspräsidentin Vigdís Finnbogadóttir: „Sprache und Literatur sind unsere stärksten Waffen“, in: *Der Standard* vom 29. 3. 1996.

35 E. M. Guðmundsson (Anm. 16), S. 171.

36 So Gunnar Helgi Kristinsson in Sigrún Davíðsdóttir, *Pá Island ignores magten*, in: *Politik i Norden*, (2002) 1, S. 38.

37 Vgl. Svanur Kristjánsson, *Iceland: A Parliamentary Democracy with a Semi-presidential Constitution*, in: Kaare Strøm/Wolfgang C. Müller/Torbjörn Bergman (Hrsg.), *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*, Oxford 2003, S. 399–417.

38 Vgl. Grétar Thór Eythórsson/Detlef Jahn, *Das politische System Islands*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen 2003³, S. 167–186.

39 Vgl. Ólafur Th. Hardarson, *Iceland*, in: George E. Delury (Hrsg.), *World Encyclopedia of Political Systems and Parties*, Bd. 2, New York 1999³, S. 473.

40 Vgl. David Arter, *From a „Peasant Parliament“ to a „Professional Parliament“? Changes in the Icelandic Althingi*, in: *Journal of Legislative Studies*, 6 (2000) 2, S. 45.

friedliche Protestmärsche nach Keflavík, wo gegen „die Basis“ demonstriert wird – auch die ehemalige „Präsidentin Vigdís“ beteiligte sich vor ihrer Amtsübernahme daran.

Präsident Grímsson trat im Juni 2004 nach seiner Wiederwahl seine dritte Amtszeit an.⁴¹ (In Island wird der Präsident direkt gewählt.) Ministerpräsident Oddsson von der Unabhängigkeitspartei, Regierungschef seit 1991, übergab im September 2004 sein Amt (wie nach der Althingswahl 2003 verabredet, bei der die Konservativen sieben Prozent der Stimmen verloren hatten) an Außenminister Halldór Ásgrímsson von der seit 1995 mitregierenden Fortschrittspartei.⁴² Das Jahr 2004 hatte mit einem Fauxpas der Regierungskanzlei begonnen, der auf den laxen Umgang mit Autoritäten auch innerhalb des Institutionensystems hinweist. Dänemark hatte Island 1904 das Recht auf Selbstverwaltung zugestanden. Oddssons Mitarbeiterstab bereitete die Feierlichkeiten anlässlich von „100 Jahren Heimatrecht“ vor. Man „vergaß“ dabei aber, das Staatsoberhaupt einzuladen; „Präsident Ólafur“ war am Tag der Zeremonie (Kranzniederlegung am Grab des ersten einheimischen „Islandministers“ und Poeten Hannes Haftstein) außer Landes.⁴³ Zu einem ernsteren Konflikt kam es im Juni 2004, als 60 Jahre nach der Gründung der Republik ihr Präsident zum ersten Mal von seinem Vetorecht gegen ein Gesetz Gebrauch machte: Grímsson wies den Entwurf für das so genannte „Mediengesetz“ zurück, das den gleichzeitigen Besitz von Print- und Funkmedien untersagt.⁴⁴ Schließlich wurde er ganz zurückgezogen, so dass es nicht zur im Vetofall vorgeschriebenen Volksabstimmung über den Gesetzentwurf kam.⁴⁵

Das isländische Parteiensystem hat sich stark gewandelt.⁴⁶ Von den fünf alten Parteien – der vor der Republikgründung entstandenen sozialdemokratischen (1916), bäuerlichen (1916), konservativen (1929) und kommunistischen/sozialistischen (1930) Partei – sowie der Frauenliste (1983) bestehen heute nur noch die konservative Unabhängigkeitspartei, die trotz großer Verluste auch

bei der letzten Althingswahl am besten abschnitt (2003: 33,7 Prozent), und die agrarische Fortschrittspartei (17,7 Prozent). Eine liberale Partei gibt es erst seit Ende der neunziger Jahre (7,4 Prozent). Sie entstand aus Protest gegen die Konzentration der Fischfangquoten bei weniger als einem Dutzend Unternehmen, die rund 70 Prozent aller Fischereirechte halten. Die im Mai 2000 gegründete linke Allianzpartei (31,0 Prozent), in der die für skandinavische Verhältnisse immer relativ schwache sozialdemokratische Volkspartei, die vergleichsweise starke sozialistische Volksallianz und die Frauenliste aufgingen, die 1999 schon als Wahlbündnis angetreten war, hat die soziale Gerechtigkeit zum Wahlkampfthema gemacht. Sie prangerte die zunehmende Verarmungstendenz im Wohlfahrtsstaat an und kritisierte, dass die Regierung zu wenig gegen die wachsenden Einkommensunterschiede unternommen habe. Die isländische Frauenbewegung⁴⁷ gründete 1983 eine politische Partei.⁴⁸ Eines ihrer wichtigsten Ziele hatte die Frauenliste erreicht: die Erhöhung der parlamentarischen Repräsentanz von Frauen auf 34,9 Prozent (1999). Seitdem ist der Frauenanteil an den Althingsabgeordneten wieder gesunken.⁴⁹

In der linksgrünen Partei (8,8 Prozent) schlossen sich die stärker ideologisch orientierten Linken aus der sozialistischen und der feministischen Partei mit den bisher erfolglosen Grünen zusammen, die nicht am sozialdemokratischen Gemeinschaftsprojekt teilnehmen wollten. Die Linksgrünen, die 1999 mit sechs Abgeordneten ins Parlament einzogen, verteidigen den offiziell proklamierten Traum von der unberührten Natur Islands und opponieren im Althing gegen das Regierungsprojekt, bei Kárahnjúkar im nordöstlichen Hochland ein Wasserkraftwerk zu bauen, das die geplante Aluminiumfabrik in Reyðarfjörður mit Energie versorgen soll.⁵⁰ Sie lehnen die NATO-Mitgliedschaft und

41 Vgl. Ólafur Ragnar Grímsson Elected to a Third Term, in: Iceland Review online vom 29. 6. 2004.

42 Vgl. A New Prime Minister, in: ebd. vom 15. 9. 2004.

43 Vgl. President unhappy, in: ebd. vom 5. 2. 2004.

44 Vgl. Nicholas George, EUROPE: Media under spotlight as Iceland crisis deepens, in: Financial Times vom 12. 6. 2004.

45 Vgl. No More Media Bill, in: Iceland Review online vom 21. 7. 2004.

46 Vgl. Frauke Rubart, Island: Parteiensystem im Wandel, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), Die Parteiensysteme in Westeuropa, i. E. (Frühjahr 2005).

47 Vgl. Audur Styrkársdóttir, From social movement to political party: the new women's in Iceland, in: Drude Dahlerup (Hrsg.), The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA, London u. a. 1986, S. 140–157.

48 Vgl. dies., Women's lists in Iceland – A response to political lethargy, in: Christina Bergqvist u. a. (Hrsg.), Equal Democracies? Gender and Politics in the Nordic Countries, Oslo 1999, S. 89–96.

49 Vgl. Backlash för kvinnor i Norden?, in: Genus, (2004) 3–4, S. 13.

50 Vgl. Ólafur Th. Hardarson/Gunnar Helgi Kristinsson, Iceland, in: European Journal of Political Research, 42 (2003) 7–8, S. 976: “The issue was among the most fiercely debated in Icelandic politics, indicating the emergence of a new cleavage factor – environmental issues – which only about five years earlier could be considered a minor issue in Icelandic politics.”

einen EU-Beitritt ihres Landes deutlich ab und befürworteten bilaterale Handels- und Kooperationsverträge. Insgesamt wollen sie das im Frühlings- und Arbeiterlied „Maístjarnan“ ersehnte Land der Zukunft durch eine Kombination von sozialer, ökologischer und feministischer Politik erreichen. Die Fahne, die sie für ihr Traum(is)land tragen wollen, soll rot, grün und lila sein mit einer weißen Friedenstaube.

Als Reaktion auf Kritik an ihrer Machtfülle haben die großen Parteien bereits in den siebziger Jahren „open primaries“ eingeführt, bei denen auch Nichtmitglieder entscheiden dürfen. Die Bedeutung der Parteimitgliedschaft hat sich durch die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung weiter verringert.⁵¹ Die Kritik an den Parteien bezog sich auf ihre alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Macht. Bis Ende der fünfziger Jahre wurden die wichtigsten Institutionen von einer kleinen Gruppe von Personen kontrolliert, deren Kern die Parteiführer bildeten. Diese (männlichen) Machthaber hatten de facto die dänische Obrigkeit abgelöst und hintertrieben eine wirkliche Gewaltenteilung. Die politische Elite dominierte auch das ökonomische Establishment. Das begann sich erst zu ändern, als der öffentliche Dienst, juristische Institutionen, der Wirtschafts- und Finanzsektor (v. a. einige große Unternehmen und die früher staatlichen Banken) sowie die Zeitungen durch zunehmende Professionalisierung von den Parteien unabhängiger wurden. Die Entwicklung setzt sich bis heute fort.⁵² Sie entzieht klientelistischen Parteien⁵³ die Möglichkeit zur Patronagepolitik.⁵⁴

51 Vgl. Svanur Kristjánsson, Iceland: Searching for Democracy along Three Dimensions of Citizen Control, in: Scandinavian Political Studies, 27 (2004) 2, S. 153.

52 Vgl. ders., Iceland: From Party Rule to Pluralist Political Society, in: Hanne Marthe Narud/Mogens N. Pedersen/Henry Valen (Hrsg.), Party Sovereignty and Citizen Control. Selecting candidates for parliamentary elections in Denmark, Finland, Iceland and Norway, Odense 2002, S. 107–166.

53 Vgl. Gunnar Helgi Kristinnsson, Clientelism in a Cold Climate: The Case of Iceland, in: Simona Piattoni (Hrsg.), Clientelism, Interests and Democratic Representation, Cambridge 2001, S. 172–192.

54 Vgl. ders., Parties, States and Patronage, in: West European Politics, 19 (1996) 3, S. 433–457.

Perspektiven für eine eigensinnige Gesellschaft

Ein Großteil der Bevölkerung will es ohne die EU schaffen, neue Einnahmequellen zu erschließen.⁵⁵ „Als Teil Europas hat man sich in dem Inselstaat nie gefühlt. Eine Öffnung zur EU käme nur, wenn eine Mehrheit dies als wirtschaftlich nützlich empfände. Und für ein solches Umdenken wären ein paar magere Kabeljau-Jahre nötig.“⁵⁶ Noch wird im protestantischen Island wohl heimlich zum Fischgott gebetet, der dem Land ein Einkommen beschert hat, mit dem wohlfahrtsstaatliche Leistungen finanziert werden können. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind diese lebensnotwendig. Aber in Island wird nicht gejammert: Das isländische Volk hatte schon vor dem Wirtschaftsaufschwung der neunziger Jahre einen sehr hohen „Glücksindex“, der von den Erforschern des subjektiven Wohlbefindens nicht nur mit materiellen Gütern, sondern vor allem mit Demokratie in Verbindung gebracht wird.⁵⁷

In Island gibt es viel Dunkelheit, und der Alltag ist durchaus beschwerlich⁵⁸: „Trotzdem ist die Welt schön.“⁵⁹ Es sind nicht nur Bestsellerautoren, die positiv denken. Auch die jungen Popmusiker, die als Repräsentanten Islands zur EXPO 2000 nach Hannover geschickt wurden, wollen Hoffnung und Zuversicht verbreiten: „Aber das Beste was Gott geschaffen hat ist / der neue Tag.“⁶⁰

55 Vgl. Lasse Duddle, Nach den Walen jetzt die Gene, in: Die Woche vom 19. 1. 1999.

56 Hannes Gamillscheg, Umdenken ohne Kabeljau, in: Frankfurter Rundschau vom 12. 5. 2003; vgl. auch Ralf Köpke, Leben vom Wasser. Die Isländer setzen auf Fischfang – jetzt erzeugen sie mit dem Nass günstig Strom und wollen so Aluminiumfirmen anlocken, in: Frankfurter Rundschau vom 8. 10. 2004.

57 Vgl. Ronald Inglehart/Hans-Dieter Klingemann, Genes, Culture, Democracy, and Happiness, in: Ed Diener/Eunkook M. Suh (Hrsg.), Culture and Subjective Well-Being, Cambridge, Mass. 2000, S. 165–183, sowie Stefan Klein, Die Glücksformel oder Wie die guten Gefühle entstehen, Reinbek 2003, S. 276 ff.

58 Vgl. Henryk M. Broder, Absurdistan unter dem Polarkreis, in: Spiegel online vom 16. 7. 2004.

59 E. M. Guðmundsson (Anm. 2), S. 51.

60 Sigur Rós, En það besta sem guð hefur skapað er nýr dagur, auf der CD Ágætis byrjun (Guter Anfang).

Nordland

Anmerkungen zum deutschen Skandinavienbild

Am 7. August 1915 legte ein Schiff in Deutschland ab und brachte den 20-jährigen Hans Jahn aus Hamburg zusammen mit seinem Freund Gottlieb Harms nach Fredrikstad, das am Eingang des Oslofjords liegt. Bis zum 3. Dezember 1918 sollte ihnen Norwegen als Exilland Schutz davor bieten, zum Militärdienst an der Front eingezogen zu werden. Außerdem wurde hier aus dem Gymnasialisten, der am 5. August 1914, vier Tage nach Beginn des Ersten Weltkriegs, das Abitur abgelegt hatte, der Dichter Hans Henny Jahnn. „Schließlich ist Norge meine zweite Heimat geworden“¹, wird er 1935 über diese Zeit sagen, erneut als Weggegangener, diesmal auf der Insel Bornholm.

Jahn(n) war als überzeugter Pazifist einer der wenigen Jungen, auch unter den (werdenden) Schriftstellern, die es nicht begeistert in den Krieg zog. Nur Wochen nach dessen Ausbruch schrieb er in seinem Tagebuch von der „Erbärmlichkeit der Soldaten der Maschinengewehrabteilung“, von der „Unersättlichkeit der Reichen, die diesen Krieg wollten“ und der „Hohlheit der Leute, die laut schreien zu siegen“.²

Doch verband ihn mit seiner Generation das Bild, das er vom Norden hatte und das als Sehnsuchtsphantasie beschrieben werden muss. „Aus den Dünsten und dumpfen Engen der Städte in die rauschenden Wälder“, rief Lou Andreas Salomé 1896 programmatisch, sich auf Skandinavien beziehend.³ Da er als einer der wenigen tatsächlich vor Ort war, lässt sich an Jahnn's Empfindungen gut ablesen, was passierte, als Wunschbild und Realität zusammentrafen: „Und dann kamen die Skaren (Schären)“, schreibt er noch auf dem Dampfer über seine ersten Eindrücke vom Norden, „und sie schienen wundervoll in ihrer Starrheit; aber es hielt nicht an, das Wunder – es kam eine Stadt, Schlote, Fabriken, ein Wasserfall war arg ver-

schandelt. – Das war der letzte Eingriff tief nach innen – dass es überall gleich (ist).“⁴

Von dem, was er sah, ist nichts von Menschenhand umgestaltet. „Irgendwo wird das Land wohl sein, das wir suchen“⁵, hoffte er, und reiste weiter Richtung Norden, zum Sognefjord. Ohne über die Hauptstadt Kristiania, wie Oslo von 1624 bis 1924 hieß, mehr als nur ein paar Worte zu verlieren, gelangte er nach Aurland, das sehr dünn besiedelt und von mächtigen Gebirgslandschaften bestimmt ist. Doch auch hier wurden seine Sehnsüchte nicht erfüllt. Die naturverbundenen, „unzivilisierten“ Menschen langweilten ihn. „Arbeit ist“ für sie, „wenn man etwas tut, und wenn man nichts tut, ist man eine leere Tonne.“⁶ Doch anlässlich eines Ausflugs sagte er vor allem über die Welt von Salomé's „rauschenden Wäldern“: „Alles hat Stil, die Kühe im Walde selbst noch, nur die Menschen mit ihren Reden, Roben, Häusern, Telegraphen, Telefon- und Hochspannungsdrähten, mit ihren Telefunkenstationen und Aussichtstürmen nicht.“ Er habe noch keine so mit Dingen behangene Gegend gesehen.⁷ Auch der entlegene Norden war längst vermessen und verkabelt.

Die „unberührte Weite“

Hans Henny Jahnn fand in Norwegen, wo weite Teile seiner Romane „Perrudja“ und „Fluss ohne Ufer“ spielen, nicht das, was er suchte. Wohl auch aus diesem Grund gibt es in seiner Literatur das Reich „Ugrino“, das nur in der dichterischen Phantasie existiert und sich aus dem norwegischen Wort für das Land als Verdrehung von „Norge“ in die Welt der Kunst hinein verflüchtigt. Warum das reale Nordland enttäuschte, lässt sich mit einem Satz zusammenfassen: „Die Menschen verdarben alles.“⁸ Wieso aber erwartete sich der Abiturient

1 Hans Henny Jahnn, *Fluss ohne Ufer* 3, Hamburg 1992, S. 560.

2 Ders., *Frühe Schriften*, Hamburg 1993, S. 345.

3 Zit. nach: Barbara Gentikow, *Skandinavien als präkapitalistische Idylle. Rezeption gesellschaftskritischer Literatur in deutschen Zeitschriften 1870 bis 1914*, Neumünster 1978, S. 23.

4 H. H. Jahnn (Anm. 2), S. 457 f.

5 Ders., *Briefe* 1, Hamburg 1994, S. 39.

6 Ebd., S. 115.

7 Ebd., S. 117 f.

8 Ders. (Anm. 2), S. 430 f.

überhaupt ein Gebiet, das von der Industrialisierung noch nicht erfasst und deshalb ganz anders als Deutschland war? In einem Buch über „Fluss ohne Ufer“ schreibt Jochen Hengst, dass Jahnn den Fluchtpunkt seines „Exodus weitab von der Zivilisation“ verlegte, da er das Christentum für den Ausbruch des Krieges verantwortlich machte und im Norden noch – im positiven Sinne – „heidnische“, ursprünglichere Kräfte am Werk sah. „Die damals vielfach noch unberührte Weite Norwegens bot idealen Unterschlupf.“⁹

Barbara Gentikow hat in ihrer Untersuchung „Skandinavien als präkapitalistische Idylle“ Ende der siebziger Jahre dargelegt, wie im wilhelminischen Deutschland Bücher aus den Ländern des Nordens beinahe ausschließlich als Botschaften aus einer „unberührten Weite“ gelesen wurden. Sie hat gezeigt, dass diese ein Märchen war, das „im hochindustrialisierten Deutschland von 1870 bis 1914“ als ein geistiger „Fluchttort in eine heile Welt“ diente.¹⁰ Gentikow gesteht zwar zu, dass man in Skandinavien zu dieser Zeit erst dabei war, sich von Agrar- zu Industrieländern zu entwickeln. Was in Deutschland bereits 1871 geschehen war und sich in der Gründerzeit schwindelerregend potenzierte, befand sich hier erst am Anfang. Doch bedeutet dies nicht, dass der Norden „unberührt“ vor sich hin träumte.

Betrachtet man die Entwicklung aus anderer, nordischer Perspektive, so bietet sich ein verändertes Bild. Um 1840 etwa hatte die norwegische Wirtschaft noch eine „fast mittelalterliche Struktur“ aufgewiesen. Seit den 1850er Jahren wurden Fabriken gebaut, Straßen und Eisenbahnlinien. Technische Neuerungen, wie Dampfsägen, ermöglichten die Verarbeitung und den Export von Holz in großem Stil: „Von 1850–1880 wuchs die norwegische Handelsflotte auf ihre sechsfache Größe an und wurde die drittgrößte der Welt.“ Ein neues Finanzsystem wurde erforderlich. „Innerhalb weniger Jahre wurden die bis heute wichtigsten skandinavischen Banken gegründet: Stockholms Enskilda Banken (1856), Privatbanken (1857) und Den Norske Creditbank (1857).“ Diesem wirtschaftlichen Aufschwung folgte „eine erste schwere Krise in den Jahren 1875–79, die sich bis in die 90er Jahre hinein fortsetzte“¹¹.

9 Jochen Hengst, April. Norwegen, in: ders./Heinrich Lewinski (Hrsg.), Hans Henny Jahnn. Fluss ohne Ufer. Eine Dokumentation in Bildern und Texten, Hamburg 1994, S. 94 f.

10 B. Gentikow (Anm. 3), S. 23.

11 Ebd., S. 29.

Literatur aus Skandinavien, insbesondere aus Norwegen, war im Deutschland des frühen 20. Jahrhunderts sehr erfolgreich – nicht nur die in karger Natur angesiedelten Romane von Knut Hamsun mit sprechenden Titeln wie „Segen der Erde“, für das er 1920 den Nobelpreis erhielt. Auch von der voranschreitenden Industrialisierung und frühen Formen des Massentourismus war zu lesen und zu hören. Henrik Ibsens Stück „John Gabriel Borkman“ von 1896 hat das Errichten von Industrieanlagen in der Natur zum Thema. Der gleichnamige Protagonist, ein ehemaliger, aufgrund seiner finanziellen Spekulationen gerichtlich verurteilter Bankdirektor, träumt davon, ein „Reich“ von Fabriken zu errichten: „Und drunten am Fluß – horch! Die Fabriken gehen! Meine Fabriken! (. . .) Die Räder wirbeln und die Walzen blitzen – immer herum, immer herum!“ Im Drama „Die Frau vom Meere“ aus dem Jahr 1888 lässt Ibsen eine Figur sagen: „Da kommt wieder ein Dampfer. Gestopft voll von Passagieren. Das Reisen hat hier in den letzten Jahren einen beispiellosen Aufschwung genommen. Und Sommerfrischler haben wir hier auch die Masse. Mir ist manchmal bange, unsere gute Stadt wird bei all dem fremden Wesen ihr Gepräge verlieren.“¹²

Ibsens Thematisierung gesellschaftlicher Probleme in seiner Heimat änderte nichts an deren Wald-und-Wiesen-Wahrnehmung in Deutschland, so populär er hier auch war. Sein Übersetzer, der Reiseschriftsteller Ludwig Passarge, ist hierfür das beste Beispiel. Obwohl er die Texte Ibsens so genau kannte wie wohl sonst niemand zwischen Hamburg und München, erzählt er in einem Buch von dem „schönsten und glücklichsten Land Europas“, Norwegen, „das aus eigenster Kraft einen Musterstaat gebildet und sich dabei den ganzen Enthusiasmus der suchenden Jugend bewahrt hat“¹³. Nora mag in ihrem „Puppenheim“-Zuhause fast untergehen, wie es in Ibsens heute berühmtestem Stück geschieht, doch trotzdem blies in der deutschen Vorstellung im Norden immer nur Pan auf weiter, ungestörter Flur auf seiner unschuldigen Flöte.

Gründe für diese verzerrte, verniedlichende Wahrnehmung sind zumindest zum Teil in staatlicher Lenkung zu suchen. 1890 sagte Kaiser Wilhelm II. auf einer seiner so genannten Nordlandfahrten: „Es zieht mich mit magischen Fäden zu diesem Volke. Es ist das Volk, welches sich im steten Kampf mit

12 Henrik Ibsen, Sämtliche Werke, Bd. V, Berlin 1917, S. 5 f. u. S. 475 f.

13 Gerda Møter Erichsen, Ludwig Passarge – der erste Übersetzer von Ibsens „Peer Gynt“, in: Zeitschrift für Germanistik, N. F., (1991) 3, S. 544 f.

den Elementen aus eigener Kraft durchgearbeitet hat, das Volk, welches in seinen Sagen und in seiner Götterlehre stets die schönsten Tugenden, die Mäntreue und Königstreue, zum Ausdruck gebracht hat. Das norwegische Volk hat in seiner Literatur und Kunst alle diese Tugenden gefeiert, die eine Zierde der Germanen bilden.“ Barbara Gentikow meint, die „wilhelminische Kulturpolitik, allen voran Kaiser Wilhelm II. selbst“, habe „den Rassegedanken, den Gedanken der Blutsverwandtschaft mit den nordischen Völkern, den Germanen-Mythos“ mobilisiert, um unter „Berufung auf das kraftvoll-gesunde Germanentum“ gegen das „dekadente Romanische und das unkultivierte Slawische ideologisch zu Felde“ zu ziehen.¹⁴

Der Hamburger Gymnasiast Hans Jahn war gezwungen, seine Reifeprüfung in einem geistigen Klima abzulegen, das Norwegen hochhielt, um das eigene Land über die Länder zu stellen, mit denen es konkurrierte. In den Bildern, welche die Politik von Norwegen bzw. Skandinavien aufbaute, tritt diese Region als eine Art junges, noch unverbrauchtes Deutschland auf, an dem sich der neue Nationalstaat orientieren soll. Muss Jahn während seiner Schuljahre nicht den prägenden Eindruck bekommen haben, in Deutschland sei etwas verloren gegangen, was es in Norwegen noch im Überfluss gab, wo der „Kampf mit den Elementen“ – um die in Wikingerphantasien schwelgenden Worte Wilhelms II. zu gebrauchen – dem Leben noch einen Sinn jenseits des Bürgerlichen zu geben vermochte, von dem er sich eingeschlossen fühlte? Er brach mit dem Glauben daran ins norwegische Exil auf und schrieb doch im Januar 1917 aus Hamar, dass die Menschen in Norwegen „viel unfreier als bei uns“ seien, „kleinlicher und darum in übler Weise sittlich“. Und im August desselben Jahres ruft er in einem Brief aus: „Ich will Dir sagen, dies ist ein erbärmliches Land!“¹⁵

Etwa seit 1820 hatten Deutsche als begeisterte Touristen Skandinavien bereist und sich mit dieser Region verbunden gefühlt. Doch das Jahr 1914 markierte einen ersten Einbruch der Beziehungen zwischen dem Norden und Deutschland. Offiziell blieb Norwegen wie auch Dänemark und Schweden – die drei Könige hatten sich im Dezember 1914 in Malmö auf eine Linie absoluter Neutralität verständigt – im Ersten Weltkrieg bündnisfrei, entwickelte unter dieser Oberfläche jedoch enge Bande zu Großbritannien und seinen Alliierten.

Wieder hilft Jahns Stimme, solch abstrakt klingende historische Vorgänge erfahrbar zu machen:

14 B. Gentikow (Anm. 3), S. 243 f.

15 H. H. Jahn (Anm. 5), S. 139 u. S. 169.

„In Norwegen herumzureisen ist uns unmöglich“, schrieb er 1916, „weil die Bevölkerung so sehr deutschfeindlich ist, dass Hotels es wagen können, uns die Tür zu weisen.“ Der junge Schriftsteller stieß aus: „Die Zustände sind nicht zu beschreiben. Allüberall Böswilligkeit und Betrug.“ Man kann sich seine Verzweiflung ausmalen. „Wir sprechen Norwegisch, aber man will es nicht verstehen: Es gelten hier zu Land nur einzig reiche, breitausgelaufene Engländer.“¹⁶ Von der angeblichen germanischen Stammesverwandtschaft war nicht viel mehr übrig als diffuser Nebel, während sich Norwegen nach dem Westen streckte. Doch da dies nicht offiziell geschah, war es später möglich, dass das Nordland noch einmal zum Freundes- und Bundesmythos missbraucht werden konnte.

Der sanierte „Volkkörper“

Zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs konnten die Nationalsozialisten auf den Mythen und Luftschlössern aufbauen, die Wilhelm II. mit errichtet hatte. Der Literatur kam dabei, wie Herbert van Uffelen schreibt, eine besondere Bedeutung zu: Sie sollte eine „moralische Sanierung am Volkkörper“ leisten. Man förderte nach Möglichkeit die Verbreitung von Bauern- und Blut- und Boden-Romanen, um Intellektualismus, ja „Großstadtmentalität“ überhaupt zu bekämpfen. Geschichten aus der „unberührten Weite“ Skandinaviens, aber auch aus den Niederlanden, kamen da gerade recht, weil die NSDAP so die „Rückbesinnung auf die nordischen Ursprünge des deutschen Volkes“ zu beschleunigen hoffte.¹⁷

Diese zweite Vereinnahmung verlief aus Sicht des Nordens wesentlich gründlicher als im Ersten Weltkrieg. 1940 wurde die Träumerei von einem nordischen Germanien insofern Realität, als deutsche Truppen Norwegen besetzten. Viele Menschen, auch Deutsche, die sich hier vor nationalsozialistischer Verfolgung sicher gewähnt hatten, mussten nach Schweden oder in andere Länder fliehen. Ein besonders trauriges Kapitel aus dieser Zeit ist aus kultureller Sicht die Anbiederung von Knut Hamsun an die Besatzer – eine Tat, die man in Norwegen dem wohl größten literarischen Sohn des Landes bis heute nicht verziehen hat. Schweden hingegen gelang es, sich auch aus dem Zwei-

16 Ebd., S. 100f.

17 Herbert van Uffelen, Hohe Lieder auf die gesegnete Erde Flanderns, Opladen 1996, www.ned.univie.ac.at/dokumente/show_file.asp?id=27297 (September 2004).

ten Weltkrieg herauszuhalten. Aus deutscher Sicht ist die Rolle des Landes als Hafen für Flüchtlinge von herausragender Bedeutung. Willy Brandt fand hier damals Zuflucht. Dänemark hingegen wurde wie Norwegen das Schicksal zuteil, von Deutschland besetzt zu werden. Bis zur Ausrufung des Ausnahmezustands 1943 geschah dies unter dem Deckmantel der Zusammenarbeit (nominell wurde den Dänen die Regierungsgewalt belassen), doch als die Bevölkerung begann, offen Widerstand zu leisten, beendeten deutsche Soldaten die Aufstände mit Gewalt.

Hans Henny Jahnn wurde von den Nationalsozialisten nicht offen verfolgt, doch mussten seine Romane und Theaterstücke, die oft Homoerotisches und Pro-Afrikanisches zum Thema hatten, bei den Völkischen ein Gefühl der „Entartung“ hervorrufen. Dabei bleibt der bittere Nachgeschmack, dass zumindest die Vermutung nahe liegt, dass der Hamburger sich bei den neuen Herrschern zunächst beliebt machen wollte – bis er merkte, dass dies nicht gelingen konnte. Kaum anders ist das Drama „Armut, Reichtum, Mensch und Tier“ von 1933 zu erklären, das – in Norwegen spielend – den Blut-und-Boden-Mythos bedient.

1934 erwarb Jahnn auf der dänischen Ostseeinsel Bornholm einen Bauernhof für sich und seine Familie. Dort blieb er bis Kriegsende, weitgehend unbehelligt von den Geschehnissen in Deutschland. 1945 gelangten sowjetische Soldaten auf seinen Hof. Der Schriftsteller wurde verhört, und er erzürnte sich darüber, dass man ihn nicht als Flüchtling anerkannte, der – wie 1915 – aus Deutschland weggehen musste. Seine Äußerungen aus dieser Zeit legen nahe, dass er wirklich kein Flüchtling war, etwa wie Thomas Mann oder Anna Seghers. Obwohl er in einem Land gelebt hatte, das besetzt gewesen war, gab er die Schuld am Krieg dem undurchschaubaren Schicksal und der Willkür moderner Waffensysteme. Er sah überall nur Opfer, nirgends Täter: „Das Schicksal bestimmt nicht ein Mann, auch 10 000 bestimmen es nicht. Es sieht nur so aus. Hunderttausende Juden mussten zugrunde gehen. Einzelne aber wurden dick am Elend ihrer Brüder. Millionen Deutsche, Millionen Russen wurden geschlachtet, Millionen Polen. Eine Atombombe tötete in einer Sekunde 380 000–400 000 Menschen in Japan. Warum wurden zwei Städte so heimgesucht? Warum nicht andere? Warum kamen in Dresden mehr Menschen ums Leben als in Köln? Warum stirbt der eine heute, der andere Morgen? Und sterben wir nicht alle?“¹⁸

18 H. H. Jahnn (Anm. 1), S. 599 f.

Zwischen Märchenland und Realität

Norwegen, das skandinavische Land, das vor dem Zweiten Weltkrieg die wohl engsten Verbindungen zu Deutschland hatte, interessiert sich heute kaum für Deutschland. Zwar wird von offizieller Seite die Bedeutung des südlichen Nachbarn immer wieder betont.¹⁹ Doch ist im wirklichen Leben der Zustand der frühen Nachkriegszeit im Wesentlichen noch immer gegeben; die Zeit davor ist vergessen bzw. verdrängt: Man spricht Englisch, nicht Deutsch. Wenn im skandinavischen Raum die Wahrnehmung der Bundesrepublik – abgesehen von der Frage des Tourismus – als eine Art abwartende Gleichgültigkeit beschrieben werden muss, so hängt dies damit zusammen, dass in zwei der drei wirtschaftlich wichtigsten Länder Skandinaviens die Erinnerung an das erlittene Unrecht noch immer frisch ist und Deutschland als Land wahrgenommen wird, in dem der Zweite Weltkrieg, wenn auch nicht offiziell, so doch nach Meinung breiter Bevölkerungsschichten eher als diffus-schreckliche, dämonische Katastrophe empfunden wird, die einmal über einen gekommen, nun aber längst überstanden ist.

Doch der Vorwurf des Stillstands in der gegenseitigen Wahrnehmung wäre auch gegen Deutschland zu erheben. Im Grunde spiegeln wir uns immer noch selbst, wie damals Wilhelm II., in einer Region, die angeblich geheimnisvoll anders ist, zurückgeblieben, ursprünglich. In den achtziger Jahren noch sprach Hans Magnus Enzensberger vom „norske utakt“, von Norwegens fortwährendem „Aus-der-Reihe-Tanzen“: „Norwegens Uhren sind immer anders gegangen als die des Kontinents. Dieses Land ist das Reich der Ungleichzeitigkeit.“²⁰ Man fragt sich, welches Land nicht für sich beansprucht, in Europa aus der Reihe zu tanzen, sei es Großbritannien, sei es Polen.

Man muss nicht Literaten zu Wort kommen lassen, um zu sehen, dass der Norden, vor allem Norwegen, in den Köpfen der Menschen immer noch „anders“ ist – kein Land, eher ein Naturreservat. Thomas Kliem hat in seiner Dissertation gezeigt, dass das Norwegenbild in deutschen Köpfen „vorrangig von der Natur“ und kaum von den Städten bestimmt wird. Nicht nur, dass die Norweger zum größten Teil in Städten leben – der Urbanisie-

19 Vgl. www.norwegen.no/germany (September 2004).

20 Hans Magnus Enzensberger, Ach Europa! Wahrnehmungen aus sieben Ländern, Frankfurt/M. 1989, S. 310 f.

rungsgrad liegt bei 75 Prozent –, Norwegen ist vor allem ein reiches und modernes Land. Seit den siebziger Jahren werden vor der zur Nation gehörenden Küste Erdöl und Erdgas gefördert, die norwegische Wirtschaft ist hoch technisiert und konkurrenzfähig, und ihre Arbeitnehmer sind im Durchschnitt sehr gut ausgebildet und sozial abgesichert. Umfragen Kliems unter Deutschen ergaben jedoch, dass die meisten Befragten die Fischerei für den bedeutendsten Wirtschaftszweig Norwegens halten. Unter sechs Begriffen, die man in der Regel spontan mit dem Land im Norden assoziiert, findet sich nur ein urbaner: Fjorde, Elche, Oslo, Kälte, Natur, Wälder. Außerdem macht der Autor fünf Bereiche aus, für die sich deutsche Norwegenbesucher nicht oder kaum interessieren: das Nachtleben; touristische Angebote; Städte; Industrie, Wirtschaft und Politik; Museen. „Die Größe des Landes wird überschätzt, und Norwegen ist ein Sinnbild für Natur und Landschaft mit den landschaftlichen Höhepunkten, den Fjorden.“²¹

Die „unberührte Weite“ Norwegens scheint in der deutschen Vorstellung fest verankert zu sein, ohne dass es Raum für den Gedanken gäbe, dass aus norwegischer Sicht weite Landstriche unseres Landes, etwa in Ostdeutschland, wesentlich „unberührter“ sind, vor allem ökonomisch betrachtet. Schweden hat hierzulande in mancherlei Hinsicht, etwa, was die Elche betrifft, dasselbe Image wie Norwegen, und doch wird es als moderner wahrgenommen. Das mag daran liegen, dass Stockholm wesentlich größer ist als Oslo und dass dieses Land beinahe doppelt so viele Einwohner hat wie Norwegen. Außerdem wird es als aktives EU- und UNO-Mitglied empfunden (die „Blauhelme“ sind eine Erfindung aus Schweden), und mit Erzählungen über das Modell des schwedischen Sozialstaates sind die meisten Kinder der alten Bundesrepublik in der Schule aufgewachsen – beides sind „urbane“ Qualitäten. EU-Partner Dänemark hat als direkter Nachbar erst recht einen anderen Status. Es gibt in Deutschland eine dänischsprachige Minderheit, in Dänemark eine deutsche; das Land ist nicht sehr groß und auf kleine Inseln verteilt; außerdem verfügt es mit Kopenhagen über eine wirkliche Metropole.

21 Thomas Kliem, *Reisemotive, Reiseverhalten und Wahrnehmungen deutscher Touristen in Norwegen als Grundlage der Entwicklung neuer Konzepte für die norwegische Tourismuswirtschaft*, Diss., Universität Duisburg, Essen 2003, S. 63, 150f, 291, www.ub.uni-duisburg.de/ETD-db/theses/available/duett-06302003-110015/unrestricted/kliemdiss.pdf (September 2004).

Norwegen aber gilt weiterhin als „weit“ und „unberührt“, wie die Reisefirma mit dem Namen „Nach Norden“ auf ihrer Website berichtet: „Der erfrischende Trunk aus dem klaren Gebirgsbach, das Rauschen des Windes in den Birken, der weite Blick über blaue Seen und unberührte Landschaft.“²² Und „Iwanowski's Reisebuchverlag“ berichtet: „Die extrem dünne Besiedelung der meisten Landesteile ist für den Reisenden ideal, überall bieten sich Möglichkeiten zu Abstechern in unberührte Gegenden, stellt sich ein Gefühl von Weite und Einsamkeit fernab der Zivilisation ein.“²³ Barbara Gentikow schreibt hingegen, dass der Norweger Johan Sebastian Welhaven bereits 1850 seine Eindrücke von einer Fußwanderung im Westen des Landes so schilderte: „Auch in unserer Heimat wird das Reich der Ursprünglichkeit und des frischen Naturlebens immer mehr eingeschränkt und immer höher hinauf auf einsame Bergwiesen verdrängt. Deshalb saß ich in dem grünen Tal und fühlte, dass die Gegend, die ich verlassen hatte, wie das verschlossene Land des Märchens war. Von seinem stillen, überschatteten Waldweg war ich ins Getümmel und in die Geschäftigkeit einer Dampfschiffsrouten geworfen worden.“²⁴

Deutsche, die Norwegen besser kennenlernen, entdecken schnell, dass sie sich nicht in einem Märchenland befinden. Hans Henny Jahnn schrieb 1915, er und sein Freund seien beim Aufbruch Richtung Norden „durstig gewesen nach einem neuen Land, nach neuen Menschen, neuen Wolken – neuen Wundern – aber wir sind enttäuscht worden“²⁵. Thomas Kliem stellt seiner Arbeit voran: „Die Motivation zu dieser (Doktor-)Arbeit resultiert aus eigenen Aufhalten und Erfahrungen als Urlauber in dem Land. (...) Im Mittelpunkt der eigenen Betrachtung stand stets das Image, das anscheinend wie in kaum einem anderen Land geprägt war von Stereotypen.“²⁶

Doch in Deutschland gilt weiterhin: Im Nordland rauschen die Wälder, immerfort, einsam und allein und unberührt. Daran können keine Sägewerke, keine Bankniederlassungen und keine Erdölvorkommen etwas ändern. Dabei gilt Deutschland in vielen europäischen Ländern, etwa in England, selbst als „Land der Wälder“.

22 www.huettenwandern.de/wanderngruppe.htm (September 2004).

23 www.erfolgreich-reisen.de/buecher/skandinavien/norwegen/3923975465.htm (September 2004).

24 B. Gentikow (Anm. 3), S. 239 f.

25 H. H. Jahnn (Anm. 5), S. 39.

26 T. Kliem (Anm. 21), S. 5.

Ola Larsmo

geb. 1957; Schriftsteller, Essayist und Kritiker; von 1984 bis 1990 Redakteur des Bonniers Litterära Magasin, Stockholm.

Anschrift: c/o Eurozine, Rembrandtstraße 31/10, 1020 Wien/Österreich.
E-Mail: ola@larsmo.se

Veröffentlichungen u. a.: Engelska parken (Roman), Stockholm 1985; Maroonberget (Roman), Stockholm 1996; (zus. mit Lars Ilshammar) net.wars, Stockholm 1997; Andra sidan (Essays), Stockholm 2001; En glänta i skogen (Roman), Stockholm 2004.

Carsten Schymik

Dipl.-Pol., geb. 1967; Mitglied der Forschungsgruppe Nordeuropäische Politik (FOR:N) an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Anschrift: Graefestraße 91, 10967 Berlin.
E-Mail: carsten.schymik@t-online.de

Veröffentlichungen u. a.: Young People in Scandinavian Politics: The Case of Youth Opposition to European Integration, in: Valeska Henze et al., Youth Around the Baltic Sea: Sharing Differences – Discovering Common Grounds?, Örebro 2003; Networking Civil Society in the Baltic Sea Region, in: Norbert Götz/Jörg Hackmann, Civil Society in the Baltic Sea Region, Aldershot 2003.

Andrea Gawrich

Dr. rer. soc., geb. 1970; wissenschaftliche Assistentin am Institut für Politikwissenschaft, Christian-Albrechts-Universität (CAU) zu Kiel.

Anschrift: CAU Kiel, Institut für Politikwissenschaft, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel.
E-Mail: AGawrich@politik.uni-kiel.de

Veröffentlichungen u. a.: Ein Votum für den EU-Beitritt? Die jüngsten Parlamentswahlen in Polen, Ungarn und Tschechien, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (2003) 2; Das Politikfeld Minderheitenschutz in der EU-Osterweiterung, in: ÄADIIA, Warschau, (2004) 2; (zus. mit Rainer Schweickert) Institutionelle Entwicklung in Europa – wie weit sind die südosteuropäischen Länder?, in: Die Weltwirtschaft, (2004) 2.

Jørgen Kühl

Ph.D., geb. 1965; Direktor des Department of Border Region Studies, University of Southern Denmark, Aabenraa, Dänemark.

Anschrift: Department of Border Region Studies, University of Southern Denmark, Persillegade 6, 6200 Aabenraa, Dänemark
E-Mail: jgk@sam.sdu.dk

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Robert Bohn und Uwe Danker) Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis. Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS-Zeit, Bielefeld 2001; Dänisch-deutsche

Grenzregion: Erfahrungen zwischen Deutsch und Dänisch, in: Christian Banse/Holk Stobbe (Hrsg.), Nationale Grenzen in Europa. Wandel der Funktion und Wahrnehmung nationaler Grenzen im Zuge der EU-Erweiterung, Frankfurt/M. 2004; (Hrsg. zus. mit Robert Bohn) Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945–2005 (i. E., Bielefeld 2005).

Frauke Rubart

Dipl.-Pol., geb. 1955; Fachautorin/Dozentin für nordische Politik sowie Referentin für Organisations- und Personalentwicklung/Coach; Lehrtätigkeit zuletzt am Jean Monnet Centre for European Studies (CEuS) an der Universität Bremen; Mitglied der Forschungsgruppe Nord-europäische Politik (FOR:N) am Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität zu Berlin.

Anschrift: Rubart Coaching, Elsasser Str. 52, 28211 Bremen.
E-Mail: FrRubart@aol.com

Veröffentlichungen u. a.: An der Macht, aber nicht am Ziel: Politische Partizipation von Frauen in Norwegen, in: Beate Hoecker (Hrsg.), Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen 1998; Island: Parteiensystem im Wandel, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), Die Parteiensysteme in Westeuropa (i. E. 2005).

Stefan Kaufer

Dr. phil., geb. 1971; Studium der Germanistik, Anglistik und Komparatistik in Innsbruck, Dublin und Berlin; Autor und Journalist.

Anschrift: Fehrbelliner Straße 95, 10119 Berlin.
E-Mail: Stefan.Kaufer@web.de

Zahlreiche Veröffentlichungen aus dem Kulturbereich, u. a. in der „Frankfurter Rundschau“.

Nächste Ausgabe

Dieter Weiss

Freiheit, Wissen und Ermächtigung von Frauen – zukunftsfähige Wege der islamischen Länder

Christine Schirmmacher

Frauen unter der Scharia

Kai Hafez

Arabisches Satellitenfernsehen – Demokratisierung ohne politische Parteien?

Matin Baraki

Afghanistan nach den Taliban

Walter Posch

von der Baath-Herrschaft zur Neo-Baath-Regierung

Ola Larsmo *Essay*

Ein Kampf um Modernität

Was bedeutet Schwedens Nein zum Euro?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2004, S. 3–9

■ Die Einsicht, dass die EU in erster Linie eben kein Bereicherungssystem für die Eliten und ein Glasperlenspiel für die Bürokraten ist, hat sich bei immer mehr schwedischen Wählerinnen und Wählern durchgesetzt. Sie schienen bei der Ablehnung des Euro zwischen EU und WWU unterscheiden zu wollen. Wäre eine Mitgliedschaft in allen EU-Abkommen, Teilunionen und Formen der Zusammenarbeit auf lange Sicht nicht die beste Methode, sich vor eigenen, einheimischen „plündernden Eliten“ zu schützen? Die zentrale These lautet, dass man sich bei der Abstimmung über den Euro nicht traute, die EU als einen Teil derselben Modernität darzustellen, die Wohlstand und Gleichheit im Nachkriegsschweden geschaffen hatte.

Carsten Schymik

Nordische Sonderwege nach Europa

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2004, S. 10–15

■ Der Beitrag gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Integration Nordeuropas in die Europäische Union. Ausgehend von der Frage, ob es einen Sonderweg des Nordens in Europa gibt, werden Grundzüge und Besonderheiten der Europapolitik von Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island dargestellt. Im Ergebnis kristallisieren sich zwar verschiedene nationale Sonderwege heraus, aber auch ein gemeinsamer Nenner der nordisch-europäischen Beziehungen, der einerseits durch Akzeptanz des Europäischen Binnenmarkts und andererseits durch politisch motivierten Unionswiderstand gekennzeichnet ist.

Andrea Gawrich

Finnland – Musterknabe in der EU?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2004, S. 16–21

■ Das finnische Regierungssystem hat sich in den vergangenen Jahren vom semipräsidentiellen zum in Europa verbreiteten parlamentarischen Systemtyp gewandelt. Dabei hat es seine zentralen Regierungsinstitutionen „europäisiert“ und ist von seiner starken Konsensorientierung abgerückt. Ein Jahrzehnt nach dem EU-Beitritt versteht sich Finnland als engagiertes Mitglied, das sich vor allem um Kooperationen in Nordeuropa bemüht, jedoch in militärischen Fragen nach wie vor dem Neutralitätsgedanken verpflichtet ist. Die finnische Bevölkerung zeigt sich heute eher mäßig EU-begeistert.

Jørgen Kühl

Ein nachhaltiges Minderheitenmodell

Deutsche und dänische Minderheiten beiderseits der Grenze

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2004, S. 22–27

■ Heute leben zwischen 12 000 und 20 000 Deutsche im südlichen Dänemark und etwa 50 000 Dänen im Norden Schleswig-Holsteins als anerkannte nationale Minderheiten. Die Minderheitenregelungen im deutsch-dänischen Grenzland werden häufig als besonders gelungener europäischer Modellfall bezeichnet. Ausgangspunkt waren die so genannten Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955, in denen die Bundesregierung die Rechte der dänischen Minderheit und die dänische Regierung die Rechte der deutschen Minderheit feststellt. Die einseitigen, aber parallelen und synchronen Regierungserklärungen symbolisieren eine Entwicklung vom nationalen Widerspruch zu einem nachhaltigen Minderheitenmodell.

Frauke Rubart

Island: Traditionsreiche Demokratie und moderne politische Kultur am Nordrand Europas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2004, S. 28–33

■ Dieser Beitrag gibt einen Überblick über politische Geschichte und parteipolitische Strukturen der 1944 gegründeten Republik Island. Die ehemalige dänische Kronkolonie ist seit 1949 NATO-Mitglied ohne eigene Streitkräfte, aber mit einer verteidigungsbereiten amerikanischen Airbase. Das EFTA-Land Island trat 1994 dem Europäischen Wirtschaftsraum bei. Für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft haben sich bisher nur die Sozialdemokraten ausgesprochen. Aufgrund der bis heute bestehenden Abhängigkeit des Wohlstands von den Fischereierträgen ist auch künftig kaum zu erwarten, dass eine Bevölkerungsmehrheit Entscheidungsbefugnisse über den wichtigsten Wirtschaftsbereich an Brüssel abgibt.

Stefan Kaufer

Nordland

Anmerkungen zum deutschen Skandinavienbild

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2004, S. 34–38

■ Anhand von Hans Henny Jahnn, einem deutschen Schriftsteller, der im Ersten Weltkrieg ins norwegische Exil ging, lässt sich zeigen, wie man sich hierzulande den europäischen Norden vorstellte. Das „Nordland“ war leer, von mächtiger Natur geprägt und unzivilisiert, im positiven Sinne. Dieses Bild, besonders von Norwegen, hat sich vom Ersten und Zweiten Weltkrieg über die Nachkriegszeit bis hin zur Gegenwart kaum verändert. Der Text macht sich auf die Suche nach Gründen für diesen starren Blick auf den Norden.